

Medien und Politik



Thomas Steinmaurer
Medien und Medienpolitik in Österreich

Maier-Rabler/Huber/Schmid
**Demokratieförderung durch soziale
Online-Netzwerke**

Marianne Kneuer, Thomas Demmelhuber
**Die Bedeutung Neuer Medien für die
Demokratieentwicklung**



Helmut Opletal
Fallbeispiel: Volksrepublik China

Béla Rásky
Fallbeispiel: Ungarn

Peter Maurer
**Fallbeispiel: Vereinigte Staaten
von Amerika**



Christoph Kühberger
**Fachdidaktische Diagnostik im Politik-
und Geschichtsunterricht**

Alfred Germ
Medien und Politik – Mediennutzung



Heinrich Ammerer
**Der Streit zwischen NetzpiratInnen und
UrheberInnen**

Irene Ecker
Social Media – ein Lernfeld für die Schule?

Gerhard Tanzer
Politischer Online-Aktivismus

Die *Informationen zur Politischen Bildung*,
herausgegeben vom Forum Politische Bildung,
erscheinen zweimal jährlich.

Redaktionsadresse:
Forum Politische Bildung
A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5
Tel.: 0043/1/512 37 37-11
Fax: 0043/1/512 37 37-20
E-Mail: office@politischebildung.com
www.politischebildung.com

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Medien und Politik
Forum Politische Bildung (Hrsg.). – Innsbruck; Wien;
Bozen: Studien-Verlag, 2012
(*Informationen zur Politischen Bildung*; Bd. 35)
ISBN: 978-3-7065-5242-4
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pfleger Grafikdesign
Lektorat: Irmgard Dober
Druck: Berger, Horn, Printed in Austria, 2012

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift
Informationen zur Politischen Bildung: Fachzeitschrift für Politische
Bildung mit informativen Beiträgen zum Thema, einer Fachdidaktikrubrik
und konkreten Umsetzungen für den Unterricht. Die veröffentlichten
Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung des Herausgebers
wieder.

Bildnachweis Umschlag:
Bild 1: Pichlkostner/First Look/picturedesk.com
Bild 2: © picsfive – Fotolia.com
Bild 3: Mona Sosh
Bild 4: Maurice Velati

Wir haben uns bemüht, alle InhaberInnen von Bildrechten ausfindig zu
machen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, werden
wir nach Anmeldung berechtigter Ansprüche diese entgelten.

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden unterstützt vom
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Abteilung Politische Bildung

bm:uk

Informationen zur Politischen Bildung

Nr. 35 • 2012

Medien und Politik

Forum Politische Bildung:

Mag. Barbara Blümel, *MAS Parlamentsdirektion*

Univ.-Prof. i. R. Dr. Herbert Dachs *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Mag. Gertraud Diendorfer *Demokratiezentrum Wien*

Mag. Petra Dorfstätter *Demokratiezentrum Wien*

Mag. M.Ed. Irene Ecker, *Msc. FDZ GSK/PB der Universität Wien, HTL Ettenreichgasse*

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann *Institut für Geografie und Regionalforschung, Universität Wien*

Univ.-Prof. i. R. Dr. Hans-Georg Heinrich *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll *Österreichisches Institut für Internationale Politik*

Ao. Univ.-Prof. i. R. Dr. Reinhard Krammer *Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg*

Priv.-Doz. Dr. Christoph Kühberger *Pädagogische Hochschule Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka *Central European University Budapest*

Mag. Herbert Pichler *Schulzentrum Ungargasse, Fachdidaktikzentrum Geographie und Wirtschaftskunde, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher Riekman *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Prof. Dr. Wolfgang Sander *Abteilung Didaktik der Sozialwissenschaften, Universität Gießen*

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Univ.-Prof. i. R. Dr. Emmerich Tálos *Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien*

Mag. Dr. Gerhard Tanzer *Schulzentrum Ungargasse*

Univ.-Prof. Dr. Brigitte Unger *Utrecht School of Economics*

Em. Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl *Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien*

Em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan *Universität für Bodenkultur Wien*

Mag. Dr. Elfriede Windischbauer *Pädagogische Hochschule Salzburg*

In Zusammenarbeit mit

MR Mag. Manfred Wirtitsch *BMUKK, Abteilung Politische Bildung*

Redaktion:

Mag. Gertraud Diendorfer (Gesamtredaktion)

Mag. Petra Dorfstätter (Redaktionelle Mitarbeit)

Inhalt

3 Einleitung

Informationsteil

- | | |
|--|--|
| <p>5 Thomas Steinmaurer
Medien und Medienpolitik in Österreich – ein Überblick</p> <p>17 Ursula Maier-Rabler, Stefan Huber und Astrid Schmid
Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke</p> <p>25 Ursula Maier-Rabler
Die Piratenparteien</p> | <p>30 Marianne Kneuer und Thomas Demmelhuber
Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung</p> <p>39 Helmut Opletal
Fallbeispiel: Volksrepublik China</p> <p>41 Béla Rásky
Fallbeispiel: Ungarn</p> <p>43 Peter Maurer
Fallbeispiel: Vereinigte Staaten von Amerika</p> |
|--|--|

Die didaktische Rubrik: Aus der Theorie für die Praxis

- 45 Christoph Kühberger**
Fachdidaktische Diagnostik im Politik- und Geschichtsunterricht

Für den Unterricht

- | | |
|--|--|
| <p>49 Alfred Germ
Medien und Politik – Mediennutzung</p> <p>57 Heinrich Ammerer
Klarmachen zum Ändern? Der Streit zwischen NetzpiratInnen und UrheberInnen</p> | <p>65 Irene Ecker
Social Media – ein Lernfeld für die Schule?</p> <p>72 Gerhard Tanzer
Politischer Online-Aktivismus</p> |
|--|--|

Grafiken, Tabellen, Materialien

- | | |
|---|---|
| <p>4 Vielfalt der Medien auf unterschiedlichen Ebenen</p> <p>5 Info-Quellen zur Politik</p> <p>7 Vertrauen in JournalistInnen nach Mediengattung</p> <p>9 Tageszeitungen in Österreich: Reichweiten, Gründung</p> <p>11 Privat-kommerzielle Sender vs. öffentlich-rechtliche Sender</p> <p>12 TV- und Radiomarktanteile in Österreich</p> <p>14 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Beziehungsnetzwerk</p> <p>18 Gesellschaftspolitische Interessen von SchülerInnen</p> <p>19 Die Jugend im Sozialen Netzwerk</p> <p>21 Zielsetzungen von E-Partizipation</p> <p>22 Internetkompetenz (<i>Internet literacies</i>)</p> <p>27 <i>Liquid democracy</i></p> <p>28 Chronologisches Glossar</p> <p>32 Timeline Arabischer Frühling</p> <p>45 Dimensionen der fachdidaktischen Diagnostik</p> | <p>50 Funktionen von Medien</p> <p>51 Spielregeln der Medien</p> <p>51 Typen von Mediennutzung</p> <p>53 Interessen von Medienproduzenten</p> <p>59 Urheberrecht und Filesharing</p> <p>60 Auswirkungen von Filesharing</p> <p>61 Der deutsche Urheberrechtsstreit im Frühjahr 2012</p> <p>66 Risikobewusstsein als wesentlicher Bestandteil von Medienkompetenz</p> <p>67 Medienkompetenz von LehrerInnen bzw. SchülerInnen</p> <p>73 Web 2.0</p> <p>74 Typen des politischen Aktivismus</p> <p>78 Glossarbegriffe</p> <p>78 Weiterführende Hinweise</p> <p>79 AutorInnenverzeichnis</p> |
|---|---|

Einleitung

Medien und Politik zeichnet ein ganz spezielles Verhältnis aus. Einerseits bedient sich die Politik der Medien, um ihre Arbeit sichtbar zu machen und auch ihre Botschaften und politischen Positionen im Wettstreit mit den anderen Parteien darzustellen, und nimmt damit die sogenannte Informationspflicht der Medien in Anspruch. Andererseits üben Medien in einer Demokratie auch eine Kontrollfunktion gegenüber der Politik aus, was eine Unabhängigkeit der Medienakteure voraussetzt. Darüber hinaus stellen die Medien ein Politikfeld dar wie andere Bereiche auch, das von der Politik geregelt wird, beispielsweise über Regulierung der Rahmenbedingungen oder durch Presseförderung etc.

Auch wir BürgerInnen, als Souverän in einer demokratisch verfassten Gesellschaft, sind auf Medien angewiesen, da sie – indem sie Öffentlichkeit herstellen – die vielfältigen Interessen und Positionen in dieser Gesellschaft transportieren. Wer hat die Möglichkeit, als MeinungsmacherIn, als MultiplikatorIn zu fungieren, eine Gegenposition einzunehmen, wer findet mediale Aufmerksamkeit? Auch das hängt stark von Medienvielfalt und Pressefreiheit ab.

Der Einführungsartikel von Thomas Steinmaurer gibt einen ausführlichen Überblick über dieses vielschichtige Verhältnis zwischen Politik und Medien, über die Funktionsweisen und Aufgaben der Medien und er vertritt die Auffassung, dass die Logik der Medien zunehmend der Politik aufgedrängt wird. Nicht zuletzt deshalb wird öfters von Mediendemokratie gesprochen. Darüber hinaus skizziert der Beitrag die Medienpolitik auf EU-Ebene und in Österreich.

Ein weiterer Fokus dieses Themenheftes ist auf die Rolle der digitalen Medien gerichtet. Ist das demokratiefördernde Potenzial der Neuen Medien vor allem den vielfältigen partizipativen Möglichkeiten geschuldet oder der Tatsache, dass diese – insbesondere Web 2.0 und Social Media – bei jungen Menschen Aufmerksamkeit und Interesse finden und dies auch für politische Kommunikation genutzt werden kann? Ursula Maier-Rabler skizziert darüber hinaus am Beispiel der „Piraten“ das aktuelle Phänomen von Online-Parteien. Auf internationaler Ebene zeigte vor allem der „Arabische Frühling“, welche bedeutende Rolle Medien im Kontext von Demokratieentwicklung spielen können. Marianne Kneuer und Thomas Demmelhuber differenzieren in ihrer Analyse nach verschiedenen Regimekontexten – denn autokratische Regime wie beispielsweise China oder der Iran nutzen das letztendlich neutrale Medium auch für ihre Zwecke, für Zensur und Überwachung – und nach Kommunikationskontexten. Länderportraits zu China, Ungarn und den USA stellen interessante, den Schwerpunkt vertiefende Fallbeispiele unterschiedlicher Mediensysteme in verschiedenen Regimen dar.

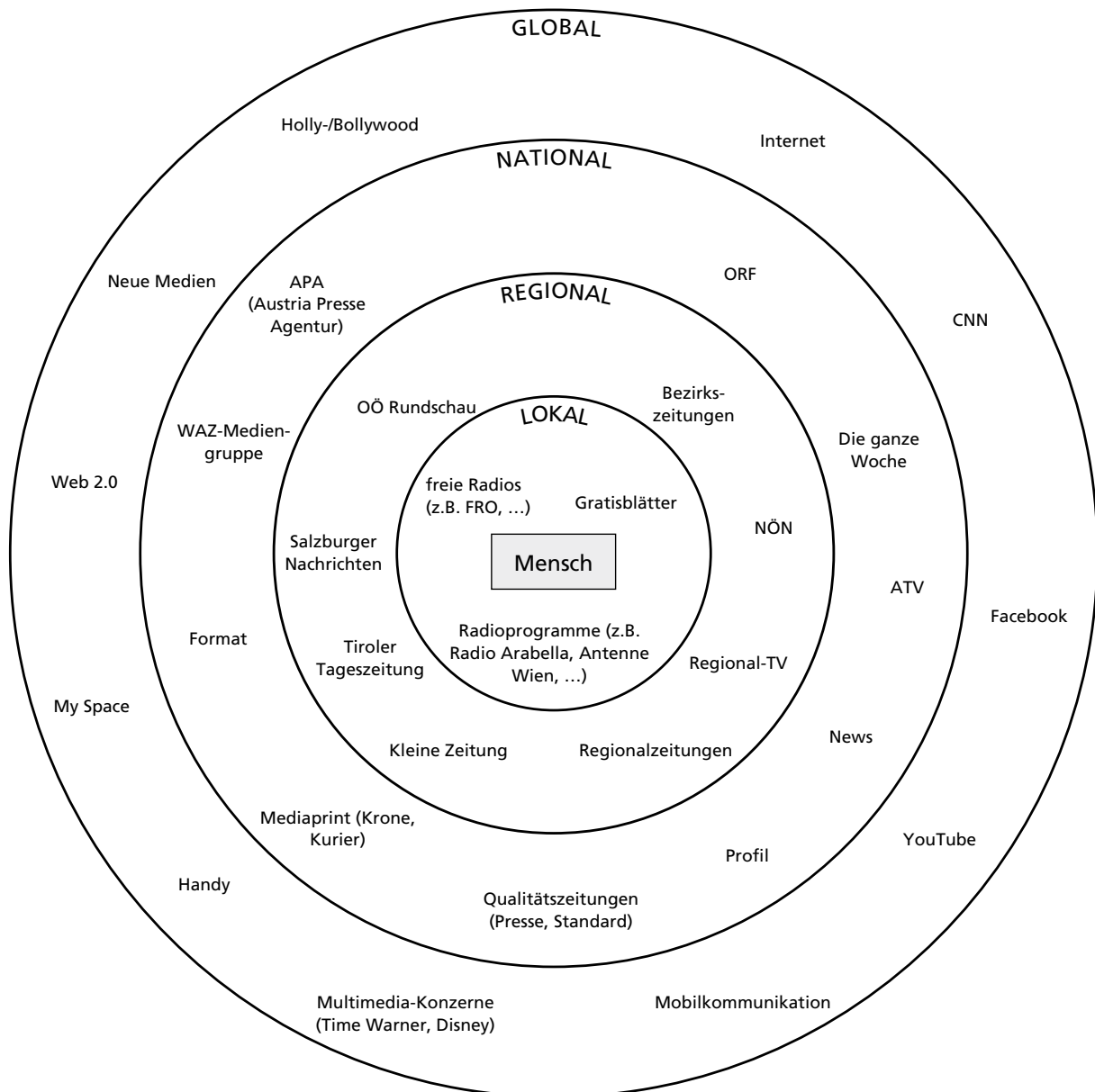
Die Unterrichtsbeispiele beziehen sich auf die dargestellten Bereiche rund um das Thema Medien und Politik und bieten mit ausführlichem Arbeitswissen, anschaulichen Grafiken, kopierfähigen Vorlagen und Arbeitsblättern ein reichhaltiges Angebot für die Unterrichtspraxis.

Die Fachdidaktikrubrik behandelt wie immer einen über das Themenheft hinausgehenden aktuellen Aspekt der Politischen Bildung. Diesmal wird von Christoph Kühberger der intensiv diskutierte Bereich der fachdidaktischen Diagnostik im Politik- und Geschichtsunterricht behandelt.

August 2012

Gertraud Diendorfer

Vielfalt der Medien auf unterschiedlichen Ebenen



Quelle: Andrea und Alfred Germ

Auf lokaler Ebene werden in Gratisblättern, freien Radios oder Radioprogrammen wie Antenne Wien vor allem lokale Erscheinungen zum Kern der Berichterstattung gemacht. Regional- und Bezirkszeitungen oder regionales TV sind meinungsbildend in und für bestimmte Regionen. In Österreich gibt es auf nationaler Ebene sehr starke monopolähnliche Medienstrukturen. Dazu zählen die WAZ-Gruppe samt Mediaprint, der ORF oder die Nachrichtenagentur APA. Den Printmedienmarkt für Qualitätszeitungen teilen sich „Die Presse“ und „Der Standard“. „Profil“, „News“, „Format“ und „Die ganze Woche“ dominieren den Markt der Wochenmagazine. Die globale Mediennutzung ist durch das Internet, Neue Medien und die großen Filmindustrien (Bollywood und Hollywood) gekennzeichnet. YouTube, Facebook u.v.a. sind zu Standardformaten globalen Medienkonsums geworden. Multimediale Konzerne wie Time Warner oder Disney treiben den medialen Konzentrationsprozess global voran.

Medien und Medienpolitik in Österreich – ein Überblick

Die Funktion von Massenmedien in der Gesellschaft

→ Massenmedien wie Hörfunk, Fernsehen oder Tageszeitungen erfüllen für die Gesellschaft eine Reihe wichtiger Funktionen. Sie stellen Öffentlichkeit her und bieten dadurch ein Forum für eine funktionierende Demokratie. Der Politik gegenüber kommt ihnen die Funktion der Kritik und Kontrolle zu. Sie verfügen damit über eine zentrale Stellung, die ihnen großen Einfluss auf das politische Geschehen einräumt.

**Forum für
Demokratie**



2011 gab die Mehrheit der Befragten (45 Prozent) an, politische Themen vor allem über das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu verfolgen, und 43 Prozent mittels Tageszeitungen. Das Internet nennt immerhin rund ein Viertel der Befragten als Quelle. Private Anbieter (Fernsehen und Radio) rangieren als Informationsquelle weit hinten. Dies korrespondiert mit einer Online-Befragung in Deutschland, die ergab, dass JournalistInnen öffentlich-rechtlicher Sender mehr vertraut wird als jenen von privaten Sendern.

Nicht selten werden die Medien als „vierte Gewalt“ in der Gesellschaft bezeichnet.¹ Nach Heinz Pürer² sprechen aber eine Reihe von Gründen dafür, den Stellenwert der Medien als eine „vierte Gewalt“ zu hinterfragen.³ Es müsste – wenn schon – viel eher von einer „vierten Macht“ gesprochen werden. „Wesentlich zutreffender weil demokratietheoretisch begründet, halte ich das Paradigma von der ‚Öffentlichen Aufgabe‘, die Journalisten und Massenmedien für die Gesellschaft erfüllen. Es ist nämlich unbestritten, dass Presse und Rundfunk als Träger der öffentlichen Meinung unverzichtbare Aufgaben für die Gesellschaft wahrnehmen.“⁴

Medien wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk haben zudem auch einen Bildungs- und Kulturauftrag zu erfüllen und für die Gesellschaft eine Vielfalt von Angeboten zur Verfügung zu stellen. Außerdem haben Medien eine Unterhaltungsfunktion und füllen zu einem großen Anteil die Freizeit ihrer Nutzerinnen und Nutzer. Alle diese Funktionen haben in unterschiedlichem Ausmaß Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Medien und Politik, wobei es die Aufgabe der Medienpolitik ist, eine der Demokratie förderliche und dem Gesamtwohl der Gesellschaft dienende Rahmenordnung zu gestalten.

**Bildungs- und
Kulturauftrag**

Massenmedien

Massenmedien umfassen die Printmedien (Bücher, Tageszeitungen, Magazine), die elektronischen Medien (Radio, Fernsehen, Audio-, Videoaufnahmen) und die Neuen Medien (Computer und Computernetzwerke). Zwar unterscheiden sich diese Medien in Vielem, doch weisen sie gemeinsame Merkmale auf: Die Inhalte werden von eigenen Organisationen, Medienunternehmen, erstellt, die eine genaue Vervielfältigung der Inhalte ermöglichen. Die Nachrichten können zur selben Zeit an Millionen von Menschen übermittelt werden.

Quelle: <http://www.mediamanual.at/mediamanual/workshop/kommunikation/bedeutung/medien01.php> (letzter Zugriff 25.7.2012)

Politische Kommunikation und Medienpolitik

Starke Wirkung der Medien

Grundsätzlich gilt es zunächst mit Blick auf die Beziehung zwischen Politik und Medien darauf hinzuweisen, dass wir seit geraumer Zeit von einer stark prägenden Wirkung der Medien auf die Politik ausgehen müssen. Es ist zunehmend die Logik der Medien, die der Politik aufgezwängt wird und sie unter Druck setzt, um den Wettstreit um die Aufmerksamkeit des Publikums, also der Wählerinnen und Wähler, zu gewinnen.

Q Mediendemokratie

Mediendemokratie zeichnet sich laut Thomas Meyer durch eine „professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik“ aus. Im Gegensatz zur Parteiendemokratie, in der die Medien die Politik beobachten, wird in der Mediendemokratie das Mediensystem durch die politischen Akteure beobachtet. Dies führe dazu, dass der Einfluss der politischen Parteien auf die Tagespolitik zurückgehe. Darüber hinaus gehe die demokratische Kontrolle der Politik durch die Gesellschaft in einer Mediendemokratie weitgehend verloren.

Quelle: Meyer, Thomas: Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B53/2003), Onlineversion des Beitrags abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/27196/die-theatralitaet-der-politik-in-der-mediendemokratie> (letzter Zugriff 25.7.2012)

Mediati- sierung

Mit modernen Formen der politischen Inszenierung, der Auswahl telegener Politikerinnen und Politiker sowie dem Einsatz neuer Kommunikationstechnologien für das politische Marketing – eine Anpassung, die als „Mediatisierung“⁵ zu bezeichnen ist – wird viel Energie investiert, um im Wettstreit um die Aufmerksamkeit „des Publikums“ zu reüssieren.

Thomas Meyer bezeichnet den Wechsel von der Parteiendemokratie zur → Mediendemokratie, in der sich die Politik zunehmend den Logiken der medialen Präsentation unterwirft, als → „Mediokratie“.⁶

Politik übernimmt Rhythmus der Medien

In Konflikt geraten dabei die unterschiedlichen Zeitformen der Systeme der Politik und der Medien. Während politische Entscheidungsprozesse längere Zeitspannen in Anspruch nehmen, verlangt die Logik der medialen Präsentation nach großer Unmittelbarkeit. Daher vertragen „der kompromisslose, kurzatmige Präsentismus der medialen Produktionszeit und die lange politische Prozesszeit /.../ einander nicht gut“⁷. Die Politik bedient sich der Formen des Events, versucht ein Image mit Mitteln der Medien zu polieren und gerät in Gefahr, sich von der Realpolitik abzuwenden und sich einer „symbolischen Scheinpolitik“ auszuliefern. Wie viele PolitikerInnen wurden schon in Regenkleidung mitten im Umwettergeschehen als helfende Hände medial gewinnbringend in Szene gesetzt. Die Ausrichtung der politischen Präsentation an den Aufmerksamkeitsstrukturen des Medienpublikums lässt Politik allzu schnell zu einer → Zuschauerdemokratie werden.

Regulierung wichtig

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kommt den Aufgaben

Q Mediokratie

Nach Thomas Meyer bezeichnet Mediokratie eine Kolonialisierung der Politik durch die Medien, die der Politik ihre Handlungslogik aufzwingen. In diesem Zusammenhang zählt, was berichtenswert erscheint, also Nachrichtenwert hat (Selektionslogik) und in einer attraktiven Form präsentiert und inszeniert wird (Präsentationslogik). „Es herrscht das Gesetz der spannungsreichen theatralischen Inszenierung.“ Mit der Zunahme unterhaltensangereicherter Elemente kommt es nicht selten zu einer Form der politischen Vermittlung, die Andreas Dörner als „Politainment“ beschreibt.

Quellen: Meyer, Thomas: Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 15–16, 2002, S. 7–14; Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main 2001

Zuschauerdemokratie

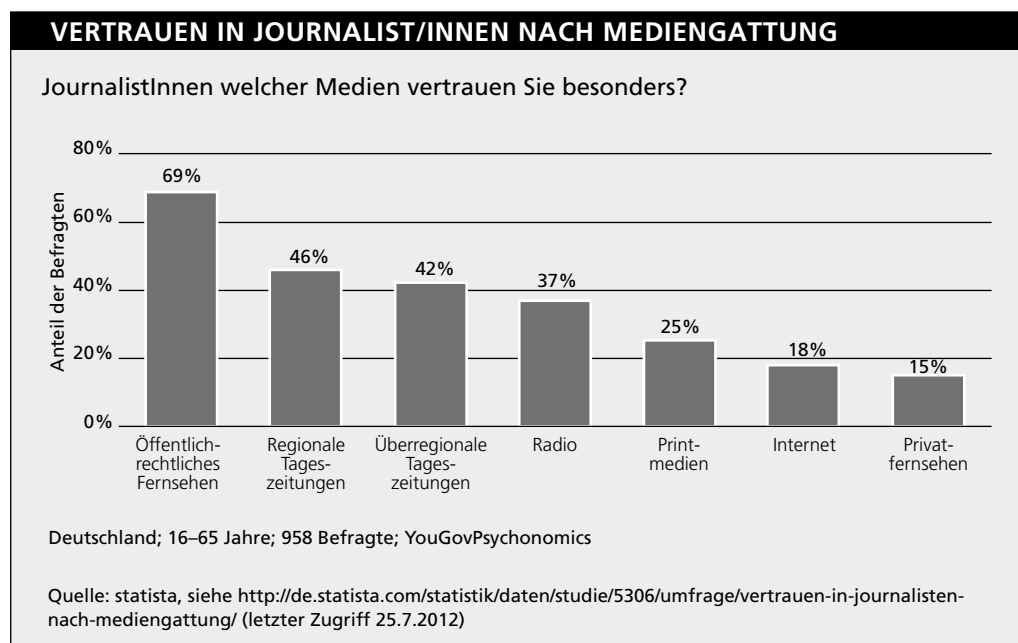
In der Zuschauerdemokratie wird vorwiegend an einen Massengeschmack appelliert. Die Gefahr in diesem Zusammenhang besteht in der Tendenz, dass sich die Politik vom Kern ihrer Aufgaben entfernt und die Kompetenz des Handelns aus der Hand gibt. Denn „je unpolitischer die Medien werden, desto medialer wird die Politik, in der Hoffnung, ein Stück selbstbestimmter Politik auf der Medienbühne zu retten“.

Quelle: Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main 2002, S. 95

einer demokratieförderlichen Ausgestaltung des Mediensystems eine umso größere Bedeutung zu. Die Regulierung von Medien ist dabei aus unterschiedlichen Gründen von großer Bedeutung. Zunächst sind dafür publizistisch-politische Motive ins Treffen zu führen, denn es sind die Medien, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Forum für politisches und kulturelles Handeln bieten und Öffentlichkeit herstellen. Dafür ist es unerlässlich, eine professionelle Distanz zwischen Medien und Politik herzustellen,

Distanz zwischen Medien und Politik nötig

da die Medienfreiheit und die Unabhängigkeit der Medien entscheidende Faktoren für das Funktionieren von Demokratien darstellen.



Eine Online-Befragung in Deutschland zeigt, dass öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten in Bezug auf das in sie gesetzte Vertrauen an der Spitze liegen, gefolgt von regionalen und überregionalen Tageszeitungen. Es ist anzunehmen, dass eine Befragung in Österreich ähnliche Ergebnisse bringt.

Im Hinblick auf die ökonomische Dimension gilt es, mit medienpolitischen Eingriffen für einen fairen Wettbewerb auf dem Markt und eine möglichst große Vielfalt zu sorgen. Da Medien aber nicht nur eine ökonomische Funktion, sondern auch eine kulturelle und publizistische, also im Sinne eines Mehrwerts für die Gesellschaft eine „meritorische“ (verdienstvolle), Funktion erfüllen, muss Tendenzen in Richtung einer Konzentration entgegengewirkt und die Entstehung von marktbeherrschenden Unternehmenszusammenschlüssen verhindert werden. Da der Medienmarkt besonders von Effekten der Kommerzialisierung betroffen ist, gilt es, regulierend in diese Struktur zum Wohl der Gesellschaft und der Demokratie einzugreifen, um eine möglichst große Vielfalt auf dem Medienmarkt zu sichern. Schließlich rechtfertigen auch noch technische Gründe, z.B. bei der Vergabe von Rundfunkfrequenzen, ein regulierendes Eingreifen. Neue Ansätze der Regulierung setzen

Fairer Wettbewerb und große Vielfalt

unter dem Thema „Media Governance“⁸ verstärkt auf Formen der Selbstregulierung von Medienunternehmen. Hierbei sind die Medien dazu angehalten, ihre Leistungen für die Gesellschaft oder Anstrengungen zur Verbesserung der journalistischen Qualität im Sinne einer Selbstverpflichtung eigenständig zu dokumentieren und zu verantworten.

**Verbindung
zur europäischen Ebene**

Medienpolitische Weichenstellungen haben also Auswirkungen auf die Vielfalt der Anbieter, bestimmen die Spielregeln des Wettbewerbs oder dienen dem Schutz der Meinungsfreiheit. Die Medienpolitik Österreichs kann zudem nicht losgelöst von europäischen Rahmenregelungen gesehen werden, da eine Reihe von auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen und Weichenstellungen Einfluss auf die heimische Medienstruktur haben. Im Unterschied zu den meisten Nationalstaaten stellt die Medien- und Kommunikationspolitik in der EU kein einheitliches Politikfeld dar, sondern ist auf unterschiedliche Politikbereiche verteilt.

Die österreichischen Printmedien

**Geschichte
der Print-
medien**

Die Geschichte der Printmedien in Österreich beginnt mit dem Jahr 1621, als in Wien die ersten wöchentlichen Zeitungen – die sogenannten „Ordinari-Zeitungen“ – erschienen. Bis 1948 stark reglementiert, erlebte nach Lockerungen der Zensurpraxis das Pressewesen eine Phase der Modernisierung. Von 1919–1933 bzw. 1934–1945 wurden Zeitungen und Zeitschriften im Rahmen der Zuspitzung der politischen Lage stark gleichgeschaltet und in der Zeit des Nationalsozialismus zur Gänze einer propagandistischen Lenkung unterworfen.⁹ In der Nachkriegsphase wurden Zeitungen – unter zunächst stark eingeschränkten infrastrukturellen Rahmenbedingungen – einerseits von den politischen Parteien, von den damaligen Besatzungsmächten direkt oder als unabhängige Zeitungen – mit Lizenz der Besatzungsmächte – herausgegeben. Den Anfang machte am 25.4.1945 das Dreiparteienblatt „Neues Österreich“ (von SPÖ, ÖVP und KPÖ) sowie in der Folge jeweils eigenständige Zeitungen der Parteien. Unter den unabhängigen Blättern waren die „Salzburger Nachrichten“, die „Tiroler Tageszeitung“ und die „Vorarlberger Nachrichten“, die starke Impulse in den insgesamt dynamisch sich entwickelnden Pressesektor einbrachten und als Foren einer unabhängigen Berichterstattung und journalistischen Kommentierung eine wichtige Rolle spielten.

**Aufstieg des
Boulevards**

1946, ein Jahr nach Kriegsende, waren nicht weniger als 36 Titel auf dem Markt, eine Vielfalt, die sich in den folgenden Jahren wieder reduzieren sollte. Nach Abzug der Besatzungsmächte im Jahr 1955 ging die Anzahl der Zeitungen erneut stark zurück und einige wenige ökonomisch erfolgreiche Titel legten an Auflage zu. Dazu zählten v.a. die Boulevardzeitungen – allen voran die 1959 (wieder) gegründete „Kronen Zeitung“. Sie entwickelte sich nicht nur zu einem ökonomisch überaus erfolgreichen, sondern auch publizistisch besonders einflussreichen Blatt, das auch die Ende der 1980er-Jahre eingetretene Konzentrationsphase gut überstand. In dieser Phase waren es überwiegend die Parteizeitungen, die vom Markt verdrängt wurden, da sich das Publikum vermehrt den politisch unabhängigen Titeln zuwandte.

**Beginn der
Marktkon-
zentration**

Ende der 1980er-Jahre kam es mit dem Beginn des Engagements großer deutscher Zeitungsverlage erneut zu einem Umbruch in der Presselandschaft. Den Anfang machte der Verlag der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ), der sich (mit zunächst jeweils 45 Prozent) an den damals beiden größten Zeitungen, der „Kronen Zeitung“ und dem „Kurier“, beteiligte. Für die Medienvielfalt und die Marktbedingungen bedenklich wurde es, als diese beiden Titel 1988 in einer als „Elefantenhochzeit“ bezeichneten Zusammenführung die „Mediaprint“ gründeten, ein gemeinsames Tochterunternehmen, das für beide Titel Vertrieb, Druck und Anzeigenakquisition übernahm. Dem Engagement der WAZ in Österreich folgten weitere Beteiligungen durch die Verlage Springer oder

Bertelsmann, deren Markteintritt – wie im Fall von Springer beim „Standard“ im Jahr 1988 – auch zu Neugründungen führte.¹⁰

Die Anfang 2000 eingegangene unternehmerische Verbindung zwischen der Mediaprint-Tochter „ZVB“ und der Verlagsgruppe News, in der u.a. Titel wie „News“, „Format“ oder „TV-Media“ erschienen, ließ einen neuen Verlagsriesen („Mediamil“) auf dem österreichischen Markt entstehen. Von der Politik toleriert und mit nur geringen Auflagen bedacht, erhöhte diese Fusion den Marktdruck für die Konkurrenten und verschärfte die Konzentration in einem Ausmaß, das international kaum Vergleichsfälle kennt. Nicht ohne Grund beendet der Medienkritiker und Herausgeber der Wochenzeitung „Der Falter“, Armin Thurnher, seine wöchentliche Kolumne beständig mit dem Zusatz: „Im Übrigen bin ich der Meinung, der ‚Mediamil‘-Konzern muss zerschlagen werden.“ Er ist damit eine Stimme unter vielen, die das Ausmaß der in Österreich erreichten Pressekonzentration als demokratiepolitisch hochgradig bedenklich und für die Meinungsvielfalt bedrohlich einschätzt.

**Verschärfung
der Medien-
konzentra-
tion**

Das Ausmaß der Konzentration ging zwar durch die Mitte der 2000er-Jahre neu gegründeten Gratiszeitungen „Österreich“ und „heute“ zurück, deren Beitrag zur publizistischen Vielfalt und Qualität ist vor dem Hintergrund ihrer stark am Boulevard orientierten Ausrichtung allerdings überschaubar. Auf dem stark umkämpften Wiener Markt konnte die Gratiszeitung „heute“¹¹ inzwischen sogar die „Kronen Zeitung“ von ihrer Spitzenposition verdrängen, deren Einfluss auf die Politik aufgrund der hohen Auflage als besonders groß einzuschätzen ist, versteht sie es doch, ihr Gewicht zu gewissen politischen Fragen auf dem Boulevard der Meinungen und mit Blick auf die eigene Auflage immer wieder in die Waagschale zu werfen.¹²

**Gratis-
zeitungen**

Insgesamt greifen täglich rund 73 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher zu einer Tageszeitung, wobei tendenziell die Leserzahl bei den jugendlichen Zielgruppen kontinuierlich abnimmt.¹³ In diesen Gruppen gewinnen Informationsplattformen wie das Internet beständig an Bedeutung. Der heimische Zeitungsmarkt ist trotz der Marktzutritte

TAGESZEITUNGEN IN ÖSTERREICH: REICHWEITEN, GRÜNDUNG		
Titel (2011)	Reichweite in Prozent	Gründungsjahr
Neue Kronen Zeitung	38,2	1959 (1900)
Heute	13,1	2004
Kleine Zeitung	11,3	1904
Österreich	10,3	2006
Kurier	8,1	1954
Standard	5,0	1988
Oberösterreichische Nachrichten	5,0	1945
Tiroler Tageszeitung (TT kompakt)	3,9	1945
Presse	3,7	1848
Salzburger Nachrichten	3,4	1945
Vorarlberger Nachrichten	2,4	1887
Wirtschaftsblatt	0,9	1995
Kärntner Tageszeitung	0,6	1945
Neue Vorarlberger Tageszeitung	0,5	1972
Wiener Zeitung	k.A.	1703
Quellen: www.voez.at sowie www.media-analyse.at		

In Summe stellt sich die heimische Zeitungslandschaft heute als ein Markt mit 18 Titeln dar, wovon drei als Gratiszeitungen erscheinen und der Großteil aller Blätter in der Bundeshauptstadt Wien herauskommt. Unangefochten an der Spitze in Bezug auf den Anteil der österreichweit erreichten Leserinnen und Leser (Reichweite) steht die „Neue Kronen Zeitung“, die trotz leichter Rückgänge in den letzten Jahren fast 40 Prozent der Leserschaft auf sich vereinen kann und damit weltweit zu den größten Tageszeitungen zählt.

Boulevardisierung – auch der Politik?

neuer Titel in den letzten Jahren immer noch hoch „konzentriert und verflochten“, nur wenige Titel dominieren den Markt und es setzen sich verstärkt Tendenzen einer Boulevardisierung durch. Diese Entwicklung muss insbesondere für die politische Kommunikation als ein bedenklicher Trend eingeschätzt werden, da sich dadurch der Mediendruck aus diesem Sektor auf die Politik weiter verstärkt und politische Parteien nicht selten versucht sind, sich den Spielregeln des Boulevards zu unterwerfen.

Rundfunk

Beginn in den 1920er-Jahren

Die Anfänge des Rundfunks reichen in Österreich in das Jahr 1924 zurück, als am 1. Oktober die „RAVAG“ (Radio-Verkehrs-AG) begann, regelmäßig ein Hörfunkprogramm auszustrahlen. Nach einer anfänglichen Aufschwungphase geriet dieser Sender zusehends in Regierungsabhängigkeit und wurde nach dem „Anschluss“ gänzlich in die nationalsozialistische Propagandamaschinerie eingegliedert. In der Nachkriegszeit waren es zunächst die Besatzungsmächte, die in Österreich die Rundfunkszene unter sich aufteilten. Im Jahr der Unterzeichnung des Staatsvertrags konnte ein erstes TV-Versuchsprogramm und 1957 das regelmäßige Programm der neu gegründeten „Österreichischen Rundfunk GmbH“ starten.

Große Nähe zur Politik

Kennzeichnend für die ersten Jahre des neu gegründeten Rundfunks war seine große Nähe zur Politik, da eine große Zahl leitender Positionen streng nach dem politischen Proportionalprinzip besetzt wurden. Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der österreichischen Rundfunkentwicklung war von der Tatsache bestimmt, dass es über eine lange Phase nur dem ORF (öffentlich-rechtlicher Rundfunk) vorbehalten war, Hörfunk- und Fernsehprogramme auszustrahlen. Dieses Rundfunkmonopol wurde – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten extrem verzögert – erst mit Beschluss eines Regionalradiogesetzes gelockert. Die konkrete Öffnung des Marktes für die ersten beiden Radioanbieter erfolgte 1995, erst 1998 sollten weitere Sender folgen. Im Jahr 2001 wurde schließlich ein Privatfernsehgesetz beschlossen, womit der Übergang in einen „dualen“ Markt – ein Gegenüber von privaten, kommerziellen Programmen und öffentlich-rechtlichen Sendern – abgeschlossen war. Im Fernsbereich dauerte es bis zum Jahr 2003, bis der erste private TV-Sender, ATV, auf Sendung gehen konnte.¹⁴



© Pichlkostner/First Look/picturedesk.com

Das Bürgerforum ist ein Format des Senders ORF, in dem BürgerInnen zu Wort kommen und direkt mit PolitikerInnen diskutieren können. Dieses Format bietet die Möglichkeit, eine andere – von BürgerInnen mitgestaltete – Form der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Der ORF erzielt aktuell rund 60 Prozent seiner Einnahmen aus Gebühren, rund 22 Prozent entfallen auf Werbeeinnahmen, der Rest auf sonstige Erlöse wie z.B. Lizenzverkäufe. Die Rechtfertigung des ORF, für seine Programme Gebühren einzuheben, gründet auf dem gesetzlich festgelegten Informations-, Bildungs- und Kulturauftrag, der ihn dazu verpflichtet, die Gesellschaft umfassend und objektiv mit einem vielfältigen und qualitativ hochwertigen Programm zu versorgen, das neben Informations- und Bildungsprogrammen auch Unterhaltung bieten muss.

Als durchaus typisch für den österreichischen Medienmarkt kann die Position des Landes als Kleinstaat mit einem gleichsprachigen größeren Nachbarmarkt gelten. Dies wirkte sich auf den Rundfunkbereich insofern aus, als der ORF

PRIVAT-KOMMERZIELLE SENDER VS. ÖFFENTLICH-RECHTLICHE SENDER		
Parameter	privat-kommerziell	öffentlich
Organisationszweck • Sachziel • Formalziel • Zielhierarchie	For-Profit-Organisation • Maximierung der Zielgruppe • Gewinnmaximierung • Dominanz des Formalziels	Non-Profit-Organisation • Erfüllung des Programmauftrags • Wirtschaftlichkeit • Dominanz des Sachziels
normative Zielsetzung	individuelle Nutzenmaximierung	gesellschaftliche Nutzenmaximierung
Leistung/Angebot	nachfrageorientiert: Orientierung an Präferenzen von Werbung und Zielgruppe	auftragsorientiert: Orientierung am Programmauftrag
Versorgungsgrad	gemäß Rentabilität	Vollversorgung
LeistungsempfängerInnen	Kunde/in (RezipientIn und/oder Werbekunde)	BürgerIn
Finanzierung	Werbung	öffentliche Mittel (z.T. auch Werbung)
Quelle: Puppis, Manuel: Einführung in die Medienpolitik. Konstanz 2010, S. 205		

Das duale Rundfunksystem kennt auf der einen Seite öffentlich-rechtliche Sender, deren Einkünfte sich überwiegend aus Gebühren sowie aus Werbeeinnahmen zusammensetzen und deren Hauptziel in der Erfüllung des Programmauftrags liegt. Privat-kommerzielle Sender finanzieren sich dagegen ausschließlich aus Werbegeldern und haben Gewinnmaximierung als ihr deklariertes Hauptziel.

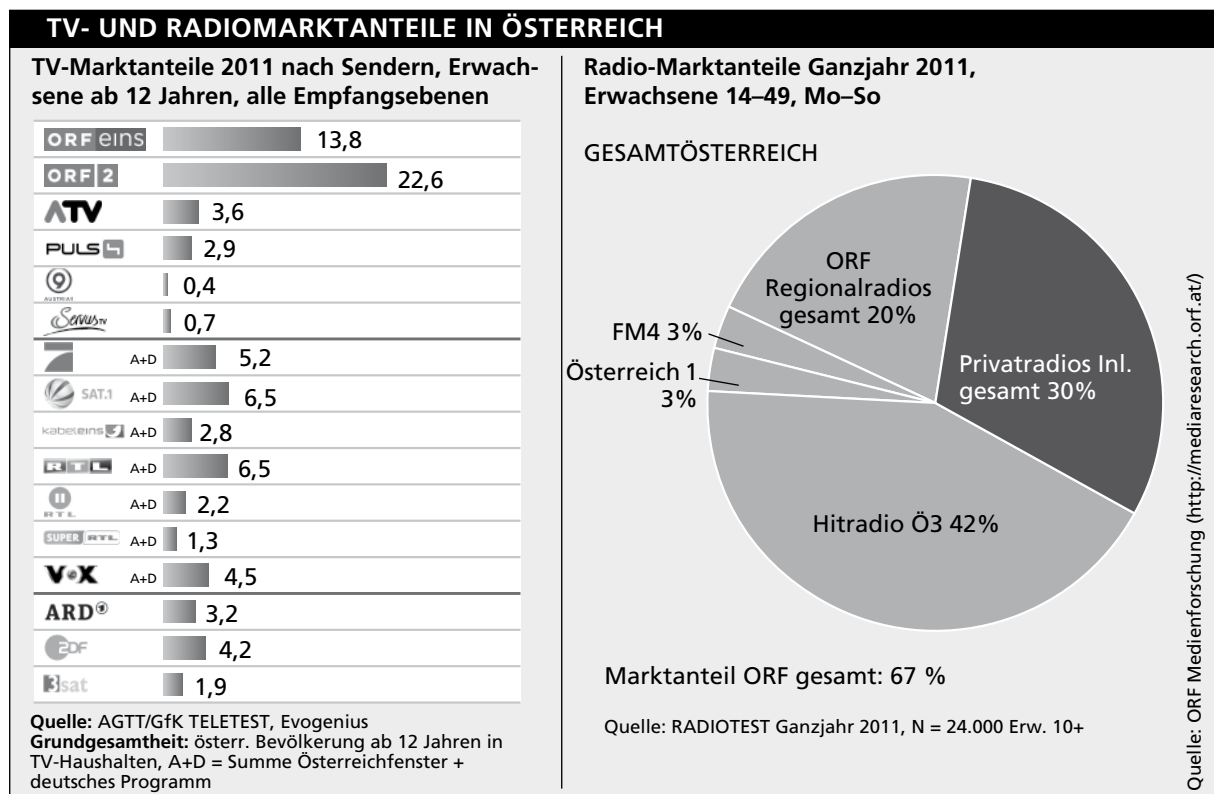
damit schon lange vor der innerösterreichischen Markttöffnung über den Weg der Verbreitung von Kabel- und Satellitenprogrammen einer Konkurrenz deutscher Fernsehsender ausgesetzt war. Das blieb nicht ohne Auswirkung auf die Ausrichtung der Programme und trug zu einer gewissen Selbstkommerzialisierung in gewissen Programmsparten bei. Als öffentlich-rechtliche Anstalt sieht sich der ORF gezwungen, im Spagat zwischen Qualität und Quote ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Über die Jahre gelang es ihm zudem, die Sender- und Angebotspalette beständig auszubauen: Heute verfügt er über vier TV-Voll- und Spartenprogramme, vier Radioprogramme sowie eine Internet-Plattform.

Großer Nachbarmarkt Deutschland

Die letzten Änderungen des ORF-Gesetzes (ORF-Gesetz 2001) brachten Adaptierungen in den Führungsgremien mit sich und führten die Anstalt öffentlichen Rechts in eine Stiftung über. Im nunmehrigen obersten Führungsgremium (Stiftungsrat) dürfen keine politischen Mandatarinnen und Mandatare vertreten sein. Die Regelung, wie die Stiftungsräte bestellt werden¹⁵, bringt es aber nach wie vor mit sich, dass sich die Zusammensetzung des 35-köpfigen Gremiums an den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen orientiert und die ehemaligen politischen „Fraktionen“ dort heute als politische „Freundeskreise“ bezeichnet werden. Nur wenige Mitglieder des Gremiums gelten als politisch unabhängig. Der Stiftungsrat wählt die/den GeneraldirektorIn und ist wie zuvor das Kuratorium für die wesentlichen Weichenstellungen der Rundfunkanstalt verantwortlich. Die Interessen des Publikums vertritt ein Publikumsrat, der die Agenden der vormaligen Hörer- und Sehervertretung übernimmt, allerdings mit deutlich weniger Befugnissen als der Stiftungsrat. Die in den letzten Jahren mitunter lebhaft geführten Diskussionen um die Weiterentwicklung des ORF spiegelten den in der Realverfassung immer noch großen Einfluss der Politik im Unternehmen wider und lassen weiteren Reformbedarf erkennen. So ist – neben einer notwendigen Verkleinerung des Gremiums – nicht zuletzt die Entpolitisierung noch immer nicht realisiert.

ORF nun eine Stiftung

Immer noch Reformbedarf



Die Übersichten illustrieren, dass die ORF-Produkte eine Führungsposition einnehmen. Die Hauptkonkurrenten im Fernsehbereich stellen insbesondere kommerzielle Sender aus Deutschland dar. Im Radiobereich sind es die mittlerweile über 80 privaten und freien Regional- und Lokal-Radiostationen, die für den ORF eine neue Konkurrenzsituation geschaffen haben. Mit 67 Prozent Marktanteil sind die ORF-Radios nach wie vor marktbeherrschend.

Der Einfluss der EU-Medienpolitik

Monopol widerspricht Menschenrechten

Der Einfluss der europäischen Medienregulierung sollte sich – wie bereits erwähnt – schon im Zuge der Öffnung des Rundfunkmonopols für Österreich als ein durchaus wichtiger Faktor erweisen. In diesem Fall war es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1993 in einem Urteil zu der Erkenntnis gelangte, dass die Situation des Rundfunkmonopols in Österreich gegen den § 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoße und daher eine Öffnung für private Anbieter erfolgen müsse. Nach dem Beitritt zur EU im Jahr 1995 wurden schließlich auch die sich auf EU-Ebene entwickelnden medienpolitischen Rahmenbedingungen für Österreich relevant.¹⁶

Medienpolitische Maßnahmen

Die medienpolitischen Maßnahmen der EU beziehen sich zum einen auf den grenzüberschreitenden Handel und die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen, wie sie in der 1989 erschienenen „Fernsehrichtlinie“ festgeschrieben wurden. Dieses mehrfach und zuletzt 2010 erneuerte und nunmehr als „Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste“ bezeichnete Regelwerk legt die Prinzipien des freien Handels mit audiovisuellen Waren – also z.B. Fernsehsendungen – fest. Es beinhaltet Maßnahmen zur Berücksichtigung sowie zum Schutz europäischer Werke, wobei die Verletzung von festgesetzten Quoten keine ernsthaften Konsequenzen nach sich zieht. Weiters sichern die Regeln eine zugangsfreie Ausstrahlung wichtiger Sportgroßereignisse in frei empfangbaren Fernsehsendern. Schließlich beinhaltet die Richtlinie auch noch Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger vor pornografischen oder Gewalt verherrlichenden Inhalten und sieht Beschränkungen in Form von Höchstgrenzen für Werbeeinschaltungen und Sponsoring in Rundfunkprogrammen vor.

Auf der Ebene des Wettbewerbsrechts setzen wiederum Bestimmungen der EU fest, dass es den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen bleibt, über den Spielraum und die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter zu entscheiden. Bereits 1997 schrieb der Vertrag von Amsterdam die Rolle der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender für Demokratie und Gesellschaft ausdrücklich fest. 2001 herausgegebene Kriterien zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten setzen darüber hinaus gültige Wettbewerbsregeln zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern fest. Dazu zählt das Verbot für Öffentlich-Rechtliche, Einnahmen aus Gebühren für kommerzielle Zwecke zu verwenden. Die Finanzierung dieser Sender hat transparent zu sein und Anstalten wie der ORF müssen sich bei kommerziellen Tätigkeiten den Spielregeln des Marktes unterwerfen. Auf dieser Ebene wirken wettbewerbsrechtliche Maßnahmen auf den Rundfunk ein und verdeutlichen, dass im Rahmen der EU-Medienpolitik der Rundfunk nicht als Kulturgut, sondern als Wirtschaftsgut angesehen wird. Für andere Sektoren wie die Printmedien oder den Telekommunikationsbereich verhindern bestimmten Regelungen des Wettbewerbsschutzes Konzentrationserscheinungen, wenn sie den grenzüberschreitenden Handel behindern. Im Fall der Konzernzusammenschlüsse auf dem österreichischen Printmedienmarkt hatte die europäische Seite daher keine Einflussmöglichkeiten.¹⁷

**Wettbe-
werbsrecht**

**Kulturgut
versus Wirt-
schaftsgut**

Neben diesen beiden Regelungsgebieten ist noch auf Maßnahmen der Medienförderung hinzuweisen, welche die Marktentwicklung auf europäischem Gebiet unterstützen. Programme wie das 2007–2013 gültige „MEDIA“ oder „MEDIA Mundus“ (2011–2013) fördern Produktion und Vertrieb europäischer Filme und anderer Medienprodukte sowie internationale Kooperationsaktivitäten im audiovisuellen Sektor. Über diesen Sektor hinaus initiierte die EU in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiche Förderprogramme für die Entwicklung der Infrastruktur moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, wie das 2005 verabschiedete Programm „i2010: Eine Europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“, dem das Programm „Digitale Agenda für Europa“ (2010–2020) folgte. Es soll die Verbreitung des Internets in Europa auf einer modernen Breitbandbasis und dessen Nutzung in der Bevölkerung vorantreiben.

**Medien-
förderung**

**Entwicklung
der Infra-
struktur**

Medienpolitik in Österreich

Die österreichische Medienpolitik stellte sich lange Zeit als eine eher reaktiv denn aktiv gestaltende Kraft dar. Lange war die Gestaltung der Rahmenbedingungen den dominierenden Hauptakteuren, dem ORF oder den Zeitungsherausgebern, überlassen worden. An der Monopolstellung des ORF hielt man – um die Möglichkeiten des Einflusses auf seine Geschicke wissend – im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten besonders lange fest und bei den Printmedien ließ die Politik ein Ausmaß an Konzentration zu, das man als demokratiepolitisch mehr als bedenklich einschätzen muss. Entsprechende Verschärfungen des Kartellrechts für den Medienbereich wurden erst jeweils nach den großen, oben bereits dargestellten Fusionen der großen Verlage getroffen. Die Gewährung dieser Unternehmenszusammenschlüsse ließ marktbeherrschende Verlage entstehen, die über eine potenziell hohe Meinungsmacht verfügen und deren Einflussmöglichkeit auf demokratische Prozesse und politische Diskussionen enorm groß ist.

**Mehr
Reaktion als
Gestaltung**

**Hohe Mei-
nungsmacht**

Erste Schritte, die den Stillstand in der Medienpolitik auflösten, wurden 1993 mit dem Regionalradiogesetz getan. Aber erst im Jahr 2001 gelang es, mit dem Privatfernsehgesetz und einem ORF-Gesetz neue Rahmenbedingungen im Medienbereich zu schaffen. Weiters hob die Gründung einer neuen Medienbehörde in Form der „KommAustria“ die Regulierungshoheit aus den Ministerien auf eine unabhängigere Ebene. In Zusammenarbeit mit der bereits seit 1997 bestehenden Telekom-Regulierungsbehörde wurden die beiden Regulierungsfelder 2001 in der sogenannten RTR-GmbH, der Rundfunk- und

**Neue Regu-
lierungs-
behörde**

Telekom-Regulierungs-GmbH, zusammengefasst. Neben der Vergabe von Frequenzen und der Regulierung des Marktes überwacht die RTR seither die Einhaltung von Gesetzen – wie z.B. im Fall des ORF-Gesetzes – und verwaltet diverse Förderungsmaßnahmen. Dazu zählen die Presse- und Publizistikförderung ebenso wie die Fernseh- und Privatrundfunkfonds. Besonders die Presseförderung, deren Ziel es ist, die Meinungsvielfalt auf dem Tageszeitungsmarkt zu unterstützen, erreichte über viele Jahre ihre Ziele nur bedingt und musste reformiert werden.

**Angeleichung
an EU-Regeln**

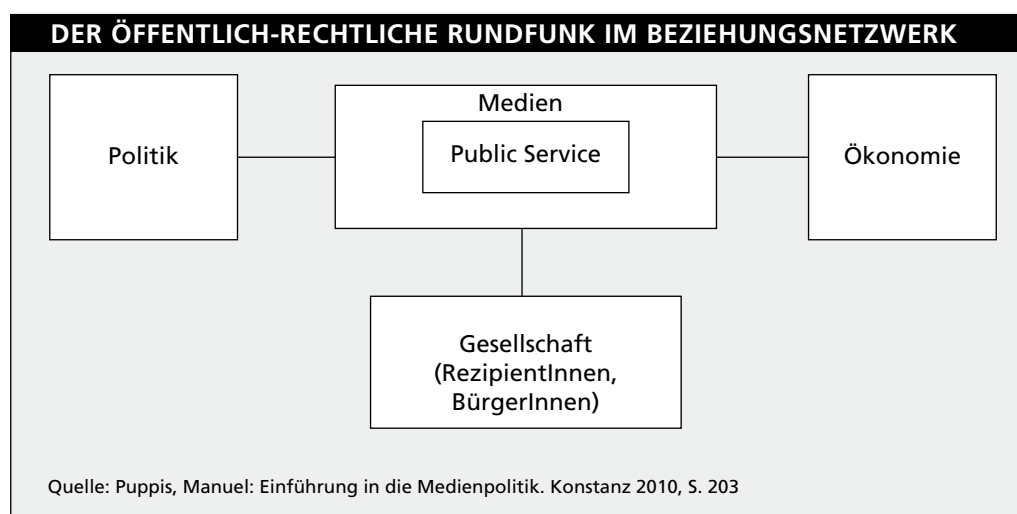
Eine wichtige medienpolitische Diskussion in den letzten Jahren war um das Verfahren zwischen der EU-Generaldirektion „Wettbewerb“ und dem ORF geführt worden, bei dem es um die Angleichung des ORF-Gesetzes an die EU-Wettbewerbsregelungen ging. In diesem Verfahren, das mit einer Einigung zwischen den Parteien endete, wurde insbesondere um das Ausmaß der Aktivitäten des ORF im Online-Bereich und um einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Marktteilnehmern – den Zeitungsherausgebern und kommerziellen Rundfunkanbietern – gerungen.

**Beschränkungen für den
ORF**

Letztere hatten das Verfahren initiiert, da sie sich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Markt durch die Expansionspläne des ORF beeinträchtigt sahen. Die Ergebnisse, die in das neue ORF-Gesetz Eingang fanden, sehen Beschränkungen für den ORF im Hinblick auf den Berichterstattungsumfang im Online-Bereich vor, ermöglichen es ihm aber, auch dort in einem beschränkten Umfang Werbeeinnahmen zu lukrieren. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass über den Weg der Einschaltung des europäischen Wettbewerbsrechts Bemühungen um eine Marktabgrenzung dazu führen, dass in einem kleinräumigen Markt mit einem hohen Medieneinfluss von außen (wie Österreich) Einschränkungen in Bezug auf die Vielfalt der Berichterstattung hingenommen werden müssen.¹⁸

**Zivilgesellschaftliche
Initiativen**

Darüber hinaus beschäftigten in den letzten Jahren insbesondere in der Öffentlichkeit ausgetragene Personaldiskussionen des ORF die medienpolitischen Debatten, die einmal mehr ein bezeichnendes Bild auf die Nähe von Politik und Medien warfen. Es waren nicht zuletzt auch zivilgesellschaftliche Initiativen und von ORF-Journalistinnen und Journalisten getragene Widerstände, die zuletzt politisch motivierte Personalbesetzungen verhinderten. Und ein neues Medientransparenzgesetz, das am 1.7.2012 in Kraft trat, schafft nun mehr Transparenz über die Vergabe von Inseraten der Regierung, von Ministerien und anderen öffentlichen Stellen. Vorgänge wie diese zeugen von der Relevanz der Stellung der Medien in der Gesellschaft und deren Verhältnis zur Politik.



Ein äquidistantes Verhältnis der Medien sowohl der Politik, dem Markt als auch der Gesellschaft gegenüber stellen ein balanciertes und der Demokratie förderliches Beziehungsnetzwerk dar.

Die Stellung der Medien zwischen Politik, Markt und Zivilgesellschaft

Von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Medien, Markt, Politik und Zivilgesellschaft profitieren Zivilgesellschaft und demokratische Strukturen. Gerät diese Balance in der einen oder anderen Form in eine Schieflage, erwachsen daraus Defizite, die sich negativ auf Gesellschaft und demokratische Prozesse auswirken.

Notwendige Balance

Für Österreich muss man zu dem Schluss kommen, dass wir nach wie vor von einer unaufgeklärten Nähe der Politik zu den Medien ausgehen müssen. Sowohl im Bereich des Rundfunks als auch im Sektor der Printmedien hat die Politik noch nicht zu jener professionellen Distanz gefunden, die für eine gut funktionierende Demokratie als Maßstab anzulegen ist. Ebenso wirken Kräfte des Marktes und sich durchsetzende Kommerzialisierungstendenzen, die Konzentration auf dem Printmedienmarkt und ein größer gewordener Boulevardsektor alles andere als positiv auf die oben dargestellte Konstellation. Es sind insgesamt daher noch eine Reihe von Anstrengungen zu unternehmen, um für die Medienlandschaft Österreichs und für die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Politik und Medien jene Rahmenbedingung zu schaffen, die einer funktionierenden Demokratie und einer professionell sowie sich lebendig entwickelnden politischen Kultur förderlich sind.

Zu wenig professionelle Distanz

Negativ wirkende Kräfte

Die im Internet entstandenen neuen Formen und Chancen politischer Partizipation und Kommunikation lassen auf eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Anliegen hoffen, wiewohl auch in diesem Kommunikationsfeld die Popularisierung politischer Inhalte große Entfaltungsmöglichkeiten erhält. Gründungen wie jene der „Piratenpartei“ (siehe dazu den Beitrag idB) dynamisieren nicht nur den politischen Wettbewerb, sondern bringen insbesondere neue Formen der politischen Kommunikation in das System der etablierten Politik ein. Mit Mitteln einer über das Internet organisierten Form der → *liquid democracy* werden die Grenzen zwischen indirekter und direkter Demokratie durchlässig, da sich die interessierten BürgerInnen ihre politischen MandatarInnen selbst auswählen können und es auch abseits von Wahlen möglich ist, einmal vergebene Zustimmungen jederzeit wieder zurückzuziehen.

Chance Internet

Diese Möglichkeiten einer stärkeren partizipativen Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen könnte – so die Hoffnung einiger Expertinnen und Experten – jenen Tendenzen entgegenwirken, die davon ausgehen, dass Politik immer mehr von privilegierten Eliten kontrolliert und privaten Wirtschaftsinteressen unterworfen wird und sich im Management von Sachzwängen verliert.

Hoffnung auf Politik für alle

Dieser Trend, den Colin Crouch mit dem Schlagwort der „Postdemokratie“ bezeichnete, führe letztlich zu einem Verlust an Vertrauen in die Demokratie und zu einer Zunahme der Politikverdrossenheit. Crouchs Begriff meint „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden /.../, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“¹⁹. Es wird daher abzuwarten sein, welche politische Dynamisierung von den neuen politischen Gruppierungen im Umfeld der Piratenparteien als Gegenbewegung zu erwarten ist und inwieweit sich auch etablierte Parteien der neuen Mittel der politischen Organisation und Kommunikation bedienen. Auch vor diesem Hintergrund gilt es, die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Medien und Politik mit einem kritischen Auge weiterzuverfolgen.

Postdemokratie

Wichtige Online-Datenquellen

Medienregulierungsbehörde: <http://www.rtr.at>

ORF-Medienforschung: <http://mediaresearch.orf.at/>

Zeitungsherausgeberverband: <http://www.voez.at>

Reichweitenmessung Medien: <http://www.media-analyse.at>

Medienrecht: <http://www.bka.gv.at/site/3477/Default.aspx>

(alle Links wurden zuletzt am 25.7.2012 abgerufen)

- 1 Heinz Pürer (Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung, in: medienimpulse. Nr. 64, Juni 2008, S. 10–16) verweist in diesem Zusammenhang auf Jürgen Wilke: Pressefreiheit. Darmstadt 1984.
- 2 Pürer, Medien und Journalismus, S. 11
- 3 Als weitere Macht neben der Legislative, Exekutive und Judikative fiel demnach den Medien die Rolle zu, den Gesetzgeber, die Regierung und die Rechtsprechung zu kontrollieren. Entstanden in der Zeit der Aufklärung und zurückgehend auf Rousseau, der im Rahmen der Gewaltenteilung von der Presse als der „vierten Säule“ im Staat sprach, wurde der Begriff in der Literatur von Rene Marcic, dem Salzburger Staatsrechtslehrer und Rechtsphilosophen (und Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“) aufgegriffen und als eine wichtige Funktion der Medien den Organen des Staates gegenüber zugeschrieben. Heinz Pürer führt jedoch einige Punkte ins Treffen, die eine Neuausrichtung des Begriffs nahelegen. Es müsse zunächst – so sein erster Einwand – zur Kenntnis genommen werden, dass es in westlichen Demokratien keinen Verfassungsauftrag gäbe, der eine derartige „Vierte Gewalt“ festschreibe, noch würde „die Mehrzahl der Journalisten über die erforderliche Kompetenz [verfügen], einen solchen Auftrag funktionsgerecht auszufüllen“ (Pürer, Medien und Journalismus, S. 11). Weiters würde die Tatsache, dass es vorwiegend der ökonomische Erfolg ist, den die Medien anstreben, einer entsprechenden journalistischen Ethik in diesem Zusammenhang widersprechen. Die Neigung mancher Medien zur Skandalisierung in der Berichterstattung und Effekte der Boulevardisierung sind zudem nicht dazu angetan, eine entsprechende Rolle seriös auszufüllen. Schließlich gelte es zu bedenken, dass Medien selbst einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellen, selbst also einer Kontrolle bedürften (vgl. ebd.).
- 4 Pürer, Medien und Journalismus, S. 11
- 5 Vgl. Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Wiesbaden 2002 sowie Donges, Patrick: Mediatisierung, in: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden 2006, S. 164–165
- 6 Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main 2002
- 7 Meyer, Thomas: Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 15–16, 2002, S. 7–14, hier S. 11
- 8 Vgl. Meier, Werner A./Trappel, Josef: Media Governance: Wirkungsvolles Instrument zur gesellschaftlichen Debatte von Medienkonzentration und Medienmacht?, in: Medienwissenschaft Schweiz 1, 2002, S. 66–73 sowie Donges, Patrick (Hrsg.): Von der Mediatisierung zur Media Governance? Köln 2007
- 9 Vgl. Schmolke, Michael: Presse: In: Bamberger, Richard (Hrsg.): Österreich-Lexikon, Band 2. Wien 1995, S. 219–222
- 10 Vgl. Steinmaurer, Thomas: Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick. Mit Beiträgen von Elfriede Scheipl und Andreas Ungerböck. Innsbruck 2002
- 11 Die Gratiszeitung „heute“ gehört mehrheitlich (zu 74 Prozent) einer Stiftung von Eva Dichand (Ehefrau des „Kronen Zeitung“-Chefs Christoph Dichand) und Georg Kribernegg. Siehe: Fidler, Harald: „Heute“ gehört Eva Dichands Stiftung, in: Der Standard, 7.5.2012
- 12 Vgl. Steinmaurer, Thomas: Das Mediensystem Österreichs, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien. Baden-Baden 2009, S. 504–517
- 13 Vgl. <http://www.voez.at/b86> (letzter Zugriff 25.7.2012)
- 14 Vgl. Steinmaurer, Mediensystem Österreichs
- 15 „Sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der politischen Parteien im Nationalrat unter Bedachtnahme auf deren Vorschläge bestellt, wobei jede im Hauptausschuss des Nationalrates vertretene Partei durch mindestens ein Mitglied im Stiftungsrat vertreten sein muss. Je ein Mitglied, insgesamt also neun, bestellen die Bundesländer. Neun Mitglieder bestellt die Bundesregierung. Sechs Mitglieder bestellt der Publikumsrat. Fünf Mitglieder werden vom Zentralbetriebsrat bestellt.“ <http://kundendienst.orf.at/unternehmen/menschen/gremien/stiftung.html> (letzter Zugriff: 25.7.2012)
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Vgl. Steinmaurer, Thomas: Übergelieferter Rundfunk? Zum Einfluss der EU-Wettbewerbspolitik auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in: Stark, Birgit/Magin, Melanie (Hrsg.): Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch. Relation. N.F. Band 3. Wien 2009, S. 147–168
- 18 Vgl. Steinmaurer, Mediensystem Österreichs
- 19 Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt am Main 2008, S. 10



WEBTIPP

THEMENMODUL MEDIENGESELLSCHAFT

► www.demokratiezentrum.org/themen/mediengesellschaft.html

Das Demokratiezentrum Wien bietet auf seiner Wissensplattform das Themenmodul Mediengesellschaft an, das eine vertiefende Beschäftigung mit den Themen des vorliegenden Heftes ermöglicht.



ONLINEVERSION

Onlineversion: In der Onlineversion der Informationen zur Politischen Bildung auf www.politischebildung.com finden Sie zusätzliche Informationen zu diesem Beitrag.

► Infokasten „Historische Entwicklung des österreichischen Rundfunks“

Ursula Maier-Rabler, Stefan Huber und Astrid Schmid

Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke

Politische Partizipation lernen im Web 2.0

Die Vorstellung, welche Jugendliche lange Zeit von Politik hatten, war geprägt vom Fokus der → Massenmedien auf parteipolitischen Wettbewerb und politische Institutionen. Dabei sind es gerade die Parteipolitik und die politischen Institutionen der → repräsentativen Demokratie, die von Jugendlichen – und nicht nur von Jugendlichen – skeptisch betrachtet werden. Aktive Partizipation in Politikfeldern, von denen sie sich selbst betroffen fühlen, wird demgegenüber von Jugendlichen als wichtig betrachtet.¹ Die Berichterstattung der Massenmedien über institutionelle Formen der Parteipolitik in der → repräsentativen Demokratie geht offensichtlich aber an den Interessen vieler junger Menschen vorbei.

Massenmedien berichten an der Jugend vorbei

Durch die jüngsten Entwicklungen im Bereich digitaler Netzwerkmedien – auch Web 2.0 genannt – wird jedoch die öffentliche politische Kommunikation mit dem Meinungsaustausch zwischen den vielen Nutzerinnen und Nutzern der sozialen Medien ergänzt. Abseits des Rampenlichts der Massenmedien finden die politischen Ansichten vieler einen Platz in der *online-deliberation* (zwanglose, ausführliche und abwägende Online-Diskussion aktiver BürgerInnen) sozialer Online-Netzwerke. Obwohl weiterhin ein quantitativ großer Unterschied zwischen den vielen RezipientInnen einer spezifischen Nachricht in den → Massenmedien und den vergleichsweise wenigen RezipientInnen einer spezifischen Nachricht in digitalen Netzwerkmedien besteht,² ermöglichen Web-2.0-Technologien vielfältige innovative Formen der politischen → Deliberation, Partizipation und Kollaboration (→ kollaborative Demokratie).

Innovative Kommunikationsformen im Web 2.0

Während die aktuelle → repräsentative Demokratie von der Herstellung großer Öffentlichkeiten durch die → Massenmedien geprägt ist und nach wie vor nach diesen spezifischen Mustern funktioniert, übersieht sie, dass die Mechanismen der gesellschaftlichen Desintegration in viele kleine Öffentlichkeiten (*communities*) längst Platz gegriffen haben und durch Web-2.0-Technologien bedient werden.

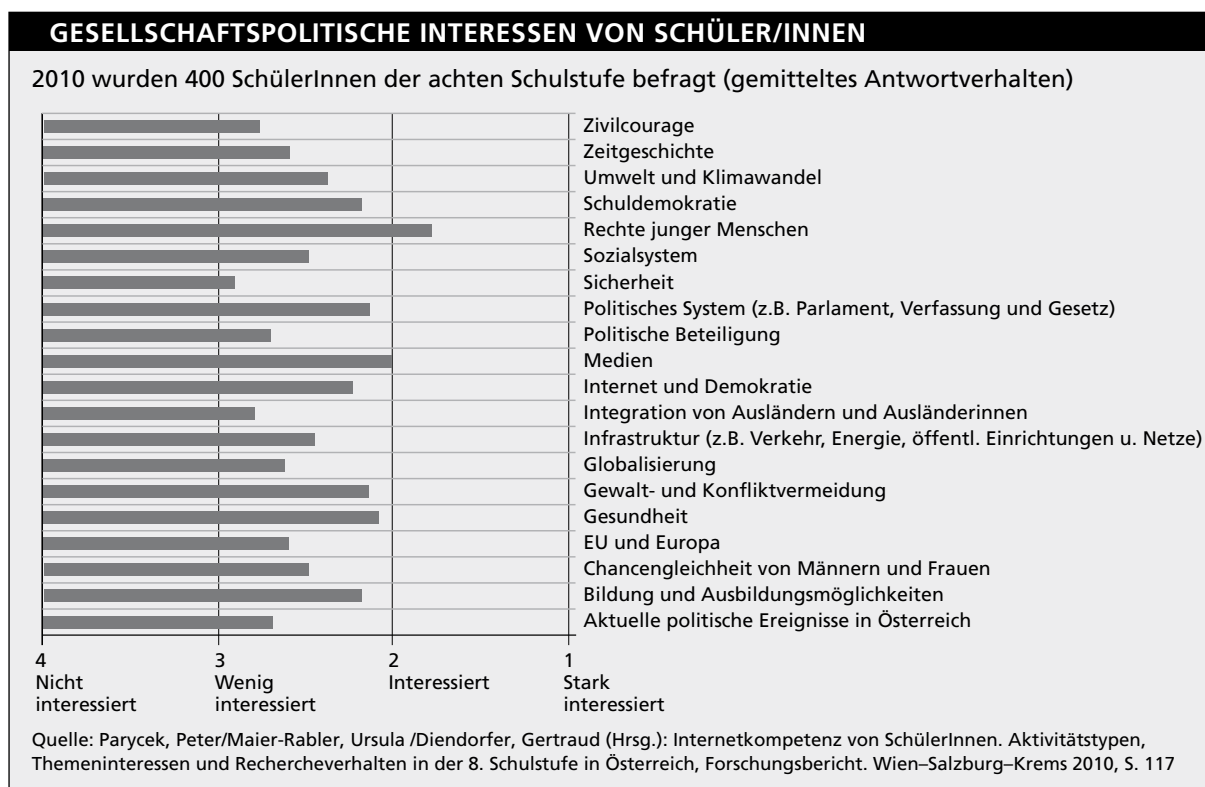
Mechanismen der gesellschaftlichen Desintegration

Die hier angesprochenen Herausforderungen für Politik und BürgerInnen, die sich im Zusammenhang mit digitalen Netzwerkmedien stellen, betreffen vor allem die Konsequenzen für die Politik durch mehr Transparenz und Partizipation und die Herstellung eines gerechten Zugangs zu Partizipation für die BürgerInnen.³ Doch braucht es dringend die Vermittlung von entsprechenden Kompetenzen für Online-Partizipation mittels Web-2.0-Technologien. Dafür ist eine neue *civic education*, also eine neue politische Bildung, gefordert, die dazu beiträgt, den Menschen die *capabilities*⁴ und den Erwerb der dazu notwendigen *Internet literacies*⁵ (siehe auch Kasten „Internetkompetenz“) zu ermöglichen, damit die BürgerInnen neue Partizipationsmöglichkeiten entwickeln und erlernen können.

repräsentative Demokratie

Demokratische Herrschaftsform, bei der die politischen Entscheidungen und die Kontrolle der Exekutive (Regierung) nicht direkt vom Volk, sondern von einer Volksvertretung (Parlament) ausgeübt wird, die das Volk repräsentiert. Die Ausübung der demokratischen Rechte der Bevölkerung ist auf die Beteiligung an Wahlen und die Mitwirkung in Parteien, Verbänden und Initiativen beschränkt. Parlamente bilden den Kern der repräsentativen Demokratie. Sie sind auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene das Organ der BürgerInnen, beschließen Gesetze und steuern damit die Arbeit der Regierung und ihrer BeamtInnen, sie kontrollieren die Regierung, sprechen ihr das Vertrauen bzw. ihr Misstrauen aus.

Quelle: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/demokratie-repraesentative.html>



In der Studie bekundeten die SchülerInnen das meiste Interesse an „Rechten junger Menschen“, „Medien“ und „Gesundheit“ und das geringste Interesse an „Politischen Systemen“, „Infrastruktur“, „Zivilcourage“ und „Aktuellen politischen Ereignissen in Österreich“. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass mediale Berichterstattung über Parteien und Parteipolitik viele junge Menschen nicht anspricht.

Partizipation üben

Denn um die Herausbildung eines neuen Eliteninstruments (Stichwort → *democratic divide*⁶) zu verhindern, müssen möglichst alle Kinder und Jugendlichen lernen, sich der Neuen Medien souverän im Sinne gesellschaftlicher Partizipation zu bedienen.

Web-2.0-Technologien besitzen großes Potenzial, um die Partizipation junger Menschen an Politik und Gesellschaft zu erhöhen. Zwar sind die dominierenden Inhalte der Kommunikation junger Menschen in digitalen Netzwerkmedien nicht explizit politisch, doch werden damit partizipative Praktiken eingeübt.

Mehr Einfluss- möglichkeiten

Die Kultur des aktiven Partizipierens (z.B. eigene Videos animieren, Songs aufnehmen, Gedichte schreiben, Texte posten und andere Formen kommunikativer Aktivitäten), die Jugendliche online von informellen MentorInnen (abseits formaler sozialer Unterschiede, in neuen Formen von Mentorenschaft wie etwa durch pensionierte ExpertInnen⁷) erlernen und mit Peers ausführen, lässt ihre Erwartungshaltung gegenüber politischen Handlungsträgern – und auch anderen gesellschaftlichen Institutionen (Schule, Unternehmen etc.) – steigen. Das Denkmuster des Mit-einander-Vernetzens und Unter-einander-Teilens von digitalen Inhalten wird also in andere Bereiche übernommen und macht nicht vor den Türen der



digital natives – digital immigrants

Für Kinder und Jugendliche, die mit digitalen Medien aufwachsen, prägte Marc Prensky den Begriff der *digital natives*. Wer diese Technologien erst im Erwachsenenalter zu nutzen gelernt hat, wird hingegen als *digital immigrant* bezeichnet.

Quelle: Prensky, Marc: Digital Natives, Digital Immigrants, in: On The Horizon, MCB University Press, Vol. 9 No. 5, Oktober 2001.

Schulen, Universitäten, Behörden und Parteien Halt. Menschen, die in einer partizipativen Kultur sozialisiert werden, erwarten sich mehr Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse, und zwar auf allen Ebenen: von der lokal-regionalen bis hin zur nationalen, supranationalen oder globalen Ebene.⁸ Die Institutionen der → repräsentativen Demokratie werden lernen müssen, den Forderungen nach mehr Partizipation nachzugeben. Mehr noch: Sie werden sich darum bemühen müssen, Plattformen für Partizipation und Kollaboration mit den BürgerInnen zu schaffen. Ebenso werden wir uns an flachere Hierarchien und neue Formen der Beziehung zwischen Regierenden und Regierten, der öffentlichen Verwaltung und den BürgerInnen sowie den Lehrenden und Lernenden einstellen müssen. → *digital natives* und → *digital immigrants*⁹ werden in einer partizipativen Gesellschaft Respekt füreinander zeigen müssen, um voneinander zu lernen.

Das demokratiefördernde Potenzial Neuer Medien

Die heutige Ausformung unserer repräsentativ-demokratischen Institutionen ist im Kontext des Industriezeitalters entstanden und wurde durch die → Massenmedien (mit)geprägt. Die kulturelle Praxis der → Massenmedien (z.B. Fernsehen, Radio, Print) ist charakterisiert vom passiven Konsum professionell gestalteter Informationsgüter¹⁰, worunter zum Beispiel Fernsehsendungen, Radionachrichten und Zeitungsartikel fallen.

Politische Akteure müssen in diesem Zusammenhang ihre Botschaften medienadäquat aufbereiten. Die eigentlichen ProduzentInnen medialer Botschaften sind professionelle JournalistInnen sowie ExpertInnen für Öffentlichkeitsarbeit.¹¹ Die in der westlichen Welt kritisierte Entwicklung der → repräsentativen Demokratie zur → Mediendemokratie¹² bzw. zur Postdemokratie¹³ kennt nur wenig offenen politischen Diskurs und ist charakterisiert durch professionelle Inszenierungen konkurrierender PR-Agenturen. Der Begriff „Postdemokratie“ bringt zum Ausdruck, dass die klassische, repräsentative (Medien-)Demokratie ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Regierungen können wohl gewählt und auch wieder abgewählt werden, die Themenhoheit bzw. Themendefinition liegt jedoch in einem Spannungsfeld zwischen (Partei-)politischen AkteurInnen, PR-Kampagnen und den → Massenmedien. Die WählerInnen können darauf nur marginal Einfluss nehmen. Es mangelt damit an einer authentischen öffentlichen Debatte zur Themengengese und der damit in Zusammenhang stehenden nachhaltigen politischen Partizipation.



© Fotolia

Durch Klick auf den Like-Button markieren UserInnen von Facebook sichtbar, welche Websites sie weiterempfehlen.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), vor allem die jüngsten Weiterentwicklungen des Internets und die Mobilkommunikation, bieten diesbezüglich völlig neue Möglichkeiten der Partizipation. Zentrale Charakteristika dabei sind die Verschmelzung von ProduzentIn und KonsumentIn bzw. die Möglichkeit, zwischen diesen beiden Rollen zu tauschen, sowie der Wechsel der Kommunikationsart von *one-to-many* (Massenkommunikation) zu *many-to-many* (Web 2.0). Politische Kommunikation mit Neuen Sozialen Medien funktioniert demnach gänzlich anders als mit → Massenmedien. Sie ermöglichen den NutzerInnen, die Themen ihrer

Die Jugend im Sozialen Netzwerk

Online-Umfrage: Österreichs 14-24-Jährige haben...

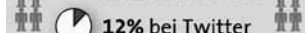
15 Freunde im Durchschnitt, davon fünf enge Freunde



271 Facebook-Freunde im Durchschnitt



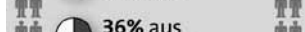
87% der Jugendlichen sind in Facebook



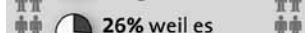
12% bei Twitter



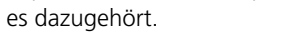
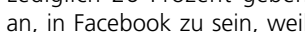
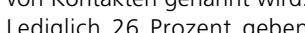
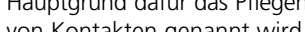
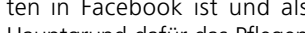
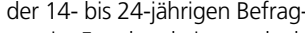
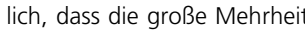
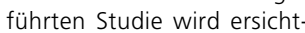
86% um Kontakt zu halten



36% aus Langeweile



26% weil es dazugehört



Grafik: © APA, Quelle: APA/Allianz/AGES



Aus einer 2012 durchgeführten Studie wird ersichtlich, dass die große Mehrheit der 14- bis 24-jährigen Befragten in Facebook ist und als Hauptgrund dafür das Pflegen von Kontakten genannt wird. Lediglich 26 Prozent geben an, in Facebook zu sein, weil es dazugehört.

Kommunikation selbst zu wählen und sich zunehmend von den Themenvorgaben der → Massenmedien zu emanzipieren. Das ist mit einem Machtverlust sowohl der PolitikerInnen als auch der professionellen KommunikatorInnen verbunden. Zeit, die früher mit passivem Medienkonsum verbracht wurde, investieren heute vor allem Jugendliche in das Knüpfen und Pflegen von sozialen Kontakten¹⁴, sie stellen so neue und individuelle Öffentlichkeiten her.

**Unmittelbare
Betroffenheit
treibt Partizi-
pation an**

Soziale Medien können dazu genutzt werden, unmittelbare Betroffenheit in offene und kritische Diskussionen einzubringen und damit zunehmend realpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Kollaborative Technologien, die das Herzstück des Web 2.0 bilden, haben somit das Potenzial, eine partizipative Form politischer Problemlösungen auf allen Ebenen zu schaffen. Bisher bieten vor allem städtische Gebietskörperschaften Praxisbeispiele dafür, wenn sie mit interessierten BürgerInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Wirtschaftstreibenden, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen in themenbezogenen Veranstaltungen (manchmal *barcamps* genannt) sowohl offline als auch online zusammenarbeiten. Der Boom in der Nutzung von sozialen Online-Netzwerken macht eine Neubewertung der Bedeutung von vermittelter gesellschaftlicher Partizipation erforderlich.¹⁵

**Aktive
BürgerInnen**

Es kann zunehmend eine partizipative Kultur und Kommunikation entstehen, die der Vorstellung der aktiven BürgerInnen entspricht, welche sich deutlich von passiven KonsumentInnen, von reinen MedienrezipientInnen unterscheiden. Soziale Netzwerke gehören zur Kategorie der „Sozialen Software“, die von einem pluralistischen Ethos geprägt ist und das gemeinsame Wissen bzw. die dynamische Schaffung von Wissen in den Mittelpunkt stellt.¹⁶ Anstelle von wenigen, die Nachrichten an viele aussenden, kommunizieren viele Menschen miteinander (*many-to-many*). Dieses veränderte Kommunikationsverhalten wirkt sich auch auf das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten aus, welche sich in einem weniger hierarchischen, dafür stärker netzwerkartigen Umfeld bewegen. Über kurz oder lang kann es infolge der veränderten partizipativen demokratischen Kultur auch zu einer Neuorientierung unserer demokratischen Institutionen kommen.

**Von
Hierarchie
zum Netz-
werk**

Online-Partizipation und Online-Demokratie

**Schlüssel-
konzept
Online-
Demokratie**

Eine Neu-Belebung demokratischer Institutionen setzt voraus, dass diese durchlässiger, zugänglicher, verantwortlicher sind und stärker im öffentlichen Raum verankert werden. In diesem Zusammenhang wird Online-Demokratie (auch → *e-democracy* genannt) immer wieder als Schlüsselkonzept eingebracht.

Q▼ e-democracy

Sie bedeutet die „Umsetzung bzw. Unterstützung demokratischer Prozesse mittels digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)“. *E-democracy* umfasst neben administrativ-demokratischen Prozessen wie der Kommunikation BürgerInnen – Behörden (*e-government*) und IKT-gestützten Wahlen (*e-voting*) sämtliche Formen von Online-Öffentlichkeitsbeteiligung (auch *e-participation* [E-Partizipation] genannt).

Quelle: Maier-Rabler, Ursula/Neumayer, Christina: Jugend und eParticipation – Analyse und Strategien. Strategiepapier für die Österreichische Demokratieinitiative. AG Innovative Demokratie 2008, S. 3, online unter: http://www.icts.uni-salzburg.at/content.php?id=1379&m_id=1011

E-Partizipation meint die Einbeziehung von BürgerInnen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse mit Hilfe der Neuen Medien, nämlich Internet und Mobilkommunikation. Damit soll *citizen-empowerment* erzielt werden, also die Ermächtigung der BürgerInnen zur aktiven Mitgestaltung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen – ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren, partizipativen Gesellschaft, die sich vor allem durch Inklusion und Innovationskraft auszeichnet. Jugendliche sind die *early adopters*¹⁷ – also jene Menschen, die neueste technische Errungenschaften sofort übernehmen – dieser partizipativen Kultur, die online und offline Welt verbindet.

ZIELSETZUNGEN VON E-PARTIZIPATION

E-Partizipation zielt darauf ab, dass BürgerInnen mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) an *bottom-up*-Entscheidungsprozessen teilnehmen und soziale und politische Verantwortung entwickeln.¹ Konkret können damit fünf Zielsetzungen von E-Partizipation verfolgt werden:

1. ein größeres Publikum erreichen, um breitere Partizipation zu ermöglichen;
2. Partizipation durch Technologien unterstützen, die die unterschiedlichen technischen und kommunikativen Fähigkeiten von BürgerInnen ansprechen;
3. relevante Information in einem Format bereitstellen, das für die Zielgruppe zugänglicher und verständlicher ist, um besser informierte Beiträge zu fördern;
4. sich auf ein größeres Publikum einlassen und deliberative Debatten ermöglichen²

1. Maier-Rabler, Ursula/Hartwig, Christina: E-Partizipation – Jugend aktiv: Das IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. Salzburg 2007
2. Macintosh, Ann: Characterizing E-Participation in Policy-Making, in: Proceeding of the 37th Hawaii International Conference on System Sciences, 2004

Democratic divide und digital divide: bildungspolitische Handlungsfelder

Ein zentraler Zweck von E-Partizipation liegt darin, jenen Möglichkeiten zu eröffnen, gehört zu werden, die normalerweise nicht in den Politikformulierungsprozess einbezogen werden. Und genau hier liegt auch die (Bildungs-)politische Herausforderung durch das Entstehen eines neuen → *democratic divide*¹⁸. Wenn nicht gleichzeitig nachhaltige Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene in der politischen Bildung gesetzt werden, die auf die Vermittlung partizipativ-demokratischer Anwendungsmöglichkeiten der neuen IKT zielen, dann ist die Gefahr einer Herausbildung einer kleinen neuen demokratischen Elite gegeben, die über bedeutend größere politisch relevante Kompetenz im Umgang mit dem Internet verfügt. Umgekehrt bedeutet E-Partizipation nicht, dass mit Hilfe von IKT eine vollständig partizipative Gesellschaft geschaffen würde, in der jede und jeder kontinuierlich partizipiert.

Neue Zielgruppe an AkteurlInnen

Q digital divide – democratic divide

Digital divide bezeichnet den ungleichen Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie entlang sozialer Trennlinien und stellt das größte Hindernis zur Ausschöpfung des demokratiepolitischen Potenzials Neuer Medien dar. Im Kontext des *digital divide* wird die Gefahr eines *democratic divide* thematisiert: Wenn die Vermittlung von politischer Bildung sowie von partizipativ-demokratischen Anwendungsmöglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bei den → *digital natives* nicht in ausreichendem Maße gelingt, dann besteht die Gefahr, dass sich eine kleine neue demokratische Elite herausbildet, die über höhere Bildung und große Kompetenz im Umgang mit dem Internet verfügt.

Quelle: die AutorInnen

Im Sinne einer → kollaborativen Demokratie geht es vielmehr darum, dass jedem und jeder die Möglichkeit offensteht, sich zu beteiligen, und dass die Chancen dazu in einer Gesellschaft gerecht verteilt sind. Das setzt eben voraus, dass Jugendliche lernen, zu partizipieren, und die dazu erforderlichen Fähigkeiten erwerben. Die gerechte Verteilung von Chancen, seinen individuellen Lebensstil zu wählen und zu leben und nicht von den sozialen Lebensumständen seiner Herkunft lebenslang abhängig zu sein, nennt Amartya Sen *capabilities*¹⁹ und er macht die Politik für den gerechten Zugang zu diesen verantwortlich. Im Zusammenhang mit demokratisch-gesellschaftlicher Partizipation geht es um *capabilities* für einen partizipativen Lebensstil mit den damit verbundenen Fähigkeiten und Funktionalitäten.

Gerechter Zugang zu den capabilities

Q kollaborative Demokratie

Wenn die Mitwirkung der BürgerInnen über die Artikulation und den Austausch von Meinungen hinausgeht und im Sinne einer ergebnisorientierten Partizipation das Expertenwissen der BürgerInnen miteinbezogen wird, spricht man von kollaborativer Demokratie. Sie bedeutet nicht eine Abkehr vom Modell der repräsentativen Demokratie, sondern vielmehr deren Erweiterung durch die Integration des demokratisch-partizipativen Potenzials der neuen Technologien.

Quelle: Noveck, Beth: The single point of failure, in: Lathrop, Daniel/ Ruma, Laurel (Hrsg.): Open Government. Collaboration, transparency and participation in practice. Sebastopol 2010, S. 49–70

Informations- und Kommunikationstechnologien stellen die Infrastruktur für Kollaboration und Partizipation in einer partizipativen Gesellschaft bereit. Die grundlegenden Prinzipien einer partizipativen Gesellschaft – *empowerment* und Kollaboration – erreichen so nach und nach alle Sphären der Gesellschaft.²⁰ Der interaktive Charakter der Neuen Medien und insbesondere der Social-Web-Anwendungen begünstigt somit zwar die Ausbildung einer partizipativen Kultur. Technologie allein kann jedoch keinen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen. Der bewusste und kompetente Einsatz digitaler Medien muss erst erlernt werden. E-Partizipation stellt also hohe Ansprüche an die Kompetenzen der Jugendlichen, die

über bloßes Bedienwissen und technische Kompetenzen hinausgehen. (Siehe dazu den Infokasten „Medienkompetenz von LehrerInnen bzw. SchülerInnen“ auf S. 67 in diesem Band.) Der Erwerb dieser Kompetenzen ist eine Voraussetzung für einen selbstbestimmten Umgang mit dem Internet. Dieser steht auch im Zentrum des oben kurz skizzierten Befähigungsansatzes von Sen.²¹

Ungleicher Zugang

Das größte Hindernis zur Ausschöpfung des demokratiepolitischen Potenzials Neuer Medien liegt im ungleichen Zugang zu IKT entlang sozialer Trennlinien (→ *digital divide*). Die Kompetenz im Umgang mit Online-Medien korreliert stark mit Alter, Geschlecht und formaler Bildung der NutzerInnen.

INTERNETKOMPETENZ (INTERNET LITERACIES)

Die vier grundlegenden Fähigkeiten (*Internet literacies*) nach Livingstone:

1. Zum einen die Kompetenz, gewünschte Online-Inhalte (z.B. Informationen und Dienstleistungen) aufzufinden und ungewünschte zu vermeiden.
2. Zum anderen ein Verständnis dafür, dass die Inhalte von Online-Medien selektiv sind und Partikularinteressen darstellen – also nicht unreflektiert geglaubt werden können. Das eigene „Surf-Verhalten“ wiederum ist keine private, anonyme Angelegenheit, über die keine Rechenschaft abgelegt werden müsste – die Nutzung von Online-Medien hinterlässt eine Vielzahl von Spuren.
3. Drittens muss ein Bewusstsein entwickelt werden, wie Onlinequellen beurteilt werden können bezüglich ihrer Relevanz, Verlässlichkeit und Befangenheit.
4. Viertens braucht ein kompetenter Umgang mit Online-Medien auch die Fähigkeit, selbst Inhalte zu erstellen und zugänglich zu machen.

Quelle: Livingstone, Sonia: Children and the internet: great expectations, challenging realities. Cambridge 2009

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Generell nimmt die Internetnutzung bei Kindern und Jugendlichen mit fortschreitendem Alter zu. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Nutzungsverhalten von Online-Medien sind zwar im Abnehmen begriffen, aber dennoch deutlich erkennbar. Buben nutzen das Internet häufiger, länger und an unterschiedlicheren Orten. Andererseits gestalten Mädchen eher selbst Inhalte und bevorzugen kommunikative sowie kollaborative Anwendungen. Buben nutzen lieber Angebote, die mit Wettbewerb oder Action zu tun haben, und kaufen eher online ein. Auch schätzen Buben nach wie vor ihre Online-Kompetenzen höher ein als Mädchen.²²

Sozial Benachteiligte ausgeschlossen

Von der Nutzung des Potenzials der Informationsgesellschaft ausgeschlossen sind oftmals jene, die ohnehin sozialen Benachteiligungen unterliegen. „Insbesondere jene Kinder drohen an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, die nicht aus anregungsreichen Elternhäusern stammen, sondern aus sozial benachteiligten. → *Digital divide* droht sich

zu verstärken, wenn nicht Bildungsinstitutionen, allen voran die Schulen, mitbemüht sind, diese Kluft zu verringern.“²³ Die Vermittlung von Medienkompetenz muss daher besonders auch Kinder aus benachteiligten Verhältnissen in den Blick nehmen und zur gesellschaftlichen wie auch politischen Priorität werden.²⁴ „Die Beschäftigung mit den Voraussetzungen und Fähigkeiten, den gesellschaftlich ungleich verteilten Chancen und den daraus resultierenden pädagogischen Konsequenzen ist aktueller denn je. Denn Defizite in diesem Bereich reduzieren die individuellen Teilhabechancen der Jugendlichen, wenn Strategien für den Umgang mit den neuen Kommunikationsmitteln nicht ausreichend vermittelt werden können bzw. sich die digitale Kluft auch in diesen Bereichen fort schreibt.“²⁵

**Kluft
verhindern**

Ausblick auf künftige Herausforderungen

Die Herausbildung einer partizipativen Kultur und die Heranführung von Jugendlichen an demokratisch-partizipative Nutzungsmöglichkeiten der neuen IKT sind die größten Herausforderungen für mehr Demokratie durch Neue Medien.

Im schulischen Bereich hat die Umstellung von der Stofforientierung zur Kompetenzorientierung (im Lehrplan 2008) bereits zu Veränderungen in der Unterrichtsplanung geführt: Heinrich Ammerer und Christoph Kühberger empfehlen, die Auswahl der Medien und die inhaltliche Gewichtung den angestrebten Kompetenzzielen entsprechend vorzunehmen.²⁶ Die Förderung politischer Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz verlangt in diesem Sinne die Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen von Online-Medien, die über die Vermittlung reiner Fertigkeiten (*skills*) hinausgeht. Kinder, die in offenen, transparenten und wertschätzenden Lernumgebungen aufwachsen, haben später eine größere Chance, zu politisch und gesellschaftlich aktiven BürgerInnen zu werden. Eines der wesentlichen Elemente einer partizipativen Kultur ist der Respekt gegenüber den Leistungen der anderen. Neue Medien erweitern die Möglichkeiten für SchülerInnen, sichtbare Beiträge zum schulischen Lernen einzubringen.²⁷ Ein Beispiel, wie Web-2.0-Plattformen in der politischen Bildung eingesetzt werden können, um einerseits Kompetenzen im Umgang mit Neuen Medien zu vermitteln und andererseits zu partizipativem Verhalten anzuregen, ist PoliPedia.at – ein Wiki-basiertes Online-Tool zur kollaborativen Erstellung eines multimedialen Schulbuches für Politische Bildung (siehe dazu das Unterrichtsbeispiel von Irene Ecker in diesem Heft). Das Ziel ist, partizipative Fähigkeiten durch kollaborative Wissensproduktion und Online-Partizipationserfahrungen zu stärken. Das Projekt eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, Inhalte unter Verwendung von *Social Software* (Wikis, Blogs, Tags, Video- und Audioclips usw.) selbstständig zu gestalten und aktiv zu nutzen. Aufbauend auf die Kompetenz Jugendlicher im Umgang mit IKT und ihre alltäglichen sozialen Erfahrungen soll so das Interesse an Politik geweckt und ein Verständnis für partizipative Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden.²⁸

**Kompetenz-
orientierung**

**Respekt vor
Leistungen
anderer**

**Beispiel
PoliPedia.at**

Konzepte wie Open Data, Open Government, Government 2.0 etc. weisen bereits den Weg zu künftigen umfangreicheren Form von Online-BürgerInnen-Partizipation, auf die Jugendliche heute schon vorbereitet werden sollen. Unter Open Data versteht man das Zugänglichmachen von öffentlichen Daten in maschinenlesbarer Form. Daraus können kompetente NutzerInnen von Online-Medien neue Anwendungsmöglichkeiten durch das Herstellen neuer Zusammenhänge entwickeln und so das in den Daten gespeicherte Wissen nutzbar machen. In Zukunft könnte es Teil der politischen Bildung bzw. *civic education* sein, Kompetenz im Interpretieren öffentlicher Informationen und Datensätze zu vermitteln und die SchülerInnen zu animieren, diese kreativ zu kombinieren und zu visualisieren und daraus neue Informationen zu generieren. Damit könnte das vorhandene Bedürfnis junger Menschen, die sozialen Medien dazu zu verwenden, eigene Inhalte zu gestalten und „ins Netz zu stellen“, auch im Unterricht eingesetzt werden. Wenn BürgerInnen, PolitikerInnen

Open Data

**Interpretieren
von Daten-
sätzen**

Open Government

und Verwaltungsangestellte Online-Anwendungen, die dem Zusammenleben dienen, entwickeln und nutzen, dann spricht man von Open Government. Das demokratiefördernde Potenzial Neuer Medien ist also bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Dazu müssen die BürgerInnen jedoch wissen, wie sie ihr Partikularwissen einbringen können und dass daraus auch tatsächlich „etwas Größeres“ entstehen kann. Ganz im Sinne eines Leitsatzes einer partizipativen Kultur: „Your contribution matters!“

Weiterführende Literatur

Bundesgesetzblatt, 290. Verordnung: Lehrplan, 2008

ICT&S Center der Universität Salzburg: E-Partizipation – „Jugend aktiv“. Das aktive IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. Salzburg 2007

- 1 Vgl. Perlot, Flooh/Zandonella, Martina: Wählen mit 16: Jugendliche und Politik in Österreich, in: SWS-Rundschau, Jg. 49/2009, H. 4, S. 420–445, hier S. 443).
- 2 Hindman spricht von der „difference between speaking and being heard“: Hindman, Matthew: The Myth of Digital Democracy. Princeton/Oxford 2009, S. 16
- 3 Als ein Indiz in Richtung Transparenz könnte die gegenwärtig um sich greifende Bereitstellung von öffentlichen Verwaltungsdaten in maschinenlesbarer Form gelten. Die Städte Linz, Wien und Graz können hierbei bereits auf technische Erfolge verweisen
- 4 Vgl. Sen, Amartya: Commodities and Capabilities. New Delhi u.a. 1999. Bei *capabilities* handelt es sich nach Sen um erworbene kognitive Fähigkeiten sowie die Fähigkeit, zwischen alternativen Möglichkeiten unterscheiden und entscheiden zu können. Sie erst ermöglichen es Individuen, ihre eigenen Bedürfnisse zu entwickeln und zu erfüllen.
- 5 Vgl. Livingstone, Sonia: Children and the internet: great expectations, challenging realities. Cambridge 2009
- 6 Norris, Pippa: Digital Divide? Civic Engagement, Information Poverty & the Internet Worldwide. Cambridge u.a. 2001
- 7 Vgl. Jenkins, Henry et al: Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century, 2006, online unter: <http://www.newmedialiteracies.org/files/working/NMLWhitePaper.pdf> (letzter Zugriff 14.7.2010).
- 8 Vgl. Gauntlett, David: Making is Connecting. The social meaning of creativity, from DIY and knitting to You Tube and Web 2.0. Cambridge 2011
- 9 Vgl. Prensky, Marc: Digital Natives, Digital Immigrants, in: On The Horizon, MCB University Press, Vol. 9 No. 5, Oktober 2001
- 10 Vgl. Benkler, Yochai: The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom. London–New Haven 2006, S. 466
- 11 Vgl. Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. Westdeutscher Verlag 2002
- 12 Vgl. Kleinstaub, Hans J.: Mediendemokratie – kritisch betrachtet, in: merz. medien + erziehung. 52. Jahrgang, Heft 4/08. München 2008
- 13 Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt a.M. 2008
- 14 Vgl. Benkler, Wealth of networks
- 15 Vgl. Castells, Manuel: Communication power. Oxford–New York 2009
- 16 Vgl. Coleman, Stephen: E-Democracy: The history and future of an idea, in: Mansell, Robin et al. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Information and Communication Technologies. Oxford 2007, S. 362–382, hier S. 369
- 17 Vgl. Rogers, Everett M.: Diffusion of Innovations, 4. Auflage. New York 1995
- 18 Vgl. Norris, Digital Divide?
- 19 Sen, Commodities
- 20 Vgl. Maier-Rabler, Ursula/Stefan Huber: Sustainable e-participation through participatory experiences in education, in: JeDem 2(2) 2010, S. 131–144
- 21 Vgl. Diendorfer, Gertraud/Maier-Rabler, Ursula/Parycek, Peter (Hrsg.): Internetkompetenzen von SchülerInnen. Aktivitätstypen, Themeninteressen und Rechercheverhalten in der 8. Schulstufe in Österreich, Forschungsbericht. Wien–Salzburg–Krems 2010, S. 6
- 22 Vgl. Paus-Hasebrink, Ingrid/Ortner Christina: Online-Risiken und -Chancen für Kinder und Jugendliche: Österreich im europäischen Vergleich. Bericht zum österreichischen EU Kids Online-Projekt. 2008, S. 64
- 23 Paus-Hasebrink, Ingrid/Jadin, Tanja/Wijnen, Christine: Lernen mit Web 2.0. Aktualisierter Bericht zur Evaluation des Projekts „Web 2.0-Klasse“, 2007, online unter: <http://www.telekom.at/Content.Node/verantwortung/sponsoring/projekte/web20klasse-evaluation/berichtsbericht.pdf> (letzter Zugriff 22.08.2011), S. 91
- 24 Als ein Beispiel für eine Initiative aus der Wirtschaft könnte ein aktuelles Projekt von Corporate Social Responsibility (CSR) des österreichischen Telekommunikationsunternehmens A1 gelten. Im „A1 Campus“ wird gemeinsam mit Schulen, aber auch Partnern aus sozialen Institutionen versucht, Jugendlichen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Hintergrund, aber auch erwachsenen Arbeitssuchenden oder Internet-fernen SeniorInnen Zugang und *media literacy* zu vermitteln (<http://a1internetfueralle.at/>).
- 25 Diendorfer/Maier-Rabler/Parycek, Internetkompetenzen von SchülerInnen, S. 6
- 26 Ammerer, Heinrich/Kühberger, Christoph: Unterricht planen: Von der Jahres- zur Stundenplanung im Fach „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung Bd. 31. Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 31–38
- 27 Vgl. Maier-Rabler, Ursula/Huber, Stefan: Towards a participatory society. A socio-technological approach to ICTs and participation, in: Prosser, Alexander (Hrsg.): Proceedings of the 5th conference on Electronic Democracy. Wien 2011, S. 135–146, hier S. 138
- 28 Vgl. ebd., S. 137



WEBTIPP

<http://www.help.gv.at>

- HELP.gv.at ist eine behördenübergreifende Online-Plattform, die über Amtswege in Österreich informiert und teilweise elektronische Erledigungen zulässt.

<http://reference.e-government.gv.at/uploads/media/EDEM-1-0-0-20080525.pdf>

- Positionspapier zu *e-democracy* und *e-participation* in Österreich. Hier ermittelt und definiert die Arbeitsgruppe EDEM (E-Demokratie) wesentliche Grundlagen von *e-democracy* und *e-participation*.

Die Piratenparteien

Die Piratenparteien sind derzeit in aller Munde und die Schreckensvision aller, die von den Vorzügen der → repräsentativen Demokratie überzeugt sind. Viele der kolportierten Berichte über das Auftreten und die inhaltliche Eingeschränktheit der Piraten erinnern an die aufgeregten Berichte in deutschen Medien, als Joschka Fischer 1985 den hessischen Landtag als neuer Umweltminister mit „Turnschuhen“ betreten hat.¹

Während man über die Piratenpartei schreibt, verändert sie sich permanent. Zahlen, die zu Beginn des Satzes verwendet wurden, könnten schon nicht mehr stimmen, wenn der Satz beendet wird. Dieses Prinzip des *Flüssigen*, das stetige Verändern, das Einbeziehen von allen, die kommen und gehen, sich zusammentun und wieder auseinandergehen, ist ein wesentliches Charakteristikum der Netzwerkgesellschaft, in der wir uns befinden. Das hat Manuel Castells bereits Mitte der 1990er-Jahre beschrieben² und wurde seitdem in Form des Netzwerkparadigmas als eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Strategien in der digitalen Welt beschworen. In der Politik hat das bislang niemand so konsequent umgesetzt wie die Piraten. Castells stellt *das Projekt* in den Mittelpunkt seiner Analyse der aktuellen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Projekte sind von kurzer Dauer, sie sind themen- und problemfokussiert, sie gehen ineinander über, sie haben oft keinen exakt definierten Beginn und kein Ende, sie sind nicht linear. Die Piratenpartei transferiert diese Prinzipien der digitalen Netzwerkgesellschaft derzeit in die Welt der politischen Parteien unserer → repräsentativen Demokratie. Hierarchie trifft auf Non-Linearität, Tradition und der Wert des historisch Gewachsenen werden herausgefordert von Spontaneität und Aktualität, dem Projekthaften eben. Das muss zu gegenseitigem Nicht-Verstehen und zu Inkompatibilitäten führen. Dementsprechend sind auch die Themen und Inhalte der Piraten jene der → *digital natives* bzw. der → *digital immigrants*, also sowohl der ganz jungen Netzgeneration als auch zunehmend der netzaffinen 30- bis 50-Jährigen: die Themen der Netzwerkgesellschaft.

**Prinzip des
Flüssigen**

**Das Projekt im
Mittelpunkt**

Das Parteiprogramm der österreichischen Piratenpartei³ gibt trotz berechtigter Kritik ob der noch sehr oberflächlichen und unausgegorenen Darstellung einen Einblick in die thematischen Prioritäten der Internetgesellschaft, die von den etablierten Parteien entweder völlig vernachlässigt oder nicht glaubwürdig vertreten werden: Beteiligung, Privatsphäre, Urheberrecht, Patente, Bildung, Suchtmittel, Datenschutz, Grundrechte. Heinrich Wefing führt in seiner Analyse weg von der verfrühten Diskussion um die Inhalte der Piratenpartei und meint „[d]ie Piraten stehen nicht für Inhalte, sondern für ein Verfahren. Mit ihrem Mitmach-Kult treffen sie ein Grundgefühl der Gesellschaft, ein verbreitetes Bedürfnis nach Partizipation. Wir leben in einer Zeit, in der bloße Anordnungen und gebellte Kommandos nicht mehr ausreichen, um etwas zu erreichen, in Unternehmen nicht, in der Familie nicht und längst auch nicht mehr in der Politik. Auf diese fundamentale kulturelle Verschiebung haben die etablierten Parteien noch keine Antwort gefunden. Sie spüren, wie da etwas ins Rutschen gerät, sie fuchteln mit dem Versprechen von mehr direkter Demokratie herum, aber das wirkt ratlos, getrieben.“⁴

**Prioritäten
der Internet-
gesellschaft**

Auch in Österreich sind die etablierten Parteien aufgeschreckt. Mehr BürgerInnenbeteiligung und direkte Demokratie sind zentrale Themen der Innenpolitik geworden. Jede Partei will für sich den Anspruch erheben, die offenste und transparenteste politische Kraft zu sein.⁵ Die Piratenpartei kritisiert daran, dass Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung und die Einschränkung des freien Austausches von Wissen in eine andere Richtung zeigen. Zudem

**Etablierte
Parteien
aufgeschreckt**

Q Deliberation

Im Zusammenhang mit Demokratie meint deliberativ, dass durch Beratschlagung gemeinsame, möglichst konsensuale Entscheidungen getroffen werden. Dieser Partizipationsprozess fordert von den TeilnehmerInnen neben Zeit auch Sachkenntnis, rhetorische Fähigkeiten und selbstbewusstes Auftreten.

Quelle: Jörke, Dirk: Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 20. Jahrgang, Heft 3–4/2012, S. 269–290, hier S. 274ff, unter: http://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz_ZPol_10_3-4.pdf (letzter Zugriff 9.8.2012)

ist selbst den Piraten bewusst, dass die Einbeziehung der BürgerInnen zur politischen Partizipation nur auf der Basis umfassender Bildung und Erziehung funktionieren kann. „Der Zugang zu Wissen und Bildung muss für alle Menschen frei sein. Bildung darf nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichtet werden. Sie muss den Einzelnen auch befähigen, in seinem privaten und sozialen Leben Verantwortung übernehmen zu können.“⁶

Die Piratenpartei möchte eine Mitmach-Partei sein und setzt dazu – ganz der Kommunikations- und Informationspraxis ihrer Klientel entsprechend – auf online-gestützte Formen der Partizipation.

Hinter der Bezeichnung *liquid feedback* verbirgt sich ein Software-basiertes Deliberations- und Abstimmungssystem. Dagmar Rosenfeld schreibt darüber in der Schwerpunktausgabe von „DIE ZEIT“ über die Piraten: „*Liquid Feedback* ist Basisdemokratie, übersetzt in Programmiersprache. Es ist das Perpetuum mobile der Partizipation.“⁷

Flüssiges Netzwerk

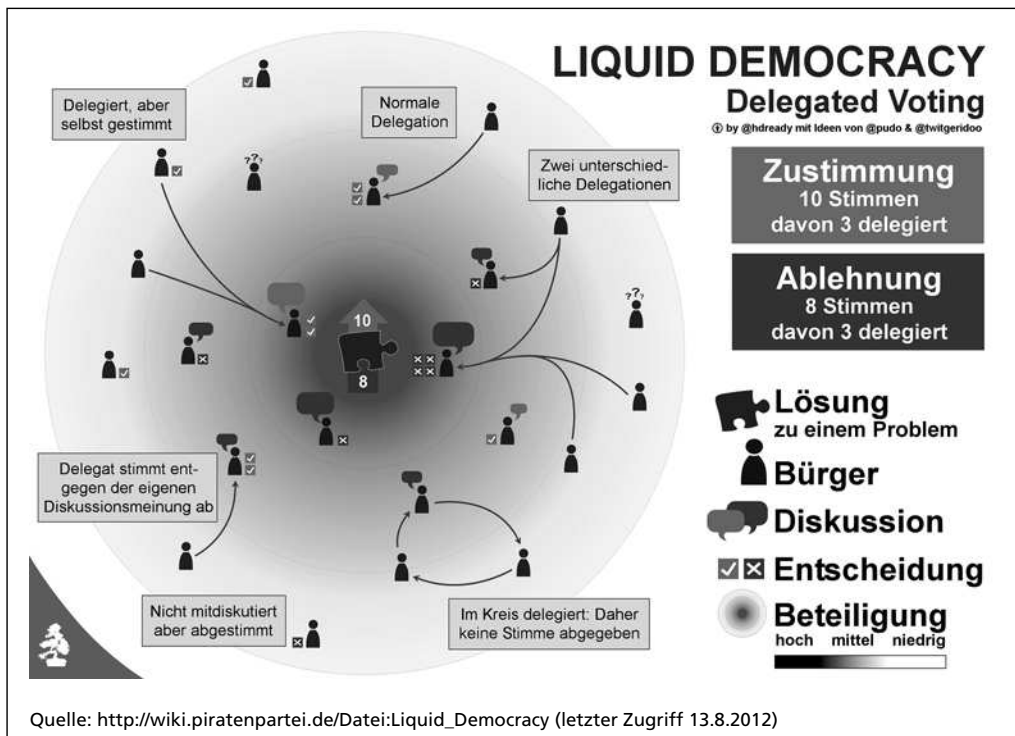
Im Gegensatz zur in vielen Medien verbreiteten Meinung ist *liquid feedback* nicht mit linearen direktdemokratischen Verfahren im Sinne einer *strong democracy*⁸ zu verwechseln. *Liquid feedback* entspricht genau dem Netzwerkparadigma, in dem Knoten in Netzwerken von aktiv auf passiv wechseln können, sich zusammentun können, um bei einer anderen Frage oder einem anderen Thema wieder auseinanderzugehen. In diesem Sinne kann jeder Bürger und jede Bürgerin selbst entscheiden, ob er/sie zu einer bestimmten Frage selbst etwas beitragen oder über sie abstimmen möchte, oder ob er/sie sich in diese Frage von jemandem aus der Peer-Group oder von einem/r gewählten politischen MandatarIn vertreten lassen möchte. Solche Übertragungen von Stimmrechten können auf bestimmte Themen eingeschränkt und jederzeit wieder zurückgezogen werden. *Liquid feedback* und das damit in Zusammenhang stehende Konzept der → *liquid democracy* bedeuten also nicht, dass immer alle über alles abstimmen müssen. Dennoch verlangen die Piraten den BürgerInnen einiges ab, was nur durch verbesserte zivilgesellschaftliche Bildung und Erziehung umgesetzt werden kann.

Q liquid democracy

Liquid democracy bezeichnet eine Mischform zwischen indirekter und direkter Demokratie. Bei der *liquid democracy* gibt es einen fließenden Übergang zwischen indirekter Demokratie, bei der die Interessen delegiert werden, und direkter Demokratie, bei der die eigenen Interessen selbst wahrgenommen werden. Man kann selbst entscheiden, wie weit man eigene Interessen selbst wahrnehmen will, oder wie weit man von anderen vertreten werden möchte. Ein einmal delegiertes (übertragenes) Stimmrecht kann man jederzeit zurückfordern, ohne hierzu auf die nächste Wahl warten zu müssen. Daraus ergibt sich ein ständig im Fluss befindliches Netzwerk von Stimmübertragungen (Delegationen).

Quelle: http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy (letzter Zugriff 25.7.2012)

Zweifellos am angreifbarsten hat sich die Piratenpartei mit ihrer widersprüchlichen Position zu Urheberrecht und Copyright gemacht. „Jeder Mensch hat ein Eigentumsrecht an den Früchten seiner Arbeit und den Gütern, die er durch gerechte Vereinbarung erworben hat“, steht in einem Grundsatzpapier (Parteiprogramm), in dem auch die Abschaffung des Urheberrechts gefordert wird, da es „auf einem veralteten Verständnis von sogenanntem ‚geistigem Eigentum‘ basier[t], welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegensteht“⁹. Mit diesem komplexen Thema (siehe auch die ACTA-Debatte, vgl. S. 29 idB) ist es schwer, sich in den Mainstream-Medien durchzusetzen, noch dazu, da diese ja selbst ganz massiv von den politischen Forderungen der Piratenpartei zum Urheberrecht betroffen sind.



Die Grafik zeigt das als *liquid feedback* bezeichnete Abstimmungsverfahren in der → *liquid democracy*. Die möglichen Partizipationsformen reichen von geringfügig (an der Peripherie) bis intensiv (im Zentrum). Zudem können die BürgerInnen selbst darüber bestimmen, wer sie zu welchen Themen/Fragen vertreten soll bzw. ob sie selbst direkt darüber abstimmen möchten.

Es bleibt abzuwarten, ob in Zukunft die Verdienste der Piratenpartei hauptsächlich in ihrem Beitrag zur Veränderung der etablierten Parteienlandschaft in Richtung von mehr Partizipation und Transparenz gesehen werden oder ob sich hier der Beginn der Politik der Netzwerkgesellschaft abzeichnet, die projekt- und themenorientiert mit wechselnden Allianzen und unter starker Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen an den drängenden Fragen der Informations- und Wissensgesellschaft arbeitet.



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie einen Infokasten zu den Gründungsdaten und Wahlerfolgen der Piratenpartei.

- 1 Siehe dazu Roth, Peter: Joschka, ein Traum in Grün, in: Der Spiegel 51/1985, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516018.html>. Die Turnschuhe befinden sich mittlerweile als Exponat im deutschen Schuhmuseum in Offenbach am Main. Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Ledermuseum (letzter Zugriff auf die Links 18.7.2012)
- 2 Castells, Manuel: The Rise of the Network Society. The Information Age: Economy, Society and Culture Vol. I. Cambridge, MA–Oxford, UK 1996
- 3 Siehe <http://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 4 „Die orangene Revolution. Die Piraten sind da – was für eine Zumutung!“, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/2012/18/Piratenpartei-Editorial> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 5 Zur aktuellen politischen Debatte siehe u.a.: <http://derstandard.at/1339638739930/Demokratie-ist-zumutbar>; <http://www.parlament.gv.at/PAKT/PAKT/SCHLTHEMSCHLAG/167Demokratie2.shtml>; http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1268518/Initiative_WutMutbuerger-vereinigt-euch?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do (letzter Zugriff auf die Links 18.7.2012)
- 6 <http://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 7 Rosenfeld, Dagmar: Liquid Feedback – Wenn alle mit allen über alles reden. Immer, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/2012/18/Piratenpartei-Liquid-Feedback> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 8 Barber, Benjamin R.: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkeley, CA 1984 u. 2004
- 9 <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (letzter Zugriff 18.7.2012)

Chronologisches Glossar

28. Oktober 1998: Bill Clinton unterzeichnet den DMCA

Der *Digital Millennium Copyright Act* (DMCA, Copyrightgesetz des digitalen Millenniums) ist ein Gesetz in den USA, das erstmals versuchte, auf die seit den späten 1990er-Jahren durch die weite Verbreitung von Computern, CD-Brennern und Internetanschlüssen veränderte Lage des Urheberrechtsschutzes zu reagieren. Der DNCA wird in vielen Fällen als Begründung von Urheberrechtsprozessen eingesetzt, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung nicht oder nur schwer vorherzusehen waren. Das europäische Pendant ist die Richtlinie 2001/29/EG.

28. November 2005: Okto startet in Wien

Der von der Gemeinde Wien finanzierte Privatfernsehsender „Okto“ ist der erste partizipative und nichtkommerzielle Fernsehsender in Österreich. Prinzipiell steht er allen Interessierten, die eigene Programme umsetzen wollen, offen. „Okto“ ist werbefrei und ehrenamtliche ProduzentInnen bekommen keine Honorare.

13. November 2009: Start der ORF-TVthek

Klassische Fernsehanbieter sind in den letzten Jahren dazu übergegangen ihre, vor allem eigenproduzierten, Inhalte zusätzlich im Internet bereitzustellen. Die längere Verfügbarkeit der *on demand* (also zu jedem Zeitpunkt auf Wunsch) abrufbaren Sendungen über die Websites der Fernsehsender ermöglicht den BenutzerInnen, zeitversetzt oder im Nachhinein dem Fernsehprogramm zu folgen.

1999: RSS wird kodifiziert

Really Simple Syndication (ursprünglich: *Rich Site Summary*) ist ein Standard zur Veröffentlichung von Änderungen auf Websites. Wie ein Nachrichtenticker werden AbonnentInnen von sogenannten RSS-Feeds bzw. RSS-Channels über neu erschienene Artikel, Blogeinträge, Twittermeldungen und dergleichen informiert. Umgekehrt können RSS-Feeds auch als Quelle für Websites dienen, die periodische externe Inhalte auf Grundlage der Aktualisierungsmeldung via RSS einbinden.

15. November 2006: Al-Jazeera startet auf Englisch

Der arabische Nachrichtensender „Al-Jazeera“ aus Katar erlangte nach dem 11. September 2001 internationale Bedeutung als Nachrichtenquelle aus dem Nahen Osten. Der Sender hatte bereits vor den Kriegen in Afghanistan und im Irak Büros und MitarbeiterInnen in diesen Ländern und versorgte zahlreiche internationale Stationen mit Material. Seit 2006 wird auch in englischer Sprache gesendet, wobei der Kanal in beiden Sprachen aufgrund der Live-Berichterstattung während des Arabischen Frühlings weltweit verfolgt wurde.

27. Jänner 2010: Präsentation des iPads

Der Tablet-Computer iPad versinnbildlicht den Trend zu immer komplexeren und leistungsfähigeren mobilen Geräten, der die Mediennutzung und Mediengestaltung nachhaltig prägt. Mit iPads, Android-Tablets, E-Readern und Smartphones sind immer mehr BenutzerInnen in der Lage, unterwegs auf mobile Inhalte und das Internet zuzugreifen.

2000: Erster österreichweiter Privatfernsehsender startet

Bis in die 1990er-Jahre hatte der „ORF“ ein Monopol auf Fernseh- und Radiosender in Österreich. Nachdem ab ca. 1995 einzelne regionale Privatsender zugelassen wurden, konnte „ATV“ im Jahr 2000 erstmals ganz Österreich abdecken. Während der Empfang deutscher Privatsender in Österreich seit Langem weit verbreitet ist, wirkt sich die lange dominante Stellung des ORF bis heute in Form von geringen Marktanteilen für die privaten Sender aus.

2007: Das Soziale Netzwerk PoliPedia.at startet

Soziale Netzwerke bauen auf dem Internet als Infrastruktur auf und machen aus ihm einen sozialen Raum, in dem Menschen kommunizieren oder kollaborativ Inhalte erstellen. Das größte Soziale Netzwerk mit derzeit über 900 Millionen Mitgliedern ist Facebook. Soziale Netzwerke können zu einem bestimmten Thema gegründet werden: Das österreichische Netzwerk PoliPedia.at lässt Jugendliche in einem *peer-to-peer*-Verfahren gemeinsam über Demokratie und Politik diskutieren und lernen.

**28. März 2011:
„New York Times“ führt die
Paywall ein**

Die Paywall ist ein Verfahren, bei dem Inhalte nur gegen Bezahlung angeboten werden. Wegen der weiten Verbreitung von Computern und Internetzugängen in den letzten Jahren haben traditionelle Zeitungsverlage mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen: Während immer mehr LeserInnen ihre Produkte online konsumieren, können die Kosten für qualitätsvolle journalistische Arbeit immer seltener lediglich durch Onlinewerbung gedeckt werden. Im deutschen Sprachraum sind Paywalls noch nicht weit verbreitet, allerdings geplant.

**1. April 2012: Österreich führt
Vorratsdatenspeicherung ein**

Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes sind Netzbetreiber verpflichtet, ohne individuelle Begründung sechs Monate lang zu speichern, welche Telefonnummern ihre KundInnen wählen, an welche E-Mail-Adressen geschrieben wird und welche IP-Adressen zu welchem Zeitpunkt zugewiesen waren. Auch wenn dabei nicht die Inhalte der Kommunikation erfasst werden, lassen diese Protokolle Rückschlüsse auf das Kommunikationsverhalten aller BürgerInnen zu.

**10. Juli 2012: Protest gegen
Internetzensur in Russland**

Die Duma in Moskau hat ein Gesetz verabschiedet, das die Sperre jugendgefährdender Sites ermöglicht. Wenn gleich u. a. auf Kinderpornografie und Drogen Bezug genommen wurde, ermöglicht das Gesetz die Sperre ohne Gerichtsbeschluss. KritikerInnen vermuten ein Instrument zur Zensur. Aus Protest ging die russische Ausgabe der Wikipedia für 24 Stunden offline.

**25. Juni 2011:
AnonAustria erstellt seinen
Twitter-Account**

Anonymous ist eine Vereinigung von HackerInnen, die mit Vandalenakten und Aktionismus im Internet politischen Protest äußert. In Österreich wurden von einer Gruppe, die sich AnonAustria nennt, viele Hackereinbrüche bei Websites bekannt. Die Organisationsform und die Identitäten der als HackerInnen-Kollektiv auftretenden Personen sind nicht bekannt. Der Twitter-Account „AnonAustria“ wird als offizielles Sprachrohr der Gruppe angesehen. Als Symbol der Bewegung dienen charakteristische Masken von Guy Fawkes, der 1605 versucht hatte, das englische Parlament in die Luft zu sprengen.

**18. Mai 2012:
Börsengang von Facebook**

Mit dem Börsengang von Facebook, das seit Februar 2004 existiert, wurde erneut eine breite Diskussion um das Geschäftsmodell des Anbieters und seine Auswirkungen auf Privatsphäre und Datenschutz der Mitglieder geführt. Durch die große Beliebtheit des Dienstes sind besonders viele Menschen weltweit betroffen. Da die Mitgliedschaft bei Facebook prinzipiell kostenlos ist und durch Werbung finanziert wird, stehen die Mechanismen der Vermarktung von BenutzerInnen-spezifischen Daten in der Kritik.

**15. Oktober 2011:
Globaler Occupy-Aktionstag**

Occupy Wall Street war eine überwiegend durch Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter organisierte Protestbewegung, die im Juni 2011 den Platz vor der Wall Street, dem Standort der Börse in New York, besetzt hielt. Dabei nahm sie Bezug auf den vorangegangenen Arabischen Frühling. In der Folge haben sich in vielen anderen Ländern Bewegungen gebildet, darunter auch in Österreich.

**4. Juli 2012: Europäisches
Parlament lehnt ACTA ab**

Das geplante und letztlich gescheiterte *Anti-Counterfeiting Trade Agreement* (Handelsabkommen gegen Produktpiraterie) hätte versucht, international gemeinsame Standards in der Bekämpfung von Verletzungen geistigen Eigentums zu etablieren. Während die BefürworterInnen des Abkommens den legitimen Schutz vor Markenrechtsverletzungen und ähnlicher Wirtschaftskriminalität anstrebten, befürchteten seine GegnerInnen die Aushöhlung von Grundrechten im Internet.

Regle-
mentierungen

Zusammengestellt von Matthias Kopp

Marianne Kneuer und Thomas Demmelhuber

Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung

Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings

Twitter- oder Facebook-Revolution

Während des sogenannten Arabischen Frühlings 2011 erlangten das Internet und vor allem die sozialen Medien eine herausgehobene Rolle. Schnell war die Bezeichnung „Twitter- oder Facebook-Revolution“ für die politischen Umbrüche in Tunesien und Ägypten zur Hand. Es entstand nicht nur in der öffentlichen und politischen Debatte, sondern teilweise auch in der Politikwissenschaft eine hoffnungsvolle Haltung, die den Neuen Medien eine für die Demokratie förderliche Wirkung zuschrieb. → Autokratien würden durch diese interaktive Form der Kommunikation und die dadurch effektiver und schneller umsetzbare Mobilisierung von Widerstand und Protest zunehmend bedroht.¹ Es gibt auch andere Stimmen, die vor voreiligen Einschätzungen warnen und auf weitere Faktoren des politischen Wandels verweisen.² Seit den Ereignissen im arabischen Raum erleben wir in Politik, Medien und Wissenschaft eine lebhafte Debatte darüber, was Neue Medien und hierbei insbesondere Web-2.0-Medien in Bezug auf politische Veränderungsprozesse tatsächlich bewirken können und welchen Stellenwert dabei die klassischen Medien besitzen.

Neue Medien nur ein Teil

Frage nach der Bedeutung Neuer Medien



Foto: Essam Sharaf

Protestmarsch im Jänner 2011 in Ägypten: Facebook kommt im Zuge der Proteste eine wesentliche Rolle zu.

Dieser Beitrag nähert sich der Frage nach der Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung in zwei Schritten: Zunächst wird im folgenden Abschnitt auf die mögliche Rolle bei Liberalisierungsprozessen, beim Abschütteln autokratischer Regime sowie bei der darauffolgenden Demokratisierung eingegangen und dann der konkrete Beitrag sozialer Medien im Zuge des Arabischen Frühlings auch im Kontext der Entwicklung der nahöstlichen Mediensysteme vor 2011 aufgezeigt.

Die Rolle Neuer Medien bei der Demokratieentwicklung

Rolle der Medien bei Systemwechseln

Es ist keine neue Erkenntnis, dass Medien sowohl bei der Liberalisierung autokratischer Systeme als auch bei deren Ende eine Rolle spielen können. Von etlichen historischen Beispielen sei etwa an die inzwischen legendäre Pressekonferenz von Günter Schabowski im Herbst 1989 erinnert – mit der „versehentlichen“ Aussage zur Maueröffnung, die dann über Fernsehen und Radio zu einer nicht mehr aufzuhaltenden Dynamik führte.³ Waren es damals noch die klassischen elektronischen Medien, so mobilisierten die Protestbewegungen bei den „farbigen“ Revolutionen in Osteuropa über Mobiltelefone, die „Grüne Bewegung“ im Iran über Twitter, die „Safran-Revolution“ in Burma über YouTube, und im Arabischen Frühling könnte man von einer multimedialen Dimension der Bürgermobilisierung sprechen, wobei hier vor allem soziale Netzwerke des Web 2.0, nämlich Facebook, Twitter und einzelne Weblogs, neue Bedeutung erlangten.

Das Neue im Arabischen Frühling war nicht die Tatsache, dass überhaupt digitale Medien eingesetzt wurden, sondern dass anders als im Iran die Rebellion etwa in Tunesien einerseits zum erfolgreichen Sturz des Ben-Ali-Regimes und andererseits zu einer Ansteckung in der weiteren arabischen Region von Marokko bis zum Persischen Golf führte. So konnten anhand von mit Handy-Kameras gefilmten Menschenrechtsverletzungen über Videoportale wie YouTube die Menschen inner- und außerhalb des Landes über die Vorgänge informiert und wirkungsmächtige visuelle Eindrücke weltweit verbreitet werden; über Facebook und Twitter wurden zeitnah und zielgerichtet Protestaktionen kommuniziert und Menschen dazu mobilisiert. Blogs von TeilnehmerInnen und BeobachterInnen der Proteste berichteten von den konkreten Missständen, den Aktivitäten von Regierung und Militär und über die Entwicklung der Proteste.



Foto: Milad Avazbeigi

Iran: Demonstration in Teheran am 16. Juni 2009 im Zuge der „Grünen Revolution“.

3 Phasen der Demokratisierung

Welche Chancen ergeben sich tatsächlich aus den neuen Kommunikationsmöglichkeiten für Demokratisierungsprozesse? Hier muss zunächst unterschieden werden zwischen verschiedenen Regimekontexten oder auch Demokratisierungsphasen und damit verschiedenen Kommunikationskontexten: zwischen 1) der → Autokratie selbst, 2) der Phase des Umbruchs, in der es um die Ablösung des alten autokratischen Regimes geht, und 3) der Phase der eigentlichen Entwicklung von Demokratie, nämlich dem Übergang zum neuen demokratischen Regime und der demokratischen Konsolidierung.

Befreiung von Autokratien

In Bezug auf den ersten Aspekt, die *Befreiung von Autokratien*, stellt sich die Frage: Bergen digitale Medien, vor allem soziale Netzwerke mit ihrer *many-to-many*-Kommunikation (siehe dazu auch den Beitrag „Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke“, insbesondere S. 19 in diesem Heft), eine neue

Wirkkraft zur Überwindung autokratischer Systeme und zur Demokratisierung? Tatsächlich gibt es sogenannte netzoptimistische Stimmen, die von „Befreiungstechnologie“⁴ sprechen. Die neuen Möglichkeiten lägen darin, dass BürgerInnen befähigt würden, unabhängig von etablierten Medienstrukturen, die kontrolliert oder zensiert seien, zu kommunizieren und sich auch zu mobilisieren, dadurch könne die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Berichte über Netznutzung in Autokratien wie China und Kuba⁵ stützen eher netzpessimistische Perspektiven, denn die dortigen MachthaberInnen stehen demokratisch gesinnten Netzprofis hinsichtlich des technischen Erfindungsreichtums in nichts nach, entwickeln subtile Filter- und Zensursysteme, beteiligen sich selbst an der Netzkommunikation und können so digitale Netzwerke zum Kontrollinstrument oder gar zur Fahndung nach NetzdissidentInnen ummünzen. Solche Strukturen von „vernetztem Autoritarismus“ machen extensive und effiziente Formen sozialer Kontrolle möglich.⁶ Des Weiteren nutzen autokratische Regime das Internet auch zur Herstellung von Legitimität, indem sie mit *e-government*-Programmen effektive Dienstleistungen für BürgerInnen erbringen oder sogar Responsivität über elektronische Partizipationsformen simulieren (*e-participation*, *e-petitions*).⁷ Autokratien wie Singapur und Bahrain rangieren sogar vor Deutschland in Bezug auf *e-participation*.⁸ Auch China



Autokratie

Regierungsform mit unkontrollierter Konzentration aller Staatsgewalt auf einen Herrscher/eine Herrscherin (Autokraten/Autokratin), der/die die Macht ohne Einschränkung ausübt.

Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. Bonn: Dietz 2011

Vernetzter Autoritarismus

Legitimität via Internet

TIMELINE ARABISCHER FRÜHLING	
17. Dezember 2010:	Der tunesische Gemüsehändler Mohamed Bouazizi verbrennt sich selbst.
4. Jänner 2011:	In Bouazizis Heimatstadt protestieren mehr als 5.000 Menschen für bessere Lebensbedingungen und gegen Korruption in Tunesien.
14. Jänner 2011:	Der tunesische Diktator Zine el-Abidine Ben Ali flüchtet nach 24 Monaten Herrschaft nach Saudi-Arabien.
16. Jänner 2011:	Ben Alis Flucht motiviert ägyptische DemonstrantInnen zu Protesten gegen Präsident (und Diktator) Hosni Mubarak. In Tunesien wird eine Übergangsregierung unter Mohammed Gannouchi gebildet.
25. Jänner 2011:	Am „Tag des Zorns“ demonstrieren zehntausende ÄgypterInnen gegen Mubarak und besetzen den Tahrir-Platz in Kairo.
1. Februar 2011:	Unter dem Eindruck der Proteste kündigt Mubarak an, nicht mehr für eine neue Amtszeit zu kandidieren.
11. Februar 2011:	Ägyptens Diktator Hosni Mubarak tritt nach 30 Jahren an der Macht zurück.
19. Februar 2011:	Libyens Streitkräfte schlagen Aufstände im Land mit massiver Waffengewalt nieder.
20. Februar 2011:	Demonstrationen in Rabat, Casablanca und Marrakesch fordern eine neue Verfassung für Marokko, aber kein Ende der Monarchie.
27. Februar 2011:	Der „Nationale Übergangsrat“ Libyens wird gegründet.
14. März 2011:	Saudi-Arabien und andere Golfstaaten schicken Einheiten nach Bahrain, um das Regime zu unterstützen.
17. März 2011:	Die UNO verhängt eine Flugverbotszone über Libyen.
18. März 2011:	Die Ermordung zweier Protestierender in Deraa durch syrische Regierungskräfte tritt landesweite Demonstrationen los.
7. Mai 2011:	Zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsteilen in Kairo bricht Gewalt aus. Landesweite Proteste gegen religiös motivierte Gewalt folgen.
3. Juni 2011:	Der jemenitische Diktator Ali Abdullah Saleh wird bei einem Bombenanschlag auf seinen Palast verletzt und begibt sich zur Behandlung nach Saudi-Arabien.
3. August 2011:	Das Verfahren gegen Hosni Mubarak beginnt in Kairo.
21. August 2011:	Tripolis fällt in die Hände der libyschen Rebellen.
20. Oktober 2011:	Der untergetauchte libysche Diktator Muammar al-Gaddafi wird in Sirte getötet.
23. Oktober 2011:	Die ersten freien Wahlen in Tunesien werden abgehalten.
16. November 2011:	Syriens Mitgliedschaft in der Arabischen Liga wird wegen der Gewalt gegen die eigene Bevölkerung suspendiert.
19. November 2011:	Der flüchtige Sohn Gaddafis, Saif al-Islam, wird im Süden Libyens festgenommen.
22. November 2011:	Der verfassungsgebende Rat Tunesiens tagt erstmals.
28. November 2011:	Die erste Runde der ägyptischen Parlamentswahlen beginnt.
12. Dezember 2011:	Moncef Marzouki wird zum Präsident Tunesiens gewählt.
31. Mai 2012:	Der Ausnahmezustand in Ägypten wird erstmals seit 1981 aufgehoben.
2. Juni 2012:	Mubarak wird zu lebenslanger Haft verurteilt.
18. Juni 2012:	Der noch herrschende Militärrat in Ägypten beschneidet die Kompetenzen des zu besetzenden Präsidentenamts.
30. Juni 2012:	Der Muslimbruder Mohammed Mursi wird als Präsident Ägyptens vereidigt.
9. Juli 2012:	Der marokkanische Rapper Mouad Belghouat, der wegen eines Protestsongs gegen Korruption in der Polizei verurteilt wurde, beginnt einen Hungerstreik.
2. August 2012:	Angeichts der andauernden Gewalt in Syrien gibt Kofi Annan seine Rolle als Vermittler zwischen Regierung und Widerstandsbewegung auf.

Matthias Kopp

bietet seinen BürgerInnen längst solche Kommunikationswege (bspw. Chat-Möglichkeit mit dem Premier Wen Jiabao. Siehe dazu auch „Fallstudie: China“ idB). Letztlich also eröffnen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Möglichkeiten sowohl für die Befreiung von → Autokratien als auch für die soziale Kontrolle durch Autokratien. Daher verweist eine dritte Gruppe von WissenschaftlerInnen, die als netzneutral oder netzrealistisch bezeichnet werden kann, darauf, dass Kommunikationstechnologien nicht einem einzigen Ergebnis – entweder Befreiung oder Kontrolle – zugeordnet werden können. Auf eine kurze Formel gebracht: Eine neue Software-Anwendung, so erfindungsreich sie sein mag, kann keine sozialen oder politischen Probleme lösen.⁹ Die maßgeblichen Kräfte für die Beendigung von Autokratien und für die Entwicklung von Demokratien sind die Akteure und Akteurinnen, also die BürgerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, Regierungen sowie relevante Elitengruppen. Was die Neuen Medien somit schaffen können, sind alternative Opportunitätsstrukturen für diese Akteure.

**Das WWW:
ein zwei-
schneidiges
Schwert**

Anders als in Demokratien, wo Medienfreiheit garantiert ist, unabhängige und plurale Medienstrukturen vorherrschen und JournalistInnen unkontrolliert berichten können, spiegelt sich die Geschlossenheit autokratischer Regime in deren Mediensystemen wider. Diese kann variieren, fest steht aber, dass Fernsehen, Presse und Rundfunk nicht unabhängig sind und die Medienfreiheit vollends oder teilweise eingeschränkt ist. Internetbasierte Medien und insbesondere die Möglichkeiten interaktiver *many-to-many*-Kommunikation bieten deswegen alternative Kanäle, sich zu informieren, aber auch sich auszutauschen – und dies ebenso über politische Themen. Für demokratische Oppositionsgruppierungen oder auch nur unzufriedene BürgerInnen bieten soziale Netzwerke Räume zur Artikulation individueller Kritik und des Protestes sowie auch zur Mobilisierung zum öffentlichen Widerstand. Digitale Medien können ganz generell dazu beitragen, dass dort, wo nur schwache Zivilgesellschaften vorhanden sind, diese sich leichter organisieren und so eine lebendige öffentliche Sphäre entsteht. Zudem lässt sich auf Grund des interaktiven Austausches für die NutzerInnen sehr viel besser erfassen, wie das persönliche oder auch weitere Umfeld über bestimmte politische Themen denkt und welche Aktivitäten stattfinden. Das Web 2.0 – konkret: Facebook, Twitter und Blogs – bildet so auch einen Seismographen für das Meinungsklima und Stimmungsbild in der autokratischen Öffentlichkeit. Dazu kommt, dass Videoportale nicht nur die Dokumentation von Übergriffen des autokratischen Machtapparates möglich machen, sondern durch ihre Visualisierung eine intensivere Wirkung entfalten. Und schließlich können mit digitalen Medien solche Informationen auch über Grenzen hinweg in Echtzeit an die oppositionelle Diaspora, an die Gesellschaften in der Nachbarschaft, ja an die globale Öffentlichkeit gerichtet werden.

**Medien-
systeme in
Autokratien**

**Demokra-
tische
Alternativen**

**Seismogra-
phen für das
Meinungs-
klima**

→ Autokratien sehen sich durch das Internet in der Tat einer neuartigen Bedrohung gegenüber. Wie bereits erwähnt, lässt sich in Ländern wie China oder Kuba gut beobachten, wie ernst die MachthaberInnen das Internet und sein Potenzial nehmen, geschlossene Autokratien zu durchlöchern, und daher auch entsprechend darauf reagieren. Es fragt sich derweil, wie sich auf Dauer die Dezentralität, aber auch die Verbreitungsschnelligkeit und Quantität der Internetkommunikation überblicken und vollständig kontrollieren oder manipulieren lassen. Das Beispiel Chinas könnte darauf hindeuten, dass auf lange Sicht statt Kontrolle eher Methoden wie das Fördern öffentlicher Debatten mit der Regierung praktiziert werden und dies den autokratischen Staat eher stützt und die Herrschaft der Kommunistischen Partei ausweitet.¹⁰ Es dürfte klar sein, dass die prosaische Prophezeiung „The Goliath of totalitarianism will be brought down by the David of the microchip“¹¹ von Ronald Reagan – in einer netzeuphorischen Periode formuliert – nach einer differenzierteren Sicht ruft. Bislang liegen dazu allerdings noch zu wenige Forschungsergebnisse vor.

**Bedrohung für
Autokratien**

**Chinas KP
nutzt kom-
munikativen
Aspekt**

Das führt direkt zum *zweiten Aspekt*, nämlich dem *Sturz von → Autokratien*: Was können Neue Medien zum Sturz eines nicht-demokratischen Systems beitragen? Würde man nur

**Sturz von
Autokratien**

**(Neue)
Medien
nicht allein
wirksam**

**Technologie
nur Hilfs-
mittel**

den Arabischen Frühling betrachten, dann wäre die Antwort vielleicht sogar einfach; nimmt man jedoch den Iran oder auch Bahrain im Kontext des Arabischen Frühlings hinzu, dann taucht die Frage auf, warum in dem einen Fall die Revolte erfolgreich und in den beiden anderen erfolglos war. Das deutet auf zwei Punkte hin: Zum einen spielen für das Zustandekommen und den Erfolg einer anti-autokratischen Protestbewegung neben dem Einsatz sozialer Medien auch andere Faktoren eine Rolle. Und zum anderen scheinen die unterschiedlichen Befunde bezüglich des Erfolgs die These zu stützen, dass Medien zuvorderst eine verstärkende Wirkung zugeschrieben werden kann, aber dass der Einsatz von Medien allein keinen Protest mobilisieren kann, ohne dass nicht ohnehin bereits eine entsprechende Bereitschaft vorhanden ist und traditionelle Strategien des Protests und der Mobilisierung nutzbar gemacht werden. Befreiung, Freiheit und Demokratie sind Konzepte, die mit gesellschaftlichen und politischen Mitteln gesichert werden müssen. Technologien sollten dabei eher als unterstützende Beigabe denn als Lösung politischer Probleme betrachtet werden.¹²



Foto: Mona Sosh

Ägypten: Protest auf dem Tahrir-Platz am 8. Februar 2011.

In anderen Worten: Wenn in der Öffentlichkeit eine hohe Protestbereitschaft erreicht ist, dann vermögen digitale Medien die mobilisierten BürgerInnen schneller und effektiver zu vernetzen, die Organisation von Protesten zu beschleunigen oder zu vereinfachen und vor allem auch die Ergebnisse schneller und breiter bekannt zu machen. Gerade Letzteres, nämlich die Möglichkeit der Verbreitung in der regionalen Umgebung oder auch auf globaler Ebene, spielt eine besondere Rolle, da so die autokratischen Machthaber zusätzlich unter Druck geraten können. Im Arabischen Frühling hat diese transnationale Verbreitung zu einer Ansteckung in der Region geführt. Der inzwischen auch über die USA hinaus bekannte Blogger und Netzwissenschaftler Evgeny Morozov

konstatiert, dass die Proteste in Tunesien auch ohne Twitter und Facebook stattgefunden hätten. Gleichwohl hätten die sozialen Medien eine wichtige Rolle bei dem Umbruch gespielt, insofern sie die Vorgänge außerhalb der Landesgrenzen publik gemacht hätten; dies sei aber auch der Fall gewesen, weil die Fernsehsender „Al-Jazeera“ und „France24“ Facebook-Quellen genutzt hätten (siehe dazu ausführlicher im Kapitel „Neue Medien und der Arabische Frühling von 2011“).¹³

**Ist ein demo-
kratisches
System
möglich?**

**Nach Kritik
am alten Sys-
tem Aufbau
eines neuen
Systems**

Drittens: Die zentrale Frage, die sich nach dem Sturz eines autokratischen Regimes stellt, lautet: Wird es gelingen, *ein demokratisches System zu installieren*? Bei der prominenten Präsenz der digitalen Medien während des Arabischen Frühlings fragt man sich zusätzlich: Wird sich diese Rolle der Medien fortsetzen und wenn ja, wie? Dazu muss die Zivilgesellschaft genauer betrachtet werden. Die hoch mobilisierten Teile der Gesellschaft müssen nach dem Sturz des autokratischen Regimes sozusagen ihre Funktion verändern.¹⁴ Statt einer *Gegen*-Bewegung, die ein diktatorisches System bekämpft hat, sind zu diesem Zeitpunkt demokratiestützende Strukturen notwendig, welche die Interessen der breiten Bevölkerung zu verdichten und kanalisieren imstande sind. Ob dieses „Umschalten“ gelingt, entscheidet darüber, ob und in welcher Form die während der Protestbewegung relevanten Kräfte auch beim demokratischen Aufbau eine Rolle spielen. Entstehen aus ihr heraus etwa neue Parteien oder Interessengruppen, die den politischen Wettbe-

werb garantieren? Sind die zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Lage, sich beim Aufbau demokratischer Institutionen einzubringen? Sind sie bereit, bei der Verfestigung demokratischer Normen und Prinzipien mitzuwirken? Wollen die zivilgesellschaftlichen Gruppen konstruktiv-kritische Elemente der demokratischen Gesellschaft werden, müssten sich dann analog auch das Ziel, die Inhalte und die Form ihrer Mediennutzung verändern. Statt Protestmobilisierung sind nun Integration und organisierte Interessenvertretung gefragt; statt Anti-System-Kritik bedarf es Handlungsweisen, die systemstützend sind. Auch für den Aufbau von Demokratien und die Konsolidierung junger Demokratien gilt, dass es keine technologischen Lösungen für politische Aufgaben gibt.

Letztlich ist aber die Frage nach der Rolle Neuer Medien im Prozess der Demokratisierung in der Beispielregion aus Sicht des Jahres 2012 vor dem Hintergrund starker Beharrungskräfte alter Regimeeliten in Ägypten, im Jemen oder auch in Syrien allenfalls für den Fall Tunesien zu stellen. Es gilt daher, nach den Ursachen, Rahmenbedingungen und Perspektiven der politischen Mobilisierung via Neuer Medien im Arabischen Frühling zu fragen, die sich trotz regionaler Ansteckung nach dem Sturz von Ben Ali in Tunesien in den einzelnen Ländern auf unterschiedlichste Weise zeigten.

Neue Medien und der Arabische Frühling von 2011

Lange vor Beginn des Arabischen Frühlings, der mit der Flucht des tunesischen Präsidenten Ben Ali begann, vollzog sich im Nahen Osten und in Nordafrika eine umfassende Veränderung der nationalen und regionalen Mediensysteme, was rückblickend betrachtet einen Nährboden für den Arabischen Frühling darstellte. Aufgrund technischer Errungenschaften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und zuvorderst der Verbreitung von Satellitenfernsehen veränderten sich diese Mediensysteme strukturell und inhaltlich, was nachhaltige herrschaftspolitische Konsequenzen für die autokratischen Regime mit sich brachte. Bis Mitte der 1990er-Jahre waren diese zum Zweck eigener Herrschaftssicherung es gewohnt, via durchregulierte und geschlossene nationale Mediensysteme Informationen zu kontrollieren, zu regulieren und zu koordinieren. Indes wirkte das offensichtlich gewordene Ungleichgewicht zugunsten westlicher Nachrichtenmedien wie CNN oder BBC im ersten Golfkrieg von 1991 als Katalysator für das arabische Satellitenfernsehen. Hierbei ist in erster Linie der in Katar ansässige und 1996 gegründete arabische Nachrichtenkanal „Al-Jazeera“ zu nennen, der im November 2006 auch durch einen englischsprachigen Nachrichtenkanal ergänzt wurde und mittlerweile ein breites Spektrum an genrespezifischen Kanälen aufweist. Er ist trotz wachsender Konkurrenz, beispielsweise aus Saudi-Arabien mit „Al-Arabiya“, der bekannteste „Trendsetter“ des arabischen Satellitenfernsehens, genießt als Informationsmedium großes Vertrauen und wird häufig auch als außenpolitisches Instrument des Emirats Katar bezeichnet. Die durch den Erfolg des Senders aus Katar angestoßene Bildung von vielfältigen Informations-, Nachrichten- und Unterhaltungsmedien in den Ländern der arabischen Welt korrelierte mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen der vergangenen Jahre. Sie sind damit auch Ausdruck dieser Neuordnung und prägen seit 2011 die mediale Vermittlung des Arabischen Frühlings nachhaltig. Wichtig erscheint hier, dass das Fernsehen, als primäres → Massenmedium, für die politische Führung stets bedeutender war als Printmedien, die nicht annähernd ein vergleichbares Zielpublikum erreichen konnten (auch aufgrund der immer noch hohen Analphabetenquoten in Ägypten und vor allem im Jemen).¹⁵ Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, ist diese These auch vor dem Hintergrund sich multiplizierender Möglichkeiten Neuer Medien immer noch von Bedeutung, wenngleich in relativierter Form.

**Veränderung
der Medien-
systeme
schon vor
2011**

**Neue Teil-
nehmer am
Medienmarkt**

**Fernsehen
wichtigstes
Medium der
Macht**

Die Verbreitung des Satellitenfernsehens führte einerseits zu einer Entterritorialisierung der Mediensysteme im arabischen Raum. Andererseits war der qualitative Sprung von

Neue ausdifferenzierende Mediensysteme	„Al-Jazeera“ in der operativen Ausgestaltung der Programme (z.B. keine Zensur, kontroverse Debatten mit interaktiven Instrumenten) das Startsignal für sich ausdifferenzierende Mediensysteme in den einzelnen Ländern. Neue Zeitungen, jenseits des staatseigenen Sektors, wurden gegründet und private Satellitenfernsehkkanäle in allen politischen und ideologischen Varianten entstanden. Alleine aus einer Konkurrenzsituation ergab sich eine qualitative Verbesserung. Diese Medien dienten zunehmend auch als Forum für eine sich pluralistischer artikulierende Streit- und Debattenkultur. Die autokratischen Regime versuchten vor 2011 diesem Phänomen immer wieder mit Grenzziehungen zu begegnen: erstens mit juristischem Vorgehen gegen einzelne BloggerInnen, AktivistInnen oder JournalistInnen, um abschreckende Wirkung zu entfalten, zweitens mit Investitionen in die technischen Möglichkeiten von staatlichen Zensur- und Überwachungsbehörden und drittens mit der eigenen Nutzbarmachung Neuer Medien zum Zweck der Herrschaftssicherung (siehe auch „vernetzter Autoritarismus“ im Kapitel „Die Rolle Neuer Medien bei der Demokratieentwicklung“). Letzteres umfasste vielfältige Formen von <i>e-government</i>, aber auch mit etwas zeitlicher Verzögerung soziale Medien des Web 2.0.¹⁶ In den Ländern des Arabischen Frühlings führte dies dazu, dass sich die Regime meist in der Defensive befanden, auch vor dem Hintergrund sich schnell entwickelnder technischer Fertigkeiten von national, regional und auch international interagierenden regimekritischen AkteurlInnen.¹⁷
Maßnahmen der Regime gegen Pluralisierung	
Staatliche Bemühungen um Internet-ausbau	Auf den ersten Blick mag es widersprüchlich klingen, dass es parallel dazu von staatlicher Seite massive Bemühungen gab, den Ausbau des Internetzugangs für sämtliche Gesellschaftssegmente weiter voranzutreiben. Dies hatte zuvorderst wirtschaftliche Gründe, da die Staaten der arabischen Welt in ihrem Streben nach ausländischen Investitionsmitteln zu einem kompetitiven Wirtschaftsstandort werden wollten. Die Verbreitung des Internets vollzog sich derweil in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Mit der staatlich geförderten Verbreitung des Internets in der arabischen Welt¹⁸ entwickelte sich mit zeitlicher Verzögerung, aufgrund der immer noch unterdurchschnittlichen flächendeckenden Zugangsraten zum Internet, auch ein ausdifferenziertes Instrumentarium, das für politischen Aktivismus genutzt werden kann. Einerseits ist hier auf die zahlreichen und thematisch vielfältigen Diskussionsforen und Internettagebücher, gemeinhin unter „Weblogs“ oder „Blogs“ bekannt, zu verweisen.¹⁹ Insbesondere vor dem Hintergrund repressiver Herrschaftsstrukturen, eingeschränkter Räume für öffentliche Debatten und restriktiver Freiheits- und Teilhaberechte der Gesellschaften erlangten die sich vervielfältigenden regierungskritischen Blogs als gesellschaftspolitische Emanzipation eine herrschaftspolitische Brisanz, da sie rasch zu einem neuen Ersatzforum für politische Teilhabe, Willensbildung und öffentliche Debatte wurden.²⁰ Seit knapp zehn Jahren dient diese neue Kommunikationsstrategie in der arabischen Welt zunehmend als unabhängige Informationsquelle, als Medium vorwiegend junger Leute (20 bis 40 Jahre mit höherem Bildungsabschluss), das Ereignisse erst thematisiert, durch die zahlreichen Parallelforen debattiert und damit überwiegend auch verifiziert. Sie ergänzen die noch breitenwirksamere, aber mit etwas zeitlicher Verzögerung sich verbreitende Nutzung von Plattformen der Social Media (Web 2.0) wie Facebook und Twitter, welche stellvertretend auch für ein verändertes Nutzerverhalten steht. Information wird nicht mehr konsumiert, sondern durch die NutzerInnen selbst generiert (<i>user-generated content</i>) und im Modus <i>many-to-many</i> kommuniziert.
Neue Möglichkeiten für Zivilgesellschaft	
Information wird selbst gemacht	
Neue Räume und Instrumente des Protests	In diesem Kontext der sich pluralisierenden Auseinandersetzung mit dem autokratischen Regime verfestigten sich neue virtuelle Räume des Protests, aber auch neue Instrumente, um diesen Protest virtuell und zunehmend auch in der realen Auseinandersetzung auf der Straße zu artikulieren (bspw. Streiks und Sit-ins). Diesem von einzelnen Berufs- und Protestgruppen getragenen Widerstand wurde zunächst mit den für autokratische Regime bekannten Modi von „Zuckerbrot und Peitsche“ begegnet. Einigen Forderungen wurde nachgegeben, andere Proteste wurden gewaltsam unterbunden. Eine breite Mobilisierung über Forderungen einzelner Gruppen hinweg galt es unter allen Umständen zu

vermeiden. Die bis 2011 sehr heterogenen Protestgruppen, die sich entlang religiöser, ideologischer und ökonomischer Trennlinien bildeten, stellten somit für die autokratischen Regime keine größere Gefahr dar. Entscheidend für 2011 waren aber Lernprozesse in der Auseinandersetzung mit dem Polizei- und Sicherheitsapparat.

Die nachhaltige Veränderung im Vergleich zu den Jahren vor dem Arabischen Frühling war die nun verstärkte Koordinierungs- und Mobilisierungsfunktion Neuer Medien und hierbei vor allem der Medien des Web 2.0. Dies stieß auf eine nun noch greifbarer vorhandene Protestbereitschaft, welche sich aus einem sozioökonomischen und politischen Frustrationspotenzial speiste. In der Literatur werden dem Web 2.0 mehrere Funktionen zugesprochen, allen voran Artikulation, Aggregation, Mobilisierung, Koordination und Dissemination.²¹ Auffallend ist dabei zunächst, dass gerade über die offenkundige Nutzbarmachung dieser Funktionen im Arabischen Frühling die häufig gezogene Trennung zwischen einer internetaffinen, digitalen Öffentlichkeit und einer analogen Öffentlichkeit nicht mehr haltbar ist, da es zu einer Übersetzung des virtuellen Protests in einen realen Protest kam, welcher jenseits von Generationen-, Wohlstands- und Bildungslücken in städtischen sowie ländlichen Räumen mobilisierend wirkte.

Bessere Koordinierung und Mobilisierung

Digitale und analoge Öffentlichkeit arbeiten zusammen

Dies zeigte sich zudem in der zentralen Rolle von → Massenmedien wie „Al-Jazeera“, welche eine Schlüsselrolle als Filter und Informationsmedium für das schier unüberschaubare Volumen an *user-generated content* spielte. Erst der Rückgriff auf „Al-Jazeera“ und weitere überregionale Fernsehsender ermöglichte auch eine breite Wahrnehmung in der globalen Öffentlichkeit und eine gewachsene regionale Öffentlichkeit in anderen Ländern. Zwar spielten Neue Medien inklusive mobiler Endgeräte eine wesentliche Rolle in der Mobilisierung und Koordinierung der Proteste. Dennoch: Zum Zweck der Massenmobilisierung bedurfte es *erstens* realer Proteststrategien durch Protestmärsche, Sternmärsche und variierende Demonstrationsformen (bspw. Sit-ins, permanente Besetzung von öffentlichem Raum). Diese sind vor allem das Ergebnis von Lernprozessen aus früheren Auseinandersetzungen mit dem autokratischen Regime, aber auch des Erfahrungsaustausches mit Protestgruppen aus anderen Ländern (etwa serbische Protestgruppen, die ihre Erfahrungen aus dem Sturz von Milosevic im Jahr 2000 teilten).²²

Schlüsselrolle für Massenmedien

Reale Proteststrategien nötig

Zweitens deuten Umfrageerhebungen für Ägypten darauf hin, dass die wichtigste mediale Informationsquelle mit 97 Prozent das Fernsehen war, gefolgt von Kurznachrichten über Mobiltelefone mit 28 Prozent und Facebook mit 15 Prozent.²³ *Drittens* fällt in den Ländern, in welchen bereits substantielle politische Veränderungen stattgefunden haben, eine sehr stark variierende Verbreitung des Internets auf. Tunesien und Ägypten sind mit 20 bis 40 Prozent Internetnutzung der Bevölkerung im regionalen Vergleich kompetitiv, wohingegen Libyen und Jemen mit unter 10 Prozent die Schlusslichter sind. Alles in allem wirft dies analog zum ersten Teil dieses Beitrags Fragen zur starken Rolle auf, der man Neuen Medien im Zuge des Arabischen Frühlings unisono zusprach, sodass eher den zur Vorsicht mahnenden Worten von Evgeny Morozov zu folgen ist.²⁴



Foto: Liam Wyatt

Der Newsroom von „Al-Jazeera“ in Doha, Katar. Al-Jazeera ist der bekannteste Nachrichtensender des arabischen Raums, dem als „Trendsetter“ des arabischen Satellitenfernsehens über die Grenzen Katars hinaus große Bedeutung zukommt.

Fazit

Politische Veränderungsprozesse folgen selbstredend einem sehr komplexen Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren. Neue Medien spielten eine wichtige Rolle im Kontext der Proteste des Arabischen Frühlings und sie spielen immer

Internet: ein neutrales Medium	noch eine wichtige Rolle für sämtliche AkteurInnen im weiteren politischen Veränderungsprozess. Daraus lassen sich drei Thesen ableiten: <i>Erstens</i> ist das Internet ein neutrales Medium, welches prinzipiell von jedem Akteur und jeder Akteurin je nach divergierenden Partikularinteressen nutzbar gemacht werden kann. Die technischen Möglichkeiten einer schnellen, breiten, interaktiven, dezentralen und anonymen Verbreitung über digitale Medien steht allen AkteurInnen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat offen: den demokratischen Oppositionellen ebenso wie den autokratischen MachthaberInnen oder Veto-Akteuren wie Militärs oder Anti-System-Gruppierungen.
Regionale Unterschiede	<i>Zweitens</i> ist der Verlauf des Arabischen Frühlings in seiner regionalen wie länderspezifischen Dimension nur vor dem Hintergrund von Analysen hinsichtlich der Beschaffenheit der Regime, der politischen Ordnungen, der Rolle externer AkteurInnen und Verfasstheit der Mediensysteme zu verstehen.
Traditionelle Massen- medien nicht vergessen	<i>Drittens</i> ist es für eine analytische Verortung der Rolle Neuer Medien in konkreten politischen Veränderungsprozessen unabdingbar, in die Analyse auch jene traditionellen → Massenmedien wie das Fernsehen mit einzubeziehen, welche eine entscheidende Filter- und Transmitterfunktion für die in Web-2.0-Medien generierten Inhalte spielen.

- 1 Vgl. dazu: Diamond, Larry: Liberation technology, in: Journal of Democracy, 3/2010, S. 69–84.
- 2 Vgl. Morozov, Evgeny: The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom. New York 2010; Deibert, Ronald/Rohozinski, Rafal: Liberation vs. Control in Cyberspace, in: Journal of Democracy 4/2010, S. 43–58.
- 3 In einer Pressekonferenz am 9. November 1989 unterlief dem Mitglied des Politbüros Günter Schabowski ein Missgeschick in Bezug auf die Aufhebung der Beschränkung der Reiseregulierung für DDR-BürgerInnen. Die Folge war, dass Menschen aus Ost-Berlin nach West-Berlin strömten und der Mauerfall ausgelöst wurde.
- 4 „Liberation Technology“ von Larry Diamond, siehe Anmerkung 1.
- 5 Siehe dazu die Länderstudien in Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C.: Open Networks, Closed Regimes: The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. Washington, D.C. 2003; McKinnon, Rebecca: China's „Networked Authoritarianism“, in: Journal of Democracy, 2/2011: S. 32–47; Hoffmann, Bert: Civil society 2.0?: how the Internet changes state-society relations in authoritarian Regimes; the case of Cuba. GIGA Working Paper Nr. 156, Januar 2011.
- 6 Vgl. Deibert/Rohozinski, Liberation vs. Control, S. 44.
- 7 Vgl. Kalathil/Taylor, Open Networks, S. 138ff.
- 8 Vgl. United Nations E-Government Survey 2010, S. 89; unter <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/UN-DPADM/UNPAN038853.pdf> (letzter Zugriff 18.6.2012)
- 9 Vgl. Deibert/Rohozinski, Liberation vs. Control, S. 55.
- 10 Die Autoren He und Warren nennen das „autoritäre Deliberation“: He, Baogang/Warren, Mark: Authoritarian Deliberation: The Deliberative Turn in Chinese Political Development. Paper Annual Meeting APSA 2008; zitiert in: Mac Kinnon 2011, S. 36. Siehe Anmerkung 5.
- 11 Ronald Reagan zitiert in: The Guardian, 14. Juni 1989.
- 12 Vgl. Deibert/Rohozinski, Liberation vs. Control, S. 55. In diesem Sinne auch Morozov, Net Delusion, S. 319.
- 13 Interview von Evgenij Morozov mit der TAZ am 24.1.2011.
- 14 Vgl. Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6–7 (1998), S. 3–12.
- 15 Lynch, Marc: Voices of the New Arab Public: Iraq, Al-Dschasira, and Middle East Politics Today. New York 2006; vgl. Demmelhuber, Thomas: Weblogs als Medienphänomen in der arabischen Welt. Der Fall Ägypten, in: Inan, Alev/König, Andrea (Hrsg.): Medienbildung – Medienalltag. Theologische, pädagogische und interkulturelle Perspektiven. München 2008, S. 241–258.
- 16 Chatfield, Akemi Takeoka/Alhujran, Omar: A Cross-Country Comparative Analysis of E-Government Service Delivery among Arab Countries, in: Information Technology for Development, 3/2009, S. 151–170.
- 17 Durchaus im Gegensatz zu Ländern wie China oder Kuba, vgl. Kapitel „Die Rolle neuer Medien bei der Demokratieentwicklung“.
- 18 Erst gegen Ende der 1990er-Jahre ist eine nachhaltige, von den Herrschaftseliten geförderte Verbreitung des Internets in der Region feststellbar.
- 19 Der Begriff entstand durch die Zusammensetzung der beiden Kürzel „web“ (für „World Wide Web“) und „log“ (für „logbook“). Weblogs ähneln Tagebüchern, sie stammen meist von einem einzigen Autor/einer einzigen Autorin (dem/der BloggerIn), der oder die über dieses Medium seine/ihre Erlebnisse und Meinungen veröffentlicht, thematisiert, Weblinks zu anderen Seiten teilt und zur Debatte stellt (vgl. auch Demmelhuber, Weblogs, S. 241–258).
- 20 Im Verhältnis zur Gesamtzahl von Weblogs sind politisch motivierte Weblogs in der Minderheit.
- 21 Christian Wolff: Das Web 2.0 und der arabische Frühling. Überlegungen zum Fallbeispiel Ägypten, in: Albrecht, Holger/Demmelhuber, Thomas (Hrsg.): Revolution und Regimewandel in Ägypten. Baden-Baden 2012 (im Erscheinen).
- 22 Vor allem über das Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies (CANVAS) in Belgrad, vgl. dazu: Zhuo, Xiaolin/Wellman, Barry/Yu, Justine: Egypt: The first Internet Revolt?, in: Peace Magazine, Juli/September 2011, S. 8.
- 23 Vgl. ebd., S. 7.
- 24 Vgl. Anmerkung 13.



WEBTIPP

- Europäisches Bildgedächtnis: Der Mauerfall www.demokratiezentrum.org → Themen → Europa → **Europäisches Bildgedächtnis** → **Mauerfall**
Im Virtuellen Wissenszentrum des Demokratiezentrum Wien wird im Online-Modul „Europäisches Politisches Bildgedächtnis“ der Bedeutung von Bildern nachgegangen. Bilder zu den Themen Mauerbau, Mauerfall, Stacheldraht und „Eiserner Vorhang“ werden analysiert und ein umfassendes Hintergrundwissen zur im Text angesprochenen Maueröffnung im Jahr 1989 angeboten.

Helmut Opletal

Fallbeispiel: Volksrepublik China

Politische Rahmenbedingungen

Als Revolutionsführer Mao Zedong am 1. Oktober 1949 in Peking die Volksrepublik China ausrief, folgten das politische System und auch die Medien zunächst eng dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion. Die Kommunistische Partei Chinas war nun die allein bestimmende Kraft im Land, so wie alle gesellschaftlichen Institutionen wurden auch die Medien gleichgeschaltet. Erst nach Maos Tod 1976 begann sich China zu öffnen, der totalitäre Griff des Staates lockerte sich, doch die KP blieb an der Macht. Liberalisierung von Kultur, Wissenschaft und Alltag brachten mehr individuelle Freiheit, rasantes Wirtschaftswachstum ermöglichte bescheidenen Wohlstand, überschattet allerdings von einer neuen Kluft zwischen Arm und Reich und zunehmender Korruption. Auch die Medien bekamen von den kommunistischen Reformern eine neue Rolle zugewiesen, sie sollen nicht mehr nur (im Sinne Lenins) „Transmissionsriemen“ (Übersetzer) der Parteipolitik sein, sondern auch informieren und unterhalten.

Fernsehen, Mobiltelefon und Internet (2012: 500 Millionen User¹) haben seither das Kommunikationsverhalten in China tiefgreifend verändert, für viele ein Fenster zu weiten Welt geschaffen und den wirtschaftlichen Aufschwung weiter beflügelt. Regierung und KP fördern diese Entwicklung der Neuen Medien, sie versuchen aber nach wie vor, diese Instrumente inhaltlich zu kontrollieren und selbst für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu nutzen.

Beschränkung der Medienfreiheit

Die chinesische Verfassung von 2004² garantiert die „Freiheit der Rede (und) Publikation“, in der Realität werden Grundrechte allerdings durch Einschränkungen und Pflichten ausgehöhlt. So müssen Bürger „die Einheit des Landes und die Geschlossenheit all seiner Nationalitäten /.../ sichern“, „Staatsgeheimnisse“ und die „öffentliche Ordnung wahren“ sowie „die Sicherheit, die Ehre und die Interessen des Vaterlandes /.../ verteidigen“. Solche Bestimmungen werden von Gerichten immer wieder gegen kritische Medienberichte angewandt, genauso wie das Staatssicherheitsgesetz von 1993 oder das Strafgesetz, das z. B. „Spaltung des Staates“, „Untergrabung der Staatsgewalt“ oder das Propagieren von „Kulten und Übernatürlichkeit“ unter

Strafe stellt. Damit wird etwa das Eintreten für die Rechte ethnischer und religiöser Gruppen bestraft.³ Der Begriff „Staatsgeheimnis“ ist in den Gesetzen bewusst vage definiert, in der Realität können alle nicht ausdrücklich freigegebenen Dokumente, Statistiken und Vorgänge bei Behörden, der KP oder in staatlichen Unternehmen als „geheim“ gelten.

Anstatt direkter Zensur haben die Behörden ein komplexes System indirekter Lenkung und Überwachung installiert. Jeden Tag geben die zentralen und lokalen Informationsämter Richtlinien aus, in welcher Form oder Aufmachung über bestimmte Themen berichtet werden soll oder auch nicht berichtet werden darf. Manchmal wird verfügt, dass bestimmte Meldungen (zum Beispiel Entscheidungen der Regierung oder eines Parteitags) groß auf der ersten Seite zu platzieren sind, manchmal darf über ein Ereignis nicht selbst recherchiert werden, sondern die Medien sind verpflichtet, ausschließlich Berichte und Kommentare der offiziellen Nachrichtenagentur „Xinhua“ (Neues China) zu verwenden.⁴ Die Zeitungen, TV- und Radiostationen und Internetbetreiber halten sich in der Regel an diese Vorschriften, sonst drohen saftige Geldstrafen, Schließung oder auch Verhöre und Gefängnisstrafen für die Verantwortlichen. So verhindert die „Schere im Kopf“ (Selbstzensur) von vornherein, dass allzu kritisch berichtet wird. Auch die Journalismusausbildung ist fest in der Hand staatlicher Schulen und Universitäten.

Alle, die mit Medien zu tun haben, kennen auch die strikten Tabus jeder Berichterstattung in China: Die drei „T“ zum Beispiel (Tibet, Taiwan, Tiananmen), zu denen nur die offizielle Parteilinie verbreitet werden darf. Absolut untersagt sind Spekulationen über das Privatleben oder wirtschaftliche Aktivitäten von Spitzenpolitikern sowie ihren Familien (und damit über Korruption in deren Umfeld). Auch über die Armee, den Sicherheitsapparat oder die KP-Institutionen darf niemals ein kritischer Satz fallen. Die führende Rolle der kommunistischen Einheitspartei öffentlich in Frage zu stellen, gilt immer noch als illegale „Gefährdung des Staates“. Laut „Reporter ohne Grenzen“ sind Mitte 2012 in China 98 Journalisten in Haft⁵, im jährlich veröffentlichten „Index der Pressefreiheit“ liegt China nur auf Platz 174 (von 179 beurteilten Ländern).⁶

Auch für die mehr als 200 in China akkreditierten Auslandskorrespondenten und für kurze Zeit ins Land reisenden Journalisten gelten zahlreiche Beschränkungen, auch wenn sie im Zuge der Olympischen Spiele 2008 etwas gelockert worden sind. So müssen Reisen und Interviews nicht mehr im Voraus genehmigt werden. Die Überwachung wurde jedoch verschärft, einzelne Korrespondenten werden immer wieder mit Strafen und Ausweisung bedroht, gelegentlich auch des Landes verwiesen. In einer Umfrage des „Verbands der Auslandskorrespondenten in China“ im Mai 2011⁷ fühlten sich 70 Prozent von Behörden (zum Teil gewaltsam) an ihrer Arbeit behindert, 40 Prozent hatten die Erfahrung gemacht, dass chinesische Informanten schikaniert, von der Polizei verhört oder festgenommen worden waren.

Der Zeitungsmarkt

Ein chinesischer Zeitungskiosk heute: Dutzende Titel, bunte Aufmachung, schreiende Schlagzeilen und reißerische Fotos suggerieren Vielfalt und volksnahe Berichterstattung. Statt dünner Parteiblätter, die bis in die 1970er-Jahre endlose Kommuniqués, Propaganda und Appelle zu höherer Produktion abdruckten, berichten chinesische Zeitungen heute durchaus aus dem Leben. Sie sind umfangreicher geworden und Werbung spielt eine ähnliche Rolle wie im Westen. Große Tageszeitungen und zahlreiche Magazine werden von privaten oder halbstaatlichen Unternehmen geführt, doch die politische Berichterstattung ist auch dort einer strikten Kontrolle unterworfen.

Der Rundfunkmarkt

Das Fernsehen hat sich erst nach 1980 rasant verbreitet, 3.000 Stationen im Land produzieren eigene Programme⁸, städtische Haushalte erhalten in der Regel mehrere Dutzend staatliche Programme über Kabel. Seit einigen Jahren können in vielen Hotels, in Ausländerwohnblocks und ausgewählten chinesischen Institutionen auch einige internationale Sender wie CNN, BBC oder Stationen aus Hongkong empfangen werden, kritische Berichte über China oder z.B. Bilder des Dalai Lama werden jedoch ausgeblendet.

Täglich um 19 Uhr übernehmen alle Programme die zentrale Hauptnachrichtensendung, welche die politischen Themen vorgibt. Unterhaltungsprogramme, Spielfilme oder Serien werden bewusst eingesetzt, um staatliche Moralvorstellungen, „Patriotismus“ oder politische Kampagnen zu unterstützen. Zivilgesellschaftliche Initiativen, unabhängige Kultur oder kritische Debatten finden kaum Platz.

Das Internet

Im Internet betreiben Staat und Partei eine Doppelstrategie: Einerseits nutzen sie selbst das Netz, um ihre Themen zu setzen und die öffentliche Meinung zu lenken, andererseits wird mit gigantischem Aufwand versucht, unliebsame Inhalte zu zensurieren und aus Webseiten, Blogs und Diskussionsforen zu löschen.

Ausländische Seiten werden systematisch durch Filtersoftware überprüft, kritische Websites können in China oft nicht aufgerufen werden, auch wenn es inzwischen kaum mehr möglich ist, alle unerwünschten Inhalte zu blockieren. Die Regierung versucht aber, die Nutzung internationaler sozialer Netzwerke und Suchmaschinen (YouTube, Twitter, Facebook, Wikipedia, ...) zu unterbinden und stattdessen eigene, rein chinesische Entsprechungen zu gründen, um Informationsflüsse leichter kontrollieren zu können. Die „Große Firewall“ nennen chinesische *websters* die aufwendigen Blockaden und Kontrollen, die auch für die zahlreichen Internetcafés oder öffentlichen Computer in den Schulen und Universitäten gelten. Chinesische *netizens* entdecken aber immer wieder Wege, um Sperren zu umgehen und auch an offiziell verpönte Informationen zu gelangen.

In Blogs und Diskussionsforen werden immer mehr kritische Meinungen ausgetauscht, Informationen verbreiten sich so in Windeseile im ganzen Land. Die Führung in Peking möchte einerseits ein bisschen mehr Freiheit gewähren, hat aber auch panische Angst, dass – so wie im Arabischen Frühling – Internet und SMS-Kommunikation genutzt werden könnten, um regierungskritische Aktivitäten zu setzen und lokale oder nationale Proteste anzuzetteln.

- 1 Reuters (US edition), 11.01.2012, unter: <http://www.reuters.com/article/2012/01/11/us-china-internet-idUSTRE80A0LD20120111> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 2 Verfassung der Volksrepublik China, vom 4. Dezember 1982 (inkl. Änderungen bis 2004), deutschsprachiger Text zitiert nach „Verfassungen der Welt“, unter: <http://www.verfassungen.net/rc/verf82-i.htm> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 3 Das Staatssicherheitsgesetz 1993 und das Strafgesetzbuch 1997 sind (in englischer Übersetzung) abrufbar auf der Webseite des Nationalen Volkskongresses der VR China: „Database of Laws and Regulations“, unter <http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Law/Frameset-page.html> (letzter Zugriff 11.07.2012)
- 4 Details solcher Anweisungen werden regelmäßig dokumentiert auf den Webseiten des „China Media Project“ des Journalism and Media Studies Center der University of Hong Kong (<http://cmp.hku.hk>) bzw. der „China Digital Times“ („Directives from the Ministry of Truth“), publiziert von „China Counter-Power

- Lab“, Berkeley, USA (<http://chinadigitaltimes.net/china/ministry-of-truth>)
- 5 Press Freedom Barometer 2012, Country File China, Webseite von Reporters without Borders (Int. NGO zur Förderung der Medienfreiheit), unter: <http://en.rsf.org/report-china,57.html> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 6 Press Freedom Index 2011–2012, Webseite von Reporters without Borders, unter: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2011-2012,1043.html> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 7 China reporting climate worsening: survey, in: AFP (Agence France Press), 19.05.2011, zitiert in: Terra Daily (News about Planet Earth), unter: http://www.terradaily.com/reports/China_reporting_climate_worsening_survey_999.html (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 8 Television in the People's Republic of China, Wikipedia (engl.), unter: http://en.wikipedia.org/wiki/Television_in_the_People%27s_Republic_of_China (letzter Zugriff 11.07.2012)

Béla Rásky

Fallbeispiel: Ungarn

Politische Rahmenbedingungen

Seit der demokratischen Wende 1990¹ sind wenige Agenden in Ungarn so vehement umstritten geblieben wie die Medienpolitik. Die Wurzeln dafür liegen in der kommunistischen Diktatur, als jede Öffentlichkeit durch ein System offener Repression, kalkulierter Toleranz, aber auch Selbstzensur strengstens kontrolliert blieb. Allein die in den 1980er-Jahren aufkommende, nie Massenverbreitung findende Untergrundpresse der demokratischen Opposition hatte Tabus gebrochen, nicht verhandelbare historische, gesellschaftliche und soziale Themen in einer eingeschränkten und bedrohten Öffentlichkeit angesprochen.²

JournalistInnen wechselten so nicht unbelastet in Demokratie und Pressefreiheit, war es doch nur in Ausnahmefällen gelungen, mit dem alten System nicht verstrickte, neue Presseorgane mit ehemals oppositionellen Redaktionen zu gründen. Aus diesem Umstand entstand – in erster Linie bei den konservativen Gruppierungen der ersten Stunde („Demokratisches Forum“, Christdemokraten, Partei der kleinen Landwirte) – ein berechtigtes Misstrauen gegenüber den postkommunistischen Medien, in der neuen, mit der Transformation entstandenen politischen Elite gab es sogar die Obsession, die Medien kontrollieren zu müssen, da nur eine Verfügungsgewalt über zentrale Nachrichtenkanäle die Demokratie absichern könne.

Parallel dazu spielte sich im Printbereich in den ersten Wendejahren ein Privatisierungs- und Konzentrationsprozess ab. Die meisten Presseprodukte gingen an ausländische Verlagshäuser, die eher an einer Profitmaximierung als an einer ungarischen Qualitätspresse interessiert waren, und funktionierende Redaktionen wurden diesen neuen Gegebenheiten und Erfordernissen sehr schnell angepasst.³

Kontrollbestrebungen

Vor diesem Hintergrund wurde in den frühen 1990er-Jahren der sogenannte „Medienkrieg“⁴ um die Aufsicht über die elektronischen Medien mit beispielloser Heftigkeit geführt. An dessen Ende standen – unter Berufung auf das BBC-Modell – aufgeblähte Komitees, Behörden und ein undurchsichtiges Kommissions- und Kontrollkonglomerat, das auf dem Papier die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien sicherte, tatsächlich aber deren totale

Kontrolle durch Parteien und Tagespolitik zementierte – während die nunmehr zugelassenen landesweiten kommerziellen Rundfunk- und TV-Stationen auf Unterhaltung und Quoten setzten.⁵

Ab 1998 begann man auf konservativer Seite, zum Teil durch indirekte staatliche Fördermaßnahmen (Pflichtabonnements für Behörden oder gezielte Regierungsinserate), ein Medienimperium auf- und auszubauen. Die sozialliberalen Regierungen in den Jahren danach taten wenig, um die Autonomie der Medien und eine demokratische Öffentlichkeit zu stärken, und so setzte in der privaten Medienlandschaft nach der Jahrtausendwende ein Versäulungsprozess mit einer jeweils einem politischen Lager zurechenbaren „Medienvielfalt“ ein. Auf der Strecke blieb dabei der investigative Journalismus, die Idee einer rasonierenden, die Fakten abwägenden, rational urteilenden und nach demokratischen, selbst definierten Regeln organisierten Öffentlichkeit. Das jüngst verabschiedete, monatelang im Kreuzfeuer nationaler und internationaler Kritik stehende und nach Protesten europäischer Gremien entschärfte Mediengesetz sollte ursprünglich nicht nur die elektronischen Medien, sondern auch das Internet regulieren: Mehrere große europäische Tageszeitungen protestierten im Jänner 2011 dagegen, als sie auf ihren Titelblättern in allen europäischen Sprachen den Text „In Ungarn wurde die Pressefreiheit aufgehoben“ (siehe Bild S. 42) abdruckten. Die öffentlich-rechtlichen Medieneinrichtungen – Fernsehen, Radio und die nationale Nachrichtenagentur – haben sich in der Folge auch zu reinen Regierungssprachrohren zurückentwickelt.⁶

Allein die Befürchtungen einer allumfassenden Zensur oder der Unterdrückung der Meinungsfreiheit über den Bereich der Medien hinaus haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet. Dennoch stufte „Freedom House“, eine zum Großteil von der US-Regierung finanzierte Organisation zur Förderung der liberalen Demokratie, in einem Erstbericht zur Lage der Medien in Ungarn das Land in Sachen Pressefreiheit von „frei“ unter Berufung auf verschiedene behördliche Maßnahmen, aber auch auf eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation 2012 auf „zum Teil frei“ zurück.⁷ Zu den Hauptkritikpunkten dieser NGO zählen die Einberufung und Zusammensetzung der wichtigsten Gremien und Leitungsfunk-



Cover der deutschen Tageszeitung taz vom 3.1.2011

möglichen Instrumente einer Medienpolitik in einem kleinen, sprachlich isolierten, postdiktatorischen Land ohne lange demokratische Erfahrungen und inmitten einer globalisierten und vernetzten Medienlandschaft bietet es keine Antworten.

Eine kaum wahrgenommene Bedrohung für die ungarische Meinungs- und kulturelle Vielfalt liegt in der Kürzung der Förderung kultureller, literarischer und wissenschaftlicher Publikationen und im Fehlen jeglicher Förderung gemeinschaftlicher, basisorientierter Medienprojekte lokaler BürgerInnen-Initiativen, also jener Öffentlichkeit, die das politische und geistige Leben eines Landes vorantreibt. Aber trotz der Wirtschaftskrise, die die Menschen den regelmäßigen Kauf von Presseprodukten gut überlegen lässt, gibt es in Ungarn noch immer eine erstaunliche Meinungsvielfalt, ein beeindruckendes Presseangebot. Gefährdet ist die Meinungsfreiheit aber vor allem durch die Tatsache einer enttäuschten Gesellschaft, die immer weniger Bedürfnis nach tiefgreifender Information zeigt, weil sie der Politik und abwägenden Diskursen generell misstraut, wie dies jüngste Meinungsumfragen und die sinkende Bereitschaft, sich politisch zu betätigen, ja, an Wahlen überhaupt teilzunehmen, zeigen. Der Aufbau zweier paralleler Medienlandschaften hat dazu geführt, dass es keine öffentlichen Diskurse mehr gibt, sondern nur mehr das Aufeinanderprallen von Glaubensbekenntnissen.

tionen der neu geschaffenen „Staatlichen Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung“ (NMHH) sowie deren weitläufige Sanktionsrechte. Das neue Mediengesetz entpuppt sich aber in der Praxis mehr und mehr als ein überfrachtetes Regelwerk. Für die Herausforderungen, Probleme und

- 1 Der Übergang von der diktatorischen Einparteiherrschaft zum demokratischen Mehrparteiensystem, im Ungarischen als „Systemwechsel“ bezeichnet, in den Jahren 1989/90 war ein mit zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen abgesicherter, evolutionärer Prozess, der im Frühling 1990 mit freien Wahlen seinen Abschluss fand.
- 2 Behring, Eva/Kliems, Alfrun/Trepte, Hans-Christian (Hrsg.): Grundbegriffe und Autoren ostmitteleuropäischer Exilliteraturen 1945–1989. Ein Beitrag zur Systematisierung und Typologisierung. Stuttgart 2004, S. 226ff.
- 3 Jakab, Zoltán/Gálik, Mihály: Survival, Efficiency and Independence. The Presence of Foreign Capital in the Hungarian Media Market. Manchester–Düsseldorf 1991
- 4 Der Begriff für die Auseinandersetzungen um politische Einflussnahme, in erster Linie auf den öffentlich-rechtlichen Bereich, wurde Anfang der 1990er-Jahre von den Medien selbst geprägt,

ist aber heute in Ungarn ein durchaus bekannter Begriff für diese Jahre.

- 5 Schmidt-Schweizer, Andreas: Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München 2007, besonders: Kapitel „Der erste ‚Medienkrieg 1991/92‘“, S. 244ff.
- 6 Vgl. dazu die regelmäßig erscheinenden ungarischsprachigen Berichte der „Monitor-Gruppe“ des „Nyilvánosság Klub“ (= Öffentlichkeitsklubs), unter: <http://www.nyilvanossagklub.hu/monitor.shtml> (letzter Zugriff 20.7.2012)
- 7 <http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Hungary%20draft.pdf> (letzter Zugriff 20.7.2012); vgl. auch: Putzier, Konrad: Freedom-House-Studie: „Putinisierung“ gefährdet Demokratie in Osteuropa, in: Die Welt, 6. Juni 2012, unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article106419598/Putinisierung-gefaehrdet-Demokratie-in-Osteuropa.html> (letzter Zugriff 20.7.2012)



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie weiterführende Materialien zu den Länderportraits:

- Infokasten: „Ungarn: Neue Schikanen gegen kritische Radiosender“
- Infokasten: „Druckauflage der wichtigsten landesweit vertriebenen politischen Tages- und Wochenzeitungen.“
- Weiterführende Literatur und Internetressourcen zu China
- Factsheet: Pressefreiheitsindex

Peter Maurer

Fallbeispiel: Vereinigte Staaten von Amerika

Politische Rahmenbedingungen

Die USA haben seit der Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1789 ein präsidentielles Regierungssystem mit starker Gewaltenteilung, das sich durch ein fein austariertes Machtgleichgewicht zwischen dem Präsidenten/der Präsidentin auf der einen und dem Kongress, der Gesetzgebung und Budget kontrolliert, auf der anderen Seite auszeichnet. Der/die PräsidentIn bezieht seine/ihre politische Macht aus der Direktwahl, die stets auf eine Entscheidung zwischen zwei KandidatInnen hinausläuft. Die Auswahl der KandidatInnen für die Präsidentschaftswahlen erfolgt in den meisten Bundesstaaten über Vorwahlen, an denen alle eingetragenen AnhängerInnen einer Partei teilnehmen dürfen.¹ Dieses Verfahren hat zu aufwendigen und teuren Vorwahlkämpfen geführt, in denen nur BewerberInnen Chancen haben, die in großem Stil Wahlwerbespots über Fernsehen, Rundfunk und Internet verbreiten können. Dabei gibt es seit 2010 weder Beschränkungen der Geldspenden an die BewerberInnen, noch unterliegt die politische Wahlwerbung in den Massenmedien einer gesetzlichen Limitierung.² Der/die WahlsiegerIn kann seine/ihre politischen Vorhaben jedoch nur realisieren, wenn er oder sie auf genügend Unterstützung der Abgeordneten und SenatorInnen bauen kann. Der Einfluss des Präsidenten/der Präsidentin auf den Kongress hängt in Fragen der Medienpolitik wie in allen anderen Politikfeldern von der Zustimmungsfähigkeit seiner/ihrer Politik bei der breiten Masse der WählerInnen ab. Aufgrund der relativ unbedeutenden Parteien bleibt als einzige Möglichkeit, über die Medien für politische Vorhaben zu werben. Kann er/sie mit ihrer Hilfe Zustimmung für politische Initiativen erzeugen, steigt der Einfluss auf die Gesetzgebung der Abgeordneten.³

Strukturen des Mediensystems

Das US-amerikanische Mediensystem ist der Prototyp einer liberalen, staatsfernen Institutionalisierung der Medien als kommerzielle, teils börsennotierte Unternehmen. Dies ist in Bezug auf den Rundfunk ein wichtiger Unterschied zu europäischen Verhältnissen, wo sich die größten Sender in öffentlichem Besitz befinden. Viele bedeutende amerikanische Medien sind Teil von Medienkonzernen mit Beteiligungen an Rundfunksendern und Zeitungen oder von Konzernen, die auch in anderen Branchen aktiv

sind. Die Medienkonzentration ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Im Jahr 2011 kontrollierten sechs Medienkonzerne die überwiegende Mehrheit des Medienangebots.⁴ Die geringe politische Einmischung des Staates geht auf das *First Amendment* der Verfassung (1791) zurück, das es dem Gesetzgeber verbietet, Medien Vorschriften in Bezug auf ihren Inhalt zu machen oder Pressegesetze zu erlassen. Trotz dieser Freiheit genießen JournalistInnen zum Teil weniger Schutz als in Europa, z.B. fehlt ein landesweites Zeugnisverweigerungsrecht.⁵

Der Rundfunkmarkt

Auf dem Rundfunkmarkt der USA dominieren wenige Anbieter mit landesweiten Programmen. Die Sendelizenzen werden von der Federal Communications Commission (FCC) an private, regionale Veranstalter vergeben, die sich zu nationalen *networks* zusammenschließen. Sie senden Vollprogramme mit regionalen und nationalen Anteilen, wobei Letztere von den *networks* geliefert werden. Die Finanzierung des Programms erfolgt ausschließlich über Werbeeinnahmen, d.h., es müssen so viele ZuschauerInnen wie möglich an die Werbekunden „verkauft“ werden. Vor der Einführung von Kabel- und Satellitenfernsehen dominierten die drei großen *networks* „ABC“ (Eigentümer: Disney), „NBC“ (Comcast) und „CBS“ (CBS corp.) den Markt, seit den 1980er-Jahren ist mit „Fox“ ein *network* hinzugekommen, das zu News Corporation gehört und als konservativ-patriotisch gilt. Im Nachrichtenbereich spielt seit den 1980er-Jahren der politisch eher liberale Sender „CNN“ (Time Warner) eine bedeutende Rolle.

Bis 1987 galt im Rundfunk eine Fairness-Doktrin, welche die Sender zu Ausgewogenheit bei der Berichterstattung über politisch kontroverse Themen anhielt. Durch die schnelle Zunahme der Zahl neuer, über Kabel und Satellit empfangbaren Kanäle in den 1980er-Jahren wurde die Fairness-Doktrin von der FCC jedoch fallengelassen – mit dem Resultat, dass seitdem auch Fernseh- und Radioprogramme mit eindeutiger politischer Tendenz gesendet werden. Für die großen *networks* (außer „Fox“) ist politische Neutralität aus kommerziellen Gesichtspunkten jedoch weiter notwendig, da die Unterschiede der ZuseherInnen und ZuhörerInnen überbrückt werden müssen, um massenattraktiv zu sein.⁶ Die Glaubwür-

digkeit der Fernsehnachrichten, die lange Zeit im Vergleich zur Presse als objektivere Informationskanäle angesehen wurden, ist in jüngster Zeit gesunken.⁷

Der Zeitungsmarkt

Der Zeitungsmarkt der USA ist aufgrund der Größe des Landes von Lokal- und Regionalzeitungen geprägt. Tageszeitungen werden in ungefähr 60 Prozent der Haushalte gelesen.⁸ Die Zeitungsvielfalt hat seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts infolge von Konzentrationsprozessen bei den Regionalzeitungen abgenommen.⁹ Die einzigen landesweiten Qualitätszeitungen sind „Washington Post“, „New York Times“ und „Wall Street Journal“. Die landesweite Boulevardpresse wird vor allem durch „USA Today“, „New York Post“ und „Daily News“ repräsentiert, erreicht aber nicht denselben Verbreitungsgrad wie in Großbritannien, Österreich oder Deutschland. Die Hauptstadtzeitung „Washington Post“ sowie die „New York Times“ gelten im Allgemeinen als regierungskritisch, weshalb sich die AkteurInnen der Regierungskommunikation bemühen, nicht nur mit ihnen, sondern auch mit den RedakteurInnen der Lokalzeitungen zu kommunizieren.¹⁰ Bei den politischen Magazinen haben das in der Mitte stehende „TIME Magazine“ (Time Warner) und die liberalere Zeitschrift „Newsweek“ (gehört der „Washington Post“) die größte Bedeutung.

Journalistische Berufsnormen wie Objektivität und ein hierarchisches und arbeitsteiliges Organisationsprinzip der Redaktionen wirken politischem Einfluss auf die Berichterstattung durch HerausgeberInnen und ReporterInnen entgegen.¹¹ Aufgrund des Berufsverständnisses der amerikanischen JournalistInnen als „Informationsprofis“ prägen kommerzielle Medien, die sich an eine möglichst große Zielgruppe richten, die Presselandschaft der USA. Gegenwärtige Herausforderungen der Presse sind wirtschaftliche Probleme vieler Zeitungen, die keine

staatliche Förderung genießen und durch die Konkurrenz des Internets und sich wandelnde Nutzungsmuster immer mehr unter Druck geraten.

Das Internet

Die Zahl der InternetnutzerInnen hat in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zugenommen. Waren im Jahr 2000 erst ca. 50 Prozent der Erwachsenen im Internet, waren es laut Umfragen im Jahr 2012 schon 82 Prozent. Dabei nutzen in den jüngeren Altersgruppen nahezu alle das Netz, während unter den über 65-Jährigen nur gut die Hälfte online ist. Bemerkenswert ist, dass bereits 97 Prozent der 14- bis 17-Jährigen und 92 Prozent der 12- bis 13-Jährigen InternetnutzerInnen sind. Drei Viertel der InternetnutzerInnen konsumieren dort Nachrichten und 61 Prozent geben an, gezielt nach politischen Informationen zu suchen, auch im Hinblick auf die letzten Wahlkämpfe. Rund ein Drittel von ihnen liest politische Blogs, 10 Prozent betreiben selbst ein solches Online-Tagebuch. Den Nachrichtendienst Twitter nutzten im Jahr 2012 15 Prozent der Erwachsenen, während zwei Drittelangaben, soziale Netzwerke wie Facebook, Google + etc. zu verwenden.¹²

Die Meinungsfreiheit im Internet ist ebenfalls durch das *First Amendment* geschützt. Dennoch kommt es häufig zu rechtlichen Kontroversen um Fragen des geistigen Eigentums, um die Grenzen der Meinungsfreiheit bei problematischen Inhalten sowie in jüngerer Zeit um die Neutralität der Kabel- und Satellitennetzbetreiber, welche aus ökonomischen Gründen dazu tendieren, nicht alle Daten gleichberechtigt weiterzuleiten. In Bezug auf die Netzneutralität spielt die FCC die wichtigste Rolle, die meisten Streitfälle werden ansonsten durch Gerichte entschieden, welche die Bundesgesetze und die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Regelungen fallweise interpretieren und so einen Rechtsrahmen für das Internet schaffen.

1 Brett Schneider, Frank: Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden 2002, S. 68–69

2 Hauptmann, Mark/Schmücking, Daniel: Vorsicht vor dem Boomerang, in: Politik und Kommunikation 2012, unter: http://www.politik-kommunikation.de/artikel/vorsicht_vor_dem_boomerang/1 (letzter Zugriff 12.7.2012)

3 Pfetsch, Barbara: Politische Kommunikation in den USA und Deutschland. Electronic edition. Bonn 2001

4 <http://www.newspaperdeathwatch.com>; <http://www.businessinsider.com/these-6-corporations-control-90-of-the-media-in-america-2012-6> (letzter Zugriff zu beiden Links 12.7.2012)

5 Kleinsteuber, Hans J.: Nordamerika, in: Thomaß, Barbara (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich. Konstanz 2007, S. 246–258, hier: S. 247, 254–255. Das Zeugnisverweigerungsrecht erlaubt es JournalistInnen, gegenüber Ermittlungsbehörden oder vor Gericht ihre InformantInnen nicht zu nennen.

6 „Politische Neutralität“ bezieht sich hier auf das politische Spektrum der USA und bedeutet nicht politische Wertfreiheit. Die Grundausrichtung ist vielmehr am amerikanischen Mainstream

orientiert, der wiederum von den Werten der überwiegend weißen Mittelklasse bestimmt wird. Vgl. Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo: Comparing Media Systems. Cambridge 2004, S. 210

7 Ebd., S. 217 sowie http://www.huffingtonpost.com/2012/07/11/gallup-poll-confidence-tv-news_n_1664429.html?utm_hp_ref=media (letzter Zugriff 12.7.2012)

8 Kleinsteuber, Nordamerika, S. 248

9 Hallin/Mancini, Media Systems, S. 220

10 Pfetsch, Politische Kommunikation

11 Hallin/Mancini, Media Systems, S. 219–226

12 Pew Internet & American Life Project: Demographics of internet users, unter: <http://www.pewinternet.org/Trend-Data-Prozent28AdultsProzent29Whos-Online.aspx>; dies.: What internet users do online, unter: <http://www.pewinternet.org/Trend-Data-Prozent28AdultsProzent29Online-Activites-Total.aspx>; dies.: Demographics of teen internet users, unter: <http://www.pewinternet.org/Static-Pages/Trend-Data-Prozent28TeensProzent29Whos-Online.aspx> (letzter Zugriff auf alle Pew-Links 26.7.2012)

Christoph Kühberger

Fachdidaktische Diagnostik im Politik- und Geschichtsunterricht

Was ist fachdidaktische Diagnose?

Durch den Wechsel von der Inhalts- zur Kompetenzorientierung veränderte sich der Fokus von den zu bewältigenden Stoffmengen hin zu den individuellen Lernleistungen der SchülerInnen und ihren je spezifischen Bedürfnissen, um die geforderten fachspezifischen Kompetenzen erwerben zu können. Während „die Lehrenden den Input weitgehend selbst kontrollieren können, erschließt es sich nicht automatisch, welche Kompetenzen die Lernenden tatsächlich erworben haben. Defizite im Kompetenzerwerb sollten nicht erst in zentralen Prüfungen oder Vergleichsarbeiten erkannt werden, sondern – transparent gesteuert durch den Lehrer oder die Lehrerin – den Schülerinnen und Schülern bereits im Unterrichtsgeschehen bewusst werden.“¹

Fokus auf individuellen Lernleistungen

Die in Lerngruppen feststellbare Heterogenität in den Lernvoraussetzungen, aber auch in den Lernfortschritten stellt schulische Systeme vor besondere Herausforderungen.² Einen Zugang, um diese Neuperspektivierung im Rahmen des schulischen Lernens verstärkt berücksichtigen zu können, stellt die „fachdidaktische Diagnostik“ dar. Dabei handelt es sich um eine gezielte Beobachtung von fachspezifischen Schülerleistungen mit dem Ziel, über systematisches Sammeln und Aufbereiten von Informationen Lernangebote erstellen zu können, um individuelles Fördern und Fordern zu ermöglichen.³

Heterogenität der Lerngruppe

DIMENSIONEN DER FACHDIDAKTISCHEN DIAGNOSTIK

1) Ergebnisbezogene oder prozessbezogene Diagnostik:

Dieser Typus „kann primär den erreichten Lernstand bzw. das erreichte Kompetenzniveau reflektieren oder die Fortschritte und Hemmnisse bei der Bewältigung der einzelnen Lernschritte nachzeichnen“.

2) Punktuelle oder kontinuierliche Diagnostik:

„Die punktuelle Diagnostik stützt sich auf isolierte Begebenheiten im Fachunterricht /.../, während die kontinuierliche Diagnostik hinsichtlich einer längeren und zusammenhängenden Unterrichtssequenz erfolgt.“

3) Lehrer- oder schülergesteuerte Diagnostik:

„Wird die Diagnose nicht durch die Lehrperson vorgenommen, sondern durch die SchülerInnen selbst, indem diese Verfahren der Prozessbeobachtung anwenden, können sie /.../ ihr Handeln durchleuchten, erkennen und gegebenenfalls Strategien zur Veränderung anwenden.“

Quelle: Langner, Frank: Diagnostik als Herausforderung für die Politikdidaktik, in: Domänenspezifische Diagnostik. Wissenschaftliche Beiträge für die politische Bildung, hrsg. v. J. Schattschneider. Schwalbach/Ts. 2007, S. 58–70, hier S. 61f.

Im Zusammenhang mit der domänenspezifischen Kompetenzorientierung stehen damit in der Fachdidaktik nicht – wie in der älteren „pädagogischen Diagnostik“ bzw. in der klinischen Psychologie üblich – Störungsbilder oder die Feststellung von Defiziten im Mittelpunkt, sondern es wird versucht, auf Grundlage der Beobachtungen Maßnahmen zu setzen, „mit deren Hilfe auf der Basis theoriegeleiteter Annahmen der Lehr- und Lernerfolg ermittelt wird, um pädagogisches [und didaktisches; C.K.] Handeln zu optimieren“⁴.

Pädagogisches Handeln optimieren

**Keine
permanente
Prüfungs-
situation**

Nach Taubinger/Windischbauer soll Diagnostik in diesem Sinn LehrerInnen Antworten auf die Frage geben, „an welches Vorwissen, welche Voraussetzungen der Unterricht anknüpfen kann, welche Lernhindernisse zu überwinden sind, welche lernförderlichen Aspekte zu stärken sind. Aus diesen Antworten müssen Angebote für fruchtbare Lernwege und fundierte Lernangebote erwachsen.“⁵ Für eine Umsetzung im konkreten Unterrichtsgeschehen ist es jedoch als günstig einzustufen, wenn die Leistungsfeststellung (Beurteilung/Benotung) von einer Lernstandserhebung (Diagnose) eindeutig unterschieden bzw. eigentlich sogar strikt getrennt wird, um die SchülerInnen nicht einer permanenten Prüfungssituation auszusetzen bzw. um zeitliche Räume der (Selbst-)Reflexion über ihr historisches und politisches Lernen zu schaffen. Lernstandserhebungen können auf ganz unterschiedliche Art und Weise durchgeführt werden. Frank Langner macht dafür drei Dimensionierungen aus (vgl. Kasten S. 45).

Zugänge

**Lerngruppe
als Ganzes
erfassen**

Aus fachdidaktischer Perspektive heraus gilt es Diagnoseinstrumente zu entwickeln bzw. einzusetzen, die den Lehrenden einen methodischen Zugang zu der angestrebten Erkenntnis über ihre SchülerInnen legen, um den Lernprozess effizient und adäquat begleiten zu können. Im Geschichts- und Politikunterricht wird es daher in Zukunft darauf ankommen, Aufgabenformate und Beobachtungssettings zu entwickeln, die nicht nur einzelne SchülerInnen erfassen, wie dies etwa auch bisher durch LehrerInnen-SchülerInnen-Gespräche geschehen ist, sondern die in regelmäßigen Abständen auch die Lerngruppe als Ganzes erfassen, um über (Teil-)standardisierte Herangehensweisen individuelle Rückmeldungen von allen SchülerInnen einer Klasse zu erhalten.⁶ Erste Versuche in diese Richtung in der

**Gezielte
Interven-
tionen**

Schulpraxis der gymnasialen Unterstufe haben gezeigt, dass auf diese Weise zentrale Teile des historischen Denkens hinsichtlich ihrer jeweils individuellen Ausprägungen bei den Lernenden abgefragt werden können,⁷ um im Anschluss durch gezielte Interventionen an vertiefenden Aspekten arbeiten oder erkannte Defizite des Schülerdenkens oder der Unterrichtsgestaltung ausgleichen zu können. Durch diagnostische Vergleichsarbeiten können daher Einblicke in die heterogenen Lernstandsleistungen gewonnen werden, um davon ausgehend differenzierte und individualisierte Lernangebote machen zu können. Neben derartigen meist überraschenden Einblicken über Paper-Pencil-Verfahren in das fachliche Denken aller SchülerInnen einer Klasse, die meist in testartigen Anordnungen erhoben werden,⁸ sollten aber auch andere Formen von Rückmeldungen als diagnostische Gradmesser herangezogen werden, die per se ein verstärktes individuelles Arbeiten der einzelnen Lernenden einfordern und bei entsprechender Dokumentation des Lernprozesses bzw. der Ergebnisfindung und -begründung auch Rückschlüsse auf die individuellen prozesshaften Lernwege zulassen. Dazu zählen nach Bodo von Borries etwa (a) kumulative Vorlagen, welche Einblicke in den gesamten Lernprozess ermöglichen (Lerntagebücher, Portfolios, Themenmappen o.Ä.), (b) aktive (schriftliche, mündliche oder bildliche) Präsentationen eines konkreten Analyse- oder Syntheseergebnisses (Referate, Essays, Rezensionen, Darstellungen/Narrationen), (c) Arbeitsberichte oder Produkte, die im Rahmen eines Projektes erstellt wurden, (d) Vollzug eines Rollen-, Plan-, Theaterspiels, (e) langfristige Beobachtungen der individuellen und teammäßigen Arbeitsweise sowie (f) die Durchführung von geschichtskulturellen (Geschichts-)philosophischen Aktivitäten außerhalb des Klassenzimmers.⁹

**Dokumen-
tation des
Lernprozesses**

Das Portfolio – Hinweise zu einem möglichen Diagnoseinstrument

Geschickt genutzte Lernportfolios könnten für eine fachdidaktische Diagnostik, die sich auf stark individuelle Lernfortschritte einlässt, einen wertvollen Beitrag leisten, vor allem dann, wenn in ihnen nicht nur einmalige punktuelle Outputs (z.B. eine einmalige Inter-

pretation einer bildlichen Quelle) gesammelt, sondern auch gezielt geplante, prozessorientierte Ergebnisse festgehalten werden (z.B. komplexere und zeitlich anspruchsvollere Arbeitsaufgaben, die bereits bekannte Zugänge oder Kenntnisse wiederaufnehmen).¹⁰ Für eine solche Diagnose, die eben stets auch die fachdidaktische Progression im Rahmen des historischen und politischen Lernens im Auge behält, sind Prozessportfolios vor allem dann von Nutzen, wenn es durch sie gelingt, eine domänenspezifische Kompetenzentwicklung kontinuierlich zu dokumentieren, um sie im zeitlichen Verlauf beobachtbar zu machen. So könnte man Übungen zu einer bestimmten (Teil-)Kompetenz zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Schuljahr als Portfolioarbeiten konzipieren, die versuchen, den Transfer (also das Nutzen von „altem“ Wissen zur Lösung „neuer“ Probleme¹¹) sowie die damit verbundenen Denkprozesse der SchülerInnen systematisch offenzulegen. Die LehrerInnen würden auf diese Weise die Chance erhalten, die Leistungen desselben Schülers/derselben Schülerin über mehrere Monate hinweg zu beobachten, um Rückschlüsse auf den individuellen Kompetenzerwerb ziehen zu können. Verwendet man so erhobene diagnostische Beobachtungen als LehrerIn in einer auf die eigene Unterrichtsarbeit rückbezogenen Art und Weise, wird man nicht nur über das Kompetenzniveau der Lernenden informiert, sondern erhält auch Informationen zur Verbesserung der didaktischen und methodischen Gestaltung des eigenen Unterrichts.¹²

Prozessorientierte Ergebnisse dokumentieren

Domänen-spezifische Kompetenzentwicklung

Verbesserung des Unterrichts

Diagnostische Kompetenz von Lehrkräften

„Wer als Lehrerin, als Lehrer historisches Lernen anbahnen will, muss in der Lage sein, die Standorte und Denkwege der Schülerinnen und Schüler zu erkennen. Wer das Geschichtsverständnis von Lernenden fördern möchte, muss deren Geschichtsbewusstsein in den Blick bekommen. Dafür sind diagnostische Kompetenzen notwendig.“¹³

Fokus Geschichtsbewusstsein

Die Bereitschaft von Lehrpersonen zur fachdidaktischen Diagnostik erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit möglichen Beobachtungsaspekten. Um eine fachdidaktische Diagnose durchführen und nutzen zu können, benötigen FachlehrerInnen ein domänenspezifisches Kompetenzmodell, eine ausreichende Vorstellung über mögliche Niveaustufen der dort ausformulierten Kompetenzbereiche¹⁴ sowie „Metawissen, um auf gewonnene Diagnoseergebnisse kompetent zu reagieren, geeignete Arbeitsmittel und Handlungsspielräume und Organisationsstrukturen, um das, was man als richtig und wichtig erkannt hat, auch nachhaltig umzusetzen“¹⁵.

Für Diagnose notwendige Kompetenzen

Oft ist die zentrale Herausforderung, einen ausreichend operationalisierbaren Bereich zu identifizieren, der beobachtet werden kann. Vage Zielsetzungen (wie z.B. „Kritik“ oder „Verantwortung“) sind dafür im Politik- und Geschichtsunterricht ungeeignet.¹⁶ Versucht man jedoch etwa zu beobachten, ob den SchülerInnen durch ihre sprachlichen Äußerungen bewusst ist, dass Erzählungen über die Vergangenheit (etwa die der Lehrperson, des Schulbuches oder die eignen) selektive, partielle und retrospektive Re-Konstruktionen darstellen, kann an den Besonderheiten solcher Darstellungen sprachlich, inhaltlich und methodisch gearbeitet werden, um ein tieferes Verständnis für die geschichtstheoretischen Grundlagen des historischen Denkens zu gewinnen.¹⁷ Ähnliches gilt auch für die Diagnose von methodischen Kompetenzen (z.B. Interpretation einer Karikatur)¹⁸. Instrumente wie etwa Kompetenzraster, die nach systematischen Beobachtungen durch die Lehrperson standardisierte Rückmeldungen über den Lernstand für die SchülerInnen bieten, ermöglichen eine zeitökonomisch angelegte fachdidaktische Diagnose.

Identifikation des Diagnosebereichs

Kompetenzraster

Verfügt eine Lehrperson über ausreichende fachdidaktisch-diagnostische Kompetenzen, ist es ihr möglich, (a) individuelle domänenspezifische Kompetenzniveaus von SchülerInnen festzustellen, (b) die in Klassen vorhandene Streuung von unterschiedlichen domänenspezi-

Mögliche positive Ergebnisse fischen Kompetenzniveaus zu erkennen, (c) fachspezifische Lernaufgaben hinsichtlich ihrer Bewältigung vor dem Hintergrund der unterschiedlichen domänenspezifischen Kompetenzniveaus der SchülerInnen zu gestalten, sowie (d) deren (Nicht-)Bewältigung – auch unter Einbeziehung des sozialen Settings der Lernenden – zu ergründen.¹⁹ Dass dafür neben fachdidaktischen auch pädagogische und psychologische Kenntnisse eine Rolle spielen, ist selbstredend.²⁰

- 1 Fachgruppe Chemieunterricht/Gesellschaft Deutscher Chemiker: Diagnostizieren und Fördern im Chemieunterricht. Frankfurt/Main 2008, S. 4.
- 2 Vgl. Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Geschichtsunterricht. Offenes Lernen in Theorie und Praxis. Schwalbach/Ts. 2011, S. 6ff.
- 3 Vgl. Jäger, Reinhold S.: Diagnostische Aufgaben und Kompetenzen von Lehrkräften, in: Handbuch Unterricht, hrsg. v. K.-H. Arnold, U. Sandfuchs u. J. Wiechmann. Bad Heilbrunn 2006, S. 631–638, S. 632.
- 4 Conrad, Franziska: Diagnostizieren im Geschichtsunterricht, in: Geschichte Lernen 116/2007, S. 2–11, hier S. 4.
- 5 Taubinger, Wolfgang/Windischbauer, Elfriede: Das Thema Aufgabenstellung in einem kompetenzorientierten Unterricht im Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung, in: Kompetenzorientierter Unterricht in Geschichte und Politischer Bildung. Diagnoseaufgaben mit Bildern, hrsg. v. H. Ammerer u. E. Windischbauer. Wien 2011, S. 4–11, hier S. 5.
- 6 Vgl. dazu etwa Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Was passiert im Klassenzimmer? Methoden zur Evaluation, Diagnostik und Erforschung des sozialwissenschaftlichen Unterrichtes. Schwalbach/Ts. 2011
- 7 Vgl. Kühberger, Christoph: Diagnose als Herausforderung im Geschichtsunterricht. De-Konstruktion in der Schulpraxis, in: 7. Österreichischer Zeitgeschichtstag 2008. 1968 – Vorgeschichte – Folgen. Bestandaufnahmen der österreichischen Zeitgeschichte, hrsg. v. I. Böhler et al. Innsbruck–Wien 2010, S. 639–646. – Es handelte sich dabei um ein anzufertigendes Essay.
- 8 Vgl. Ammerer, Heinrich/Windischbauer, Elfriede (Hrsg.): Kompetenzorientierter Unterricht in Geschichte und Politischer Bildung. Diagnoseaufgaben mit Bildern. Wien 2011
- 9 Borries, Bodo von: Empirie. Ergebnisse messen (Lerndiagnose im Fach Geschichte), in: Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik, hrsg. v. A. Körber, W. Schreiber u. A. Schöner. Neuried 2007, S. 653–673, hier S. 666f. – Die hier angeführten Zugänge sind weit zeitintensiver als punktuelle Testungen, geben jedoch bei einer systematischen Beobachtung unter einer theoriegeleiteten Perspektive gute Einblicke in die Denk- und Lernprozesse der SchülerInnen. Werden derartige „Leistungen“ nicht nur beurteilt (Bewertung/Benotung), sondern eben im Sinn der fachdidaktischen Diagnostik genutzt und weiterentwickelt, ergeben sich Chancen für eine positive Unterrichtsentwicklung seitens des oder der Lehrenden, aber eben auch für die Anbahnung eines höheren Kompetenzniveaus auf Seiten der Lernenden.
- 10 Zur Portfolioarbeit vgl. Adamski, Peter: Portfolio für den Anfängerunterricht, in: Geschichte lernen 96/2003a, S. 29–33; Häcker, Thomas/Winter, Felix: Portfolios – ein Beitrag zur Demokratisierung des Lernens und der Leistungsbeurteilung, in: Beutel, Silvia-Iris/Beutel, Wolfgang (Hrsg.): Beteiligt oder bewertet? Leistungsbeurteilung und Demokratiepädagogik. Schwalbach/Ts. 2010, S. 292–309; Kühberger/Windischbauer, Individualisierung und Differenzierung, S. 35ff.
- 11 Mürwald-Scheifinger, Elisabeth/Weber, Waltraud: Kompetenzorientierter Unterricht. Sekundarstufe I. Mathematik, in: Kompetenzorientierter Unterricht in Theorie und Praxis, hrsg. v. bifie. Graz 2011, S. 109–137, hier S. 117.
- 12 Vgl. Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph: Geschichte und Politische Bildung – ein Fächerverbund, in: Historische Sozialkunde 1/2009, S. 3–13, hier S. 9.
- 13 Gautschi, Peter: Geschichte lehren. Lernwege und Lernsituationen für Jugendliche. Buchs 2005, S. 11.
- 14 Die Niveaustufen werden in vielen Kompetenzmodellen normativ festgesetzt. Das österreichische Kompetenzmodell für politische Bildung geht von einem Lernkorridor aus, der durchschritten werden muss. – Vgl. Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede et al.: Die in der politischen Bildung zur erwerbenden Kompetenzen. Wien 2008, S. 10ff. – Vgl. zur Graduierung der historischen Kompetenzen: Körber, Andreas: Graduierung. Die Unterscheidung von Niveaus der Kompetenzen historischen Denkens, in: Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik, hrsg. v. A. Körber, W. Schreiber u. A. Schöner. Neuried 2007, S. 415–472.
- 15 Kretschmann, Rudolf: Erfordernisse und Elemente einer Diagnostik-Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer, in: Journal für LehrerInnenbildung 2/2003, S. 9–19, hier S. 10f.
- 16 Borries, Empirie, S. 654.
- 17 Vgl. ein Beispiel zur Beobachtung sprachlicher Muster von SchülerInnen zur Beschreibung von Rekonstruktionszeichnungen in der 6. Schulstufe: Kühberger, Christoph: Rekonstruktionszeichnungen und historisches Lernen. Geschichts-didaktische Reflexionen zu Chancen und Problemen, in: Archäologie Österreichs 1/2008, S. 50–60. – Beobachtungen im Lehrgang „Unterrichtspraktikum“ an der Pädagogischen Hochschule Salzburg bei Lehrauftritten im Rahmen des Mentorings von JunglehrerInnen im Gymnasium haben gezeigt, dass SchülerInnen den Konstruktionscharakter von Geschichte sowohl theoretisch als auch sprachlich eher nachvollziehen, wenn die Lehrperson diesen im eigenen Unterricht positioniert, begreifbar macht und (sprachlich) vorlebt. So kann anhand von Unterrichtsbeobachtungen festgehalten werden, dass sich Lernende durch die Verwendung des Konjunktivs bei der Re-Konstruktion der Vergangenheit auf Seiten des Lehrers/der Lehrerin eingeladen fühlen, selbst über weitere zulässige Interpretationen der Quellen nachzudenken und Geschichte nicht als ein abgeschlossenes Projekt anzusehen. Die abwägende Haltung der Lehrperson wurde dabei oft übernommen.
- 18 Vgl. Krammer/Kühberger, Fächerverbund, S. 10ff. – Vgl. auch Windischbauer, Elfriede: Leistungen kompetenzorientiert diagnostizieren anhand von Karikaturen, in: Kompetenzorientierter Unterricht in Geschichte und Politischer Bildung. Diagnoseaufgaben mit Bildern, hrsg. v. H. Ammerer u. E. Windischbauer. Wien 2011, S. 50–51.
- 19 Vgl. Sander, Günther: Politikkompetenz. Eckpunkte eines Modells für LehrerInnen, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 30/2009, S. 61–64, hier S. 63; Sander führt auch die Diagnose des „Klassenmittels“ an, die jedoch vor dem Hintergrund der Erkenntnisse über die Heterogenität von Lernprozessen als überholte Illusion betrachtet werden sollte. – Vgl. Kühberger/Windischbauer, Individualisierung und Differenzierung, S. 6ff.
- 20 Vgl. Hascher, Tina: Diagnose als Voraussetzung für gelingende Lernprozesse, in: Journal für LehrerInnenbildung 2/2003, S. 25–30.

Alfred Germ

Medien und Politik – Mediennutzung

Bezug zum Informationsteil	„Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke“ und „Medien und Medienpolitik in Österreich – ein Überblick“
Zielgruppe	Sekundarstufe I, 8. Schulstufe; Sekundarstufe II, 11. Schulstufe. Die Unterrichtsbeispiele lassen sich für beide Sekundarstufen verwenden, es muss allerdings mit qualitativ unterschiedlichen Ergebnissen und Erkenntnissen gerechnet werden.
Lehrplanbezug	Grundsatzterlass zur Medienerziehung, der auf eine umfassende Medienbildung abzielt und die Pädagogik an sich als Medienpädagogik positioniert. ¹
Politische Kompetenzen	Medien-, Methoden-, Sach-, Urteilskompetenz. Durch die Beschäftigung mit dem Thema „Medien“ mittels der vorliegenden Unterrichtsbeispiele soll die Entwicklung von tatsächlicher Handlungskompetenz forciert werden.
Zentrale Fragestellungen	▶ Wie beeinflusst der Medienkonsum mein politisches Bewusstsein? ▶ Wie können SchülerInnen die Manipulationsmacht von Medien erkennen lernen? ▶ Welche analytischen Fähigkeiten sind zur kritischen Reflexion der Wirksamkeit von Medien erforderlich? ▶ Wie kann bewusstes Medienhandeln und bewusste Mediennutzung entwickelt werden? ▶ Wie können Neue Medien zur politischen Partizipation beitragen?
Medien und Globalisierung	Annäherung an das Thema Die Bedeutung der Medien in einer globalisierten Welt ist evident. Einerseits ist die mediale Entwicklung selbst ein wesentlicher Motor für den Prozess der Globalisierung, andererseits beeinflussen die globalen → Massenmedien die Meinungen und Weltbilder von Menschen immer stärker. Die Auswahl der Medien (bewusst oder unbewusst) und die Art und Weise der Mediennutzung beeinflussen dabei sowohl individuelle als auch kollektive Sichtweisen auf politische, wirtschaftliche, soziale oder ökologische Ausschnitte der Welt. Medien erschaffen daher erst Wirklichkeiten.
Kritisches Medienbewusstsein	Auch für SchülerInnen sind Medien zum selbstverständlichen und permanenten Bestandteil ihrer Lebenswelt geworden. Politische Bildung hat dabei in Hinblick auf die Entwicklung von politischer Mündigkeit die Aufgabe, zur Etablierung eines kritischen Medienbewusstseins beizutragen. ² Dieses Medienbewusstsein muss Bestandteil eines reflektierten und selbstreflexiven Politikbewusstseins sein. ³
Funktionen der Medien	Information, Kritik, Kontrolle und Unterhaltung zählen zu den wesentlichen Funktionen von Medien. Der Trend der letzten Jahre zeigt eine ganz starke Zunahme der Unterhaltungsfunktion. Die Kontrollfunktion von Medien wird mit der Begrifflichkeit „vierte Gewalt“ beschrieben. Medien haben zu informieren. Die Glaubwürdigkeit dieser Funktion geht zurück, wie Medieneinschätzungen zeigen. Kritik von Medien am herrschenden System und seinen Fehlentwicklungen kann zumindest in demokratisch verfassten Staaten praktiziert werden. Die Grenze zwischen Information und Manipulation durch Medien muss das Individuum finden. Politisch bildender Unterricht kann im Sinne der Entwicklung von politischer Mündigkeit dazu seinen Beitrag leisten.
Verlust an Glaubwürdigkeit	

FUNKTIONEN VON MEDIEN ¹			ARBEITSWISSEN
Funktion	Beschreibung	Beispiele	
Information	Medien sollen objektiv und verständlich über Politik berichten; sie sind Mittler zwischen Politik und BürgerInnen.	Qualitätsmedien wie BBC, ORF, „Der Spiegel“ oder „Die Presse“ erheben den besonderen Anspruch, Informationen zu liefern	
Herstellung von Öffentlichkeit	Durch die mediale Themensetzung (<i>Agenda Setting</i>) wird erst Öffentlichkeit erzeugt. Dies kann zur Aktivierung und Mobilisierung von BürgerInnen führen.	Kampagnen, „Sommerthemen“ zur Überbrückung nachrichtenarmer Zeit	
Kontrolle	Als „vierte Macht“ können sie Missstände in Politik und Wirtschaft aufzeigen.	Aufdeckungsjournalismus, Aufzeigen von Korruption und Amtsmissbrauch	
Kritik	Durch Kommentare, Leitartikel, Blogs besteht die Möglichkeit zur Kritik.	Leitartikel, Kommentare, Leserbriefe, Reportagen	
Unterhaltung	Das unterschiedliche Interesse des Publikums bedeutet Programmvielfalt.	Dominant bei privaten Anbietern, ist aber auch Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	
Konstruktion von Wirklichkeit	Medien stellen durch die Auswahl der Themen und deren Inhalte erst jene Wirklichkeit her, die dann konsumiert werden kann. So entsteht eine Vielzahl an subjektiven Abbildern von Welt, die als (un-)wahr, (un-)wirklich oder (un-)echt beschrieben werden können. ²	MedienmacherInnen und JournalistInnen entscheiden durch die Themenauswahl, was zur Wirklichkeit wird. Die Darstellung kann daher authentisch oder objektiv im Sinne von intersubjektiv (Darstellung kann unter den gleichen Voraussetzungen von mehreren Menschen in gleicher Weise nachvollzogen werden), aber auch sehr subjektiv und verzerrt sein.	

1 Filzmaier, Peter/Karmasin, Matthias/Klepp, Cornelia (Hrsg.): Politik und Medien. Medien und Politik. Wien 2006, S. 9–13
 2 http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/diverse/40_Weber.pdf (letzter Zugriff 18.7.2012)

Medienverhalten und Medienges- chichte

Methodisch-didaktische Hinweise

Das Medienverhalten von SchülerInnen in Kombination mit Mediengeschichte eignet sich als Themenstellung für den kompetenzorientierten Politikunterricht für alle Schulstufen sowie für den fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht. Die didaktischen Prinzipien politischer Bildung wie Lebensweltorientierung, Multiperspektivität, Kontroversität und Aktualität lassen sich an diesem Thema sehr gut anwenden. Das Unterrichtsprinzip der Medienerziehung und die übergeordnete Medienkompetenz stehen im Mittelpunkt der methodisch-didaktischen Umsetzung.

Sachkompetenz soll an Begriffen wie Telekratie, → *digital natives* oder → Massenmedien entwickelt werden. Das Beispiel „Öffentlichkeit“ eignet sich dabei hervorragend, um die Idee von Basiskonzepten in der politischen Bildung umzusetzen.⁴ Funktionen von Medien, Spielregeln der Medien, Typen der Mediennutzung, Interessen von MedienproduzentInnen und ein Analyseset zur Medienbeobachtung (M₄, dieses finden Sie in der Onlineversion) werden als Arbeitswissen zur Verfügung gestellt und/oder entwickelt.

SPIELREGELN DER MEDIEN¹

ARBEITSWISSEN

Spielregeln	Beispiele
Inszenierung	Politische Parteien inszenieren ihre Botschaften kameragerecht und volksnah. Dazu zählt etwa das Vereinfachen von politischen Botschaften.
Dramatisierung	Politische Ereignisse werden einer Dramatisierung unterzogen, um Aufmerksamkeit und Interesse zu wecken. Die Beiträge werden im Stil von Sportberichterstattung zum Bestandteil politischer Kampagnen.
Personalisierung	Politische Botschaften sind in der medialen Darstellung ganz stark an eine Person gekoppelt

1 Aus: Filzmaier, Peter: Politik und Politische Bildung. Wien 2007, S. 110–122

UNTERRICHTSBEISPIELE

UNTERRICHTSBEISPIEL 1

Warum denke ich, was ich denke?

Der Anteil der Mediennutzung zwischen Information und Manipulation

A₁

Schreibwerkstatt

Persönliche Mediennutzung

Beschreiben Sie Ihre persönliche Mediennutzung in einem kleinen Aufsatz (auch fächerübergreifend mit Deutsch) zunächst als Einzelarbeit. Erläutern Sie darin Ihr Medienverhalten hinsichtlich der benutzten Medien, der Nutzungsdauer und Ihrer Motivation nach bestimmten Formen von Mediennutzung. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse zunächst in PartnerInnenarbeit und anschließend in Gruppenarbeit.

Fragen

Beantworten Sie dazu jeweils folgende Fragen:

- ▶ Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede können Sie erkennen?
- ▶ Gibt es KritikerInnen Ihres Medienverhaltens?
- ▶ Können Sie die Kritik nachvollziehen? Wenn ja/nein – warum/warum nicht?
- ▶ Was war überraschend für Sie?
- ▶ Können Sie Ihr persönliches Medienverhalten den unterschiedlichen Typen von Mediennutzung zuordnen?

TYPEN VON MEDIENNUTZUNG (AUSWAHL)¹

ARBEITSWISSEN

MediennutzerInnen	Merkmale
<i>digital natives</i>	Personen, die mit digitalen Medien aufgewachsen sind
<i>digital immigrants</i>	Personen, die mit digitalen Medien erst im Erwachsenenalter in Berührung kamen
<i>SimultannutzerInnen</i>	Personen, die mehrere Medien sowohl digital als auch analog nutzen
<i>UnterhaltungsnutzerInnen</i>	Personen, deren mediales Nutzungsverhalten hauptsächlich der Unterhaltung und dem Entertainment gilt
<i>InformationsnutzerInnen</i>	Personen, deren Mediennutzung vorrangig zur Beschaffung von aktuellen Informationen dient

1 Zusammengestellt nach <http://www.marcprensky.com/writing/Prensky%20-%20Digital%20Natives,%20Digital%20Immigrants%20-%20Part1.pdf> und http://www.medialine.de/media/uploads/projekt/medialine/docs/bestellung_download/forschung/cn_archiv/cn120_praes_mediennutzungstypologie.pdf (letzter Zugriff 18.7.2012)

A₂

Sozialisation des Individuums

Beeinflussung durch Medien: Warum denke ich, was ich denke?

Einstellungen und Meinungen werden durch persönliche Erfahrungen, die persönliche und politische Umwelt und damit vor allem durch den medialen Einfluss geprägt. Man spricht von der Sozialisation des Individuums und verbindet damit die Vorstellung, „dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Menschen aufwachsen und leben, ihre Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig beeinflussen“⁵.

Einzelarbeit

1) Überlegen Sie, welche Meinungen und Positionen Sie zu den Themenfeldern in der Tabelle M₃ (Sie finden diese in der Onlineversion) von „Familie“ bis „Freizeit“ haben. Notieren Sie in Einzelarbeit jeweils zwei dieser Meinungen in der Tabelle M₃. Es gibt kein „richtig“ und kein „falsch“. In der Spalte Sozialisation notieren Sie Vermutungen darüber, wer oder was Sie in diesem Prozess der Meinungsbildung beeinflusst haben könnte. Beispiele können sein: Familie, Bekannte, Freunde, Reisen, Filme, Bücher, Dokumentationen, diverse Medien.

PartnerInnen- und Gruppenarbeit

2) Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse der Einzelarbeit zunächst in PartnerInnenarbeit und anschließend in Gruppenarbeit und beantworten Sie folgende Fragen:

- ▶ Wo gibt es Übereinstimmungen? Wo liegen Differenzen vor?
- ▶ Warum vertreten andere SchülerInnen gleiche, ähnliche oder gegensätzliche Meinungen und Positionen?
- ▶ Welche Ursachen im Rahmen der Sozialisation werden genannt?
- ▶ Welche Bedeutung spielen dabei Medien?

Präsentation

3) Je nach Klassengröße werden zu ausgewählten Themen Kleingruppen gebildet. Jede Gruppe gestaltet zu ihrem Thema ein Plakat mit allen Positionen und Meinungen, die dazu in der Klasse geäußert wurden. In der Präsentationsphase werden 3 bis 4 Beispiele in der Klasse vorgestellt.

Reflexionsphase

4) In der Reflexion vor der ganzen Klasse sollen mögliche Formen der Beeinflussung und/oder Manipulation vor allem der Medien unter Anleitung des Lehrers/der Lehrerin thematisiert werden. Was bedeuten unter dieser Perspektive „Bildung“ und „Urteilsfähigkeit“ für Sie?

A₃

Emotionales Thema Medien

Semantisches Differenzial: Medien zwischen Kulturpessimismus und *digital natives*

Das Thema Medien und ihre Nutzung durch Jugendliche ist nicht selten emotional besetzt und wird kontrovers diskutiert. Der Spannungsbogen reicht dabei von kulturpessimistischen Positionierungen bis hin zur Überhöhung und Bewunderung einer technik- und medienaffinen Jugend, die als → *digital natives* beschrieben werden.⁶ Um einen Überblick in der Klasse zur Einstellung zum Thema Medien zu erhalten, eignet sich ein sogenanntes Semantisches Differenzial.

Semantisches Differenzial

1) Sie entwerfen zunächst Ihr eigenes Semantisches Differenzial zum kontroversen Thema Medien. Sie kreuzen dabei auf der Werteskala (M₁) für jedes Begriffspaar ihre persönlichen Einschätzungen zwischen +3 und -3 an und verbinden Ihre Ergebnisse, sodass ein Gesamtprofil entsteht.

Vergleich

2) Anschließend vergleichen Sie die Ergebnisse in PartnerInnen-, dann in Gruppenarbeit. Sie diskutieren Ihre Ergebnisse und beantworten dazu folgende Fragen:

- ▶ Warum gibt es unterschiedliche Profile unter den SchülerInnen?
- ▶ Welche Ursachen können für die unterschiedlichen Einstellungen genannt werden?
- ▶ Welche Bedeutung haben Freunde, Eltern, Bekannte, Medien bei der Bewertung?
- ▶ Welchen Zusammenhang kann man zur eigenen Mediennutzung herstellen?

- ▶ Was bedeutet dies für die Urteilsfähigkeit?
- ▶ Welchen Sinn ergeben daher Aussagen wie: „Das ist nicht normal“, „Das ist die Wahrheit“, „Es gibt keine Alternative“, „Das ist Fakt“, ...?

Anonymisiertes Meinungsbild

Um ein Meinungsbild der gesamten Klasse anonymisiert zu erhalten, werden die einzelnen Semantischen Differenziale in der Klasse unter den SchülerInnen mehrmals ausgetauscht, sodass kein Schüler und keine Schülerin das eigene Ergebnis besitzt. Entlang einer gedachten Linie von -3 bis +3 stellen sich die SchülerInnen in der Klasse nach dem jeweiligen gegensätzlichen Begriffspaar auf. Ein/e SchülerIn hält die Ergebnisse fest. Welche Tendenzen sind in der Klasse zum Thema Medien erkennbar?

Nachbearbeitung

- 3) Follow-up:
- Sie verteilen die semantischen Differenziale (M_1) unter Ihrer Eltern- und/oder Großelterngeneration. Sie können dazu auch eine Straßenbefragung durchführen und zur Auswertung Kategorien bilden (Alter, Geschlecht, formaler Bildungsgrad, ...).
 - Sie legen diese Semantischen Differenziale in der Klasse vor. Die ausgefüllten Differenziale der jeweiligen Erhebungsgruppen werden in der Klasse unter den SchülerInnen ausgetauscht und die Meinungsbilder entlang der gedachten Linie von +3 bis -3 eingeholt. Im Vergleich werden die unterschiedlichen Positionen der Generationen und anderer Erhebungsgruppen sichtbar werden.
 - Sie können eine Zuordnung zu den unterschiedlichen Typen der Mediennutzung vornehmen. Welche Aussagen im Sinne empirischer Sozialforschung zum Thema Medien können getätigt werden?

A₄

Vergleich

Einzelarbeit

Nach der Bearbeitung der Teilaufgaben A₁, A₂ und A₃ vergleichen Sie die Ergebnisse von A₂ und A₃. Fassen Sie die gewonnenen Erkenntnisse über das Mediennutzungsverhalten der untersuchten Gruppen in einem Artikel für ein fiktives Medienportal zusammen.

INTERESSEN VON MEDIENPRODUZENTEN			A	R	B	E	I	T	S	W	I	S	S	E	N
Öffentlich-rechtliche Interessen	Informations- und Bildungsauftrag	Staatliche oder halbstaatliche Medien (ORF)													
Marktrelevante Interessen	Konsum wecken	Privatsender, Werbung													
Ideologische Interessen	Manipulation und Indoktrination	Autoritäre und totalitäre Systeme, religiöse Medienformate													

Quelle: Eigene Darstellung

UNTERRICHTSBEISPIEL 2

Streiten lernen – mit Medienbegriffen die Medienwelt begreifen (Sachkompetenz)

Kontroversitätsprinzip

Seit dem Beutelsbacher Konsens⁷ gilt das Kontroversitätsprinzip als wesentliche Leitlinie für den Politikunterricht. Was daher in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kontrovers ist, muss auch im politisch bildenden Unterricht kontrovers dargestellt und diskutiert werden. SchülerInnen sollen dabei lernen, dass Konflikt und Kontroversität wesentliche Kerneigenschaften des Politischen sind und es zumindest in demokratischen Systemen durch Wahlen und unterschiedliche Formen der Mitbestimmung und Konsensfindung zur Herstellung von verbindlichen Regeln kommt. Die Etablierung einer konstruktiven Streitkultur sollte daher Ziel von politisch bildendem Unterricht sein. Um sachlich argumentieren zu können, sind aber Sachkenntnisse die Voraussetzung.

A₁

Arbeitsaufgabe

- | | |
|-----------------------------------|--|
| Recherche | 1) Die SchülerInnen recherchieren zur Festigung von Sachkompetenz für den Bereich Medien unter Angabe der Internetquellen die in M ₂ fett gedruckten Begriffe und erstellen dazu ein Glossar. Dafür kann die Wikiplattform www.polipedia.at verwendet werden. |
| Beurteilung und Diskussion | 2) Anschließend bewerten sie die in M ₂ formulierten Aussagen zu den Medien zunächst in Einzelarbeit (von „Stimme absolut nicht zu“ bis „Stimme absolut zu“) und diskutieren die Ergebnisse in der Klasse in Form einer offenen Diskussion unter Anleitung der Lehrerin/des Lehrers. Zur Beantwortung folgender Fragen werden von dem/der LehrerIn DiskussionsbeobachterInnen bestimmt. |
| Fragen | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Ist Kontroversität erwünscht? ▶ Welche Aussagen werden dabei besonders kontrovers diskutiert? ▶ Welche Argumente werden angeführt? ▶ Wie überzeugend sind die Argumente? ▶ Welche Ursachen können dafür genannt werden? |

- 1 <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/5796/medienerziehung.pdf> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 2 Vgl. Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte Modelle Praxisbeispiele. Wien-Köln-Weimar 2010, S. 276f.
- 3 Vgl. http://www.politischebildung.com/pdfs/29_basis.pdf (letzter Zugriff 18.7.2012)

- 4 Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Schwalbach/Ts., 2008
- 5 Veith, Hermann: Sozialisation. München 2008, S. 7
- 6 Vgl. <http://www.marcprensky.com/> (letzter Zugriff 18.7.2012)
- 7 <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (letzter Zugriff 18.7.2012)



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie eine umfangreichere Version dieses Beitrags, in der auch auf die Relevanz der Beschäftigung mit Medien für die politische Handlungs-, Urteils- und Methodenkompetenz eingegangen wird. Außerdem finden Sie in der Onlineversion weitere Unterrichtsbeispiele:

- ▶ Unterrichtsbeispiel „Medien und Politik – Vergleich von Medien: ORF, ATV, ZDF, RTL, CNN“
- ▶ Unterrichtsbeispiel „Szenariotechnik – Neue Medien und Partizipation“

Zusätzlich finden Sie in der Onlineversion folgende Materialien zu den im Heft abgedruckten Unterrichtsbeispielen:

- ▶ M₃ Analyse von Themenfeldern
- ▶ M₄ Analyseset zur Medienbeobachtung
- ▶ M₅ Medienkritik

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ Medien sind ...

	-3	-2	-1	0	+1	+2	+3	
schlecht								gut
laut								leise
unbekannt								bekannt
altmodisch								modern
unerwünscht								erwünscht
unangenehm								angenehm
manipulativ								informativ
einschränkend								bereichernd
fremd								vertraut
überflüssig								notwendig
langweilig								interessant
unseriös								seriös
kompliziert								einfach
gleichmachend								differenzierend
egal								wichtig
rücksichtslos								rücksichtsvoll
lokal								global
emotional								sachlich
konfliktreich								harmonisch
unwichtig								bedeutsam
langsam								schnell
unverständlich								verständlich
offensiv								vorsichtig
schlicht								auffällig
undemokratisch								demokratisch
angepasst								kritisch

Arbeitsaufgabe:

- Kreuzen Sie auf der Werteskala für jedes Begriffspaar Ihre persönliche Einschätzung an und verbinden Sie die Ergebnisse mit einer Linie.

M₂ Medienbegriffe begreifen					
	Stimme absolut nicht zu	Stimme nicht zu	Keine Angabe	Stimme zu	Stimme absolut zu
Die Inszenierung von Politik ist ein historisches Phänomen und hat nur die Formen gewechselt					
Web 2.0 macht die Funktion von Medien als 4. Gewalt im Staate überflüssig					
Die Entwicklung der Massenmedien trägt zur Politik(erInnen)verdrossenheit der Jugend bei					
Politainment leistet einen positiven Beitrag zur Aufklärung und politischen Bildung von BürgerInnen					
Ein wesentliches Element moderner Demokratien ist die Dimension Öffentlichkeit					
Ältere BürgerInnen müssen mit den neuen Kommunikationsmedien nicht vertraut sein					
Erfolgreiche Politik benötigt keine Nutzung der Medien					
Medienberichterstattung ist stets objektiv					
Wahlwerbespots sollten in der Medienberichterstattung verboten werden					
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat im 21. Jahrhundert seine Legitimation verloren					
Medien dienen ausschließlich der Informationsbeschaffung					
Die Sozialisation eines Kindes prägt das Medienverhalten					
Die Konzentration im Medienbereich führt zu einer Angleichung der Medienberichterstattung					
Der Anteil Neuer Medien an den arabischen Revolutionen war besonders bedeutend					
Die Kontrolle der Medien in autoritären Staaten ist zentrales Element für den Machterhalt					
e-democracy führt zu einer Repolitisierung junger WählerInnen					

Heinrich Ammerer

Klarmachen zum Ändern? Der Streit zwischen NetzipiratInnen und UrheberInnen

Bezug zum Informationsteil	„Piratenparteien“
Zielgruppe/Alter	8. Schulstufe und Sekundarstufe II
Lehrplanbezug (AHS-Unterstufe)	„Da das alltägliche Leben von politischen Entscheidungen und Kontroversen beeinflusst wird, soll Politische Bildung einerseits zu einer selbstständigen, begründeten und möglichst sach- und wertorientierten Beurteilung politischer Entscheidungen, Probleme und Kontroversen befähigen und es andererseits schrittweise ermöglichen, sich selbst (Teil-) Urteile zu bilden und zu formulieren. /.../ Der Unterricht soll die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischem Handeln fördern. Dazu ist es erforderlich, eigene Positionen zu artikulieren, Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen sowie an der gemeinsamen Entwicklung von Lösungen mitzuwirken. Diese für politisches Handeln zentralen Fähigkeiten sind anhand konkreter Beispiele, etwa durch Simulationsspiele und im Rahmen der Einrichtungen der Schuldemokratie, zu vermitteln. /.../ Im besonderen Maße ist hierbei von der Erlebnis- und Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler auszugehen.“¹
Kompetenzen	Urteilskompetenz, Handlungskompetenz
Zentrale Fragestellungen	▶ Welcher Konflikt besteht zwischen den ProduzentInnen digitaler Inhalte und den NutzerInnen? ▶ Wie könnte dieser Konflikt gelöst werden?
Anlass für Konfliktanalyse	Annäherung an das Thema In der europäischen Netzpolitik ist derzeit das Thema „Urheberrecht“ Gegenstand hitziger Debatten. Die Urheberrechtsdebatte, die seit dem Frühjahr 2012 in Deutschland vehement geführt wird, bietet sich als Anlassfall für eine Konfliktanalyse im Unterricht an, da sie die Erfahrungswelt vieler SchülerInnen und ihre Interessen unmittelbar berührt. Das Mediennutzungsverhalten der → <i>digital natives</i> (Personen, die mit digitalen Technologien wie Computern, dem Internet, Mobiltelefonen und MP3-Player aufgewachsen sind) konfliktiert bekanntlich bisweilen mit den rechtlichen Rahmenbedingungen, die das althergebrachte Urheberrecht vorsieht. Vor allem Filme werden – wie man es vom Fernsehen her kennt – mittlerweile zu einem nicht unerheblichen Teil als Streams (z.B. bei YouTube.com) konsumiert oder heruntergeladen, ebenso Musikalben, E-Books, TV-Serien und Hörbücher.² Der Harvard-Ökonom Felix-Oberholzer-Gee schätzt, dass heutige Jugendliche „in der Regel mehr urheberrechtlich geschützte Musik heruntergeladen als gekauft“ haben.³
Unklare Grenzen für Filesharing	Für Jugendliche wie Erwachsene ist das Thema Filesharing (Kopieren digitaler Inhalte) auch deshalb von Interesse, weil kaum klare Grenzen definiert sind: Wo endet der legale, wo beginnt der illegale Raum? Welche Musikdateien darf ich auf welcher Plattform in welcher Form konsumieren? Darf ich fremde Textfragmente oder Bilder in einer eigenen Arbeit oder auf meiner eigenen Homepage verwenden? Darf ich Filme mit fremder Musik unterlegen oder mit fremden Filmszenen mischen? Darf ich Kopien meiner Mediendateien

machen, darf ich sie jemandem leihen, darf ich sie verkaufen? Darf ich Konzerte mit-schneiden? Darf ich Musik aus Internetradios aufnehmen? Fragen dieser Art sind juristisch derzeit nur schwer beantwortbar, da ausjudizierte Fallbeispiele in Österreich fehlen – viel ist daher die Rede vom „Graubereich“, in dem sich Filesharing abspielt. Im Zentrum des Unterrichtsbeispiels stehen daher nicht die rechtlichen Fragestellungen zum Ist-Zustand, sondern die politischen zum Soll-Zustand.

Methodisch-didaktische Hinweise

ACTA und die Piratenpartei

Das Unterrichtsbeispiel bezieht sich auf den Streit um das Urheberrecht, der sich im Frühjahr 2012 mit den Erfolgen der deutschen Piratenpartei und den heftigen Protesten gegen das internationale Handelsabkommen ACTA (mit dem geistiges Eigentum besser geschützt werden soll) verschärft hat.

Konflikt einordnen

Um den Konflikt einordnen zu können, werden zunächst die Konfliktparteien (UrheberInnen/VerwerterInnen und NutzerInnen) und ihre Interessen herausgearbeitet. Anschließend wird in Form einer erweiterten Konfliktanalyse⁴ der aktuelle Streit rund um Internetpiraterie und Urheberrecht erfasst.

Lösungsversuch

Im letzten Schritt wird nach Lösungen für den Konflikt gesucht. Das Unterrichtsbeispiel benötigt, sofern zur Gänze umgesetzt, etwa zwei Unterrichtseinheiten, es können aber auch einzelne Schritte (Einstieg, Stellungnahmen) entfallen.

UNTERRICHTSBEISPIEL

Einstieg Alltag und Lebenswelt

Vorbereitung und Einstieg

Für die Konfliktanalyse günstig erscheint bei diesem Thema ein Einstieg, der an den Alltag und an die Lebenswelt der SchülerInnen anknüpft. Hierfür eignete sich beispielsweise die Vorführung verschiedener Medieninhalte in Verbindung mit der Frage, welche Umgangsweisen mit diesen Inhalten wohl erlaubt sind und welche nicht, Zeitungsberichte über hohe Strafzahlungen wegen illegalen Filesharings (etwa der Fall eines österreichischen Schülers, der 2011 wegen des illegalen Teilens von Film- und Musikinhalten auf seiner Website eine Entschädigung von 50.000 Euro zahlen musste)⁵ oder Kuriosa wie die aktuelle Meldung, dass in Kanada bei Hochzeiten künftig Gebühren für das Abspielen von kommerziellen Musiktiteln eingehoben werden sollen (tanzen die Festgäste zur Musik, werden die Gebühren verdoppelt).⁶

Hausaufgabe Umfrage

Die hier vorgestellte Möglichkeit zielt darauf ab, die persönliche Mediennutzung der SchülerInnen, ihre Einstellung zur Legalität und ihr Wissen über die rechtliche Situation zu thematisieren und in Form einer Umfrage (siehe Fragebogen M₁ bei den Materialien und kopierfähigen Vorlagen) zu erheben. Um Befangenheit zu vermeiden und möglichst ehrliche Antworten zu erhalten, geben die SchülerInnen nicht über sich selbst Auskunft, sondern erhalten zur Stundenvorbereitung die Hausaufgabe, eine anonyme Umfrage unter mindestens zwei anderen SchülerInnen an ihrer Schule (nicht aus derselben Klasse) durchzuführen.

Auswertung im Plenum

Die Ergebnisse werden im Plenum gesammelt, gemeinsam ausgewertet und besprochen. Sie offenbaren erfahrungsgemäß, dass ein nicht geringer Teil der SchülerInnen Inhalte illegal konsumiert/verarbeitet und ein großer Teil sich über die rechtliche Situation schlecht informiert sieht.

Vorwissen

Zudem wird gemeinsam der Vorwissensstand der SchülerInnen erhoben: Was ist über das Thema Filesharing bekannt, was wird vermutet? Das Arbeitswissen „Urheberrecht und Filesharing“ dient dazu, einige Grundbegriffe zu erläutern.

URheberRECHT UND FILESHARING

ARBEITSWISSEN

Das Urheberrecht entwickelte sich in Europa seit dem 19. Jahrhundert und schützt das geistige Eigentum der SchöpferInnen („UrheberInnen“) von Literatur, Kunstwerken, wissenschaftlichen Arbeiten und Software. Wenn jemand ein Werk (Texte, Lieder, Bilder, Filme etc.) mit ausreichend „schöpferischer Höhe“ erstellt, erhält er/sie auch automatisch das ausschließliche Nutzungsrecht daran. Nach dem Tod der Urheberin/des Urhebers geht dieses Recht an die ErblInnen über und „erlischt“ erst nach 70 Jahren – das Werk wird gemeinfrei, also frei nutzbar.

In Österreich unterscheidet man hauptsächlich zwischen **Urheberpersönlichkeitsrechten**, welche die Beziehung zwischen UrheberIn und Werk regeln (z.B. das Recht, das Werk zu verändern und seinen Titel zu bestimmen), und Verwertungsrechten, welche die Nutzung des Werks betreffen (z.B. das Recht auf Vervielfältigung, Vermietung oder Ausstellung). **Verwertungsrechte** können an andere (z.B. an Verlage) übertragen werden. SchriftstellerInnen treten beispielsweise ihre Verwertungsrechte an ihrem Manuskript an einen Verlag ab, der daraus ein Buch produziert und den Autor/die Autorin wiederum am Verkaufserfolg beteiligt. Viele UrheberInnen lassen ihre Verwertungsrechte auch von speziellen **Verwertungsgesellschaften** wahrnehmen, die Geld für die Nutzung des Werkes (z.B. das Abspielen von Liedern im Radio) einsammeln und an die UrheberInnen auszahlen.

In Österreich verteilen die Verwertungsgesellschaften auch die Einnahmen aus den **Urheberrechtsabgaben**. Das sind Abgaben, die jeder Konsument/jede Konsumentin beim Kauf von Medien, die zum Vervielfältigen geschützter Werke geeignet sind (z.B. Festplatten, CD-Rohlinge, Speicherkarten), automatisch entrichtet. – Im Gegenzug ist es den NutzerInnen erlaubt, **Privatkopien** von urheberrechtlich geschützten Werken zum eigenen Gebrauch anzufertigen.

Unter **Filesharing** wird das private Anbieten und Herunterladen von Medieninhalten im Internet verstanden. Obwohl Filesharing auch gänzlich legal sein kann (nämlich wenn keine rechtlich geschützten Inhalte getauscht werden oder die Erlaubnis zum Tausch vorliegt), wird mit dem Begriff hauptsächlich das unerlaubte Kopieren von urheberrechtlich geschützten Werken bezeichnet.

In Österreich ist momentan (Stand: Mai 2012) jedenfalls der Upload, also das unerlaubte Zur-Verfügung-Stellen von Dateien im Internet, illegal und strafbar. Dies geschieht beispielsweise, wenn jemand in Tauschbörsen Musik herunterlädt und das Programm gleichzeitig Inhalte des Users zur Verfügung stellt, oder wenn auf Webpages unerlaubt Medien (z.B. Bilder) verfügbar gemacht werden. Auch ist eine unerlaubte gewerbliche Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken verboten. Ob auch der private Download von Dateien und das Ansehen bzw. Anhören von Video- und Audioinhalten durch Streaming-Techniken als illegal anzusehen ist, ist unter JuristInnen derzeit noch umstritten.¹

¹ Vgl. u.a. Krause, Sebastian: Downloads: „Österreichische Rechtslage ist nicht eindeutig“. Interview mit dem Rechtsinformatiker Christian Bergauer, in: Kleine Zeitung Online, 19.2.2009, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/multimedia/1794634/index.do> (letzter Zugriff 5.7.2012); Riegler, Birgit: Ist es strafbar, Musik oder Filme aus dem Netz zu laden? Interview mit Andreas Manak, Franz Schmidbauer und Max Lalouschek, auf: Der Standard online, 29.6.2009, <http://derstandard.at/1245820310340/Filesharing-Ist-es-strafbar-Musik-oder-Filme-aus-dem-Netz-zu-laden> (letzter Zugriff 5.7.2012); Stajic, Olivera: Filesharing – Was ist strafbar? Interview mit Bettina Windisch-Altieri und Gerald Ganzger, auf: Der Standard online, 2.11.2011, <http://derstandard.at/1319181810649/WebStandard-Interview-Filesharing--Was-ist-strafbar?seite=5#forumstart> (letzter Zugriff 5.7.2012)

Erste Stellungnahme

Urheberrecht ändern?

Auf Basis ihres Wissensstandes und der eigenen Erfahrungen werden die SchülerInnen um eine erste Stellungnahme gebeten, bei der folgende Fragen im Zentrum stehen: Soll das Urheberrecht geändert werden? Wie soll künftig vorgegangen werden? Vorschläge für Antwortmöglichkeiten sind:⁷

- Es sollte ganz abgeschafft werden, da es nicht mehr zu unseren medialen Gewohnheiten passt.
- Es sollte schon beibehalten werden, aber Filesharing soll generell legalisiert werden.
- Es soll alles genau so bleiben, wie es ist.
- Eine Reform des Urheberrechts ist notwendig, Filesharing soll verboten bleiben.
- Eine Reform des Urheberrechts ist notwendig, Filesharing soll legalisiert werden.
- Urheberrechtsverletzungen im Netz sollen strenger verfolgt werden.

Die Ergebnisse werden gesammelt und festgehalten. Da jede der Antwortmöglichkeit in der Stellungnahme unterschiedliche Interessen verletzt bzw. fördert, werden bei jeder Lösung auch gemeinsam die Vor- und Nachteile für die Betroffenen herausgearbeitet:

Arbeitsaufgabe Erläutere bei jeder Lösung, inwiefern sie sich positiv oder negativ auswirken würde auf die Interessen von a) UrheberInnen und VerwerterInnen und b) NutzerInnen.

Einzelarbeit
Perspektivenwechsel **Problematisierung**
Im zweiten Schritt wird das Blickfeld von der eigenen Lebenswelt auf den Interessenskonflikt UrheberInnen–KonsumentInnen erweitert. Die SchülerInnen kennen die Sichtweise der NutzerInnen aus der eigenen Erfahrung, nun setzen sie sich zusätzlich mit der Sichtweise der Produktionsseite auseinander. Das Arbeitswissen „Auswirkungen von Filesharing“ erläutert den zentralen Konflikt, die drei Berichte von Musikschaftern im Material M₂ werden durch Arbeitsfragen erschlossen.

AUSWIRKUNGEN VON FILESHARING

ARBEITSWISSEN

Aus Sicht der Kunstschaffenden (AutorInnen, MusikerInnen, FilmemacherInnen, ProduzentInnen etc.) und der Kunstverwerter (Verlage, Labels, HändlerInnen etc.) bedeutet Filesharing entgangene (bzw. vorenthaltene) Umsätze und damit letztlich Diebstahl. Viele Kunstschaffende fühlen sich durch das Kopieren ihrer Werke auch deshalb so massiv bedroht, weil sie ohnehin nur über geringe Einnahmen verfügen. Das mittlere Einkommen ist bei KünstlerInnen in Österreich um die Hälfte niedriger als bei der Gesamtbevölkerung, die Armutsgefährdungsquote dreimal so hoch. Von der künstlerischen Tätigkeit allein kann nur etwa die Hälfte von ihnen leben.¹ Ihre InteressensvertreterInnen, etwa der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels Alexander Skipis, pochen daher auf Verschärfung und stärkere Durchsetzung des Urheberrechts: „Die Situation ist so unerträglich geworden, dass wir fordern, dass rechtsstaatliche Verhältnisse im Internet tatsächlich hergestellt werden.“² Vor allem die Musikindustrie erklärt sich ihre massiven Umsatzrückgänge in den letzten zehn bis 15 Jahren durch das illegale Filesharing. Ob das unerlaubte Kopieren tatsächlich Schuld an der schlechten Situation der Film- und Musikbranche trägt, steht für die Forschung jedoch nicht fest. Studien zeigen, dass sich Filesharing zwar auf den Verkauf von Tonträgern bisweilen negativ auswirkt, MusikerInnen durch das Internet umgekehrt aber neue Möglichkeiten der Vermarktung (Merchandising, Konzerte etc.) erhalten. Videoplattformen wie YouTube können für MusikerInnen und Labels auch zu einer zusätzlichen Einnahmequelle werden, mit denen die Musikbranche bereits jetzt mehrere Hundert Millionen US-Dollar im Jahr erwirtschaftet.³ In den USA hat sich die jährliche Zahl neuer Musikalben seit dem Start von Tauschbörsen vor zehn Jahren sogar verdoppelt.⁴

- 1 Vgl. Schelepa, Susanne/Wetzel, Petra/Wohlfahrt, Gerhard: Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich. Endbericht. Wien 2008, S. 97
- 2 Vgl. Verbände fordern Warnhinweise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ illegale-downloads-verbaende-fordern-warnhinweise-11128118.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)
- 3 Renz, Erich/Trebeljahr, Valerie: Herr Regener mischt auf, in: Bayern2 online 22.3.2012, <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/pop-platten/sven-regener-urheberrecht100.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)
- 4 Vgl. Suchy, Irene: Wie böse ist Filesharing?, in: Oe1 online 1.10.2010, <http://oe1.orf.at/artikel/259632> (letzter Zugriff 5.7.2012)

Konfrontation und Konfliktanalyse

Partnerarbeit
Analyse Im nächsten Schritt wird der eigentliche politische Konflikt, der aktuelle Urheberrechtsstreit in Deutschland, analysiert. Auf der Basis des Arbeitswissens „Der deutsche Urheberrechtsstreit im Frühjahr 2012“ sowie der Manifeste der beiden Kampagnen (Online-Materialien M₃ und M₄) analysieren die SchülerInnen in Partnerarbeit den Konflikt. Dabei orientieren sie sich an folgenden Leitfragen:

- Wer streitet mit wem?
- Worum geht es in diesem Konflikt konkret?
- Wer hat welches Interesse?
- Welche Argumente werden angeführt?
- Wer hat welche Möglichkeiten, sich durchzusetzen?

2006 wurde in Schweden eine „Piratenpartei“ gegründet, die sich für mehr Freiheit im Internet und eine Reform des Urheberrechtes stark machte. In mehreren europäischen Ländern formten sich in der Folge ähnliche Parteien. Anders als in Österreich spielt die Piratenpartei in Deutschland seit 2011 eine bedeutende Rolle und ist bereits in mehrere Landtage eingezogen. Im Mai 2012 gab ein knappes Viertel der 16- bis 29-jährigen Deutschen an, die Piratenpartei wählen zu wollen. Da viele Mitglieder und FunktionärInnen der Piratenpartei für eine völlige Legalisierung des Filesharings eintraten, waren Konflikte mit den Kunstschaffenden und -verwerterInnen abzusehen.

Im März 2012 sorgte Sven Regener, Schriftsteller und Sänger der Band „Element of Crime“, für Aufsehen, als er im Radio wutentbrannt mit der Piratenpartei und der Umsonst-Kultur im Internet abrechnete: „Es wird so getan, als ob wir Kunst machen als Hobby. Das Rumgetrampel darauf, dass wir uncool seien, wenn wir darauf beharren, dass wir diese Werke geschaffen haben, ist im Grunde nichts anderes, als dass man uns ins Gesicht pinkelt und sagt: ‚Euer Kram ist nichts wert. Wir wollen das umsonst haben.‘ Eine Gesellschaft, die so mit ihren Künstlern umgeht, ist nichts wert. /.../ Zu glauben, irgendwann käme das Sozialamt um die Ecke und würde die Bezahlung der Künstler übernehmen und dabei würde noch gescheiter Rock ‘n’ Roll rauskommen – das kann man knicken.“¹

Diese Auffassung unterstützten 51 AutorInnen der Krimiserie „Tatort“ in einem offenen Brief: Es müsse klargemacht werden, dass „die nachhaltige Produktion qualitativ hochwertiger Kunst und Kultur nicht amateurhaft, also wie Wikipedia, organisiert werden“ könne. „Immerhin leben Hunderttausende Menschen von kreativer Arbeit und helfen mit ihren (konkurrenzfähigen) Werken, die ideelle und materielle Zukunft einer postindustriellen Bundesrepublik auch international zu sichern.“² In Österreich hatten bereits einige Monate zuvor mehrere Verwertungsgesellschaften die Initiative „Kunst hat Recht“ ins Leben gerufen, die für die Stärkung der Urheberrechte warb: „Wem ein künstlerisches Werk nichts wert ist, der braucht es nicht zu ‚konsumieren‘. Wer es nutzen, erleben oder besitzen will, der muss dafür bezahlen.“³

GegnerInnen dieser Argumentation stellten sich hingegen auf den Standpunkt, dass das Urheberrecht eher den VerwerterInnen als den Kunstschaffenden diene und die Produktion und Verbreitung von Wissen und Kunst mehr behindere als fördere.⁴ Bruno Kramm, Urheberrechtsbeauftragter der Piratenpartei, bezeichnete den Konsum der erfolgreichen US-Serie „Game of Thrones“ (die am häufigsten illegal heruntergeladene Serie des Jahres 2011) sogar als ein „Recht dieser Gesellschaft“. Dies ließe sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 27, ableiten, wo jedem/jeder das Recht zugestanden wird, „am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben“⁵. Im Mai unterschrieben 1.500 AutorInnen, MusikerInnen und SchauspielerInnen unter dem Motto „Wir sind die Urheber“ (vgl. M₃ in der Onlineversion) ein Manifest für einen stärkeren Schutz der Urheberrechte. Die Gegenkampagne „Wir sind die Bürgerinnen und Bürger“ (vgl. M₄ in der Onlineversion) verwies hingegen darauf, dass viele BürgerInnen das gegenwärtige Urheberrecht als ungerecht und nicht mehr praxistauglich empfänden.

1 Sven Regener im Radiointerview mit Erich Renz, „Zündfunk“ (Bayern 2) 22.3.2012, Radiobeitrag auf: http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/regener_interview100.html (letzter Zugriff 1.8.2012)

2 Vgl. Verband Deutscher Drehbuchautoren: Offener Brief von 51 Tatort-Autoren, 29.3.2012, <http://www.drehbuchautoren.de/nachrichten/2012/03/offener-brief-von-51-tatort-autoren-0> (letzter Zugriff 5.7.2012)

3 Vgl. Deklaration der Initiative „Kunst hat Recht“, die im Herbst 2011 von sieben österreichischen Verwertungsgesellschaften gestartet wurde; <http://www.kunsthatrecht.at/initiative/unsere-deklaration/> (letzter Zugriff 31.7.2012)

4 Vgl. etwa Smiers, Joost u.a.: No Copyright. Vom Machtkampf der Kulturkonzerne um das Urheberrecht. Eine Streitschrift. Berlin 2012

5 Vgl. Menschenrecht auf „Mad Men“?, in: Heise online, 4.6.2012, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Menschenrecht-auf-Mad-Men-1589633.html> (letzter Zugriff 5.7.2012); UNO-Generalversammlung: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Resolution 217), Artikel 27, 10.12.1948, <http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)⁴ Vgl. Menschenrecht auf „Mad Men“?, in: Heise online, 4.6.2012, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Menschenrecht-auf-Mad-Men-1589633.html> (letzter Zugriff 5.7.2012); UNO-Generalversammlung: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Resolution 217), Artikel 27, 10.12.1948, <http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)

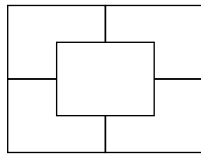
Zweite Stellungnahme

Plenum Die SchülerInnen werden nach dieser Intervention erneut um eine Stellungnahme zu einer möglichen Reform des Urheberrechts gebeten. Dabei findet die gleiche Frage und die gleichen Antwortmöglichkeiten Verwendung wie in der ersten Stellungnahme. Sind zwischen den beiden Meinungsbildern signifikante Unterschiede feststellbar, wird gemeinsam erörtert, inwiefern sich die Meinungen durch die Auseinandersetzung mit den Sichtweisen und Argumenten der Konfliktparteien geändert haben.

Erarbeitung und Diskussion von Lösungsvorschlägen

Gruppenarbeit
Meinungsblatt Im letzten Schritt wird versucht, konstruktiv politische Lösungen zu suchen, die alle am Konflikt Beteiligten zufriedenstellen könnten. Dazu erarbeiten die SchülerInnen in Gruppenarbeit (4 Gruppenmitglieder) eine gemeinsame Position, indem sie ein Meinungsblatt⁸ erstellen:

a) Ein Flipchartbogen wird in fünf Felder geteilt, wovon sich eines zentral in der Mitte befindet:



b) Jede Schülerin/jeder Schüler schreibt ihren/seinen Lösungsansatz in eines der Felder am Rand.

c) Sind alle fertig, rotiert das Blatt, bis alle SchülerInnen alle Lösungsansätze gelesen haben.

d) Anschließend wird diskutiert, wie das Feld in der Mitte gefüllt werden kann. Wenn die Lösungsansätze recht ähnlich sind, findet sich wahrscheinlich eine gemeinsame Position, sind sie zu unterschiedlich, werden die Unterschiede herausgestrichen.

Plenum Die Ergebnisse jeder Gruppe werden abschließend im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Als Denkanstöße können einige der gegenwärtig in den Medien⁹ diskutierten Ansätze dienen:

Flatrate legalisiert
Filesharing ▶ Eine gesetzlich geregelte „Kulturflatrate“, bei der BesitzerInnen von Breitbandanschlüssen oder alle BürgerInnen eine fixe monatliche Zwangsabgabe leisten, soll nach einem festgelegten Schlüssel an die Kulturschaffenden verteilt werden; im Gegenzug soll Filesharing komplett legalisiert werden.

Finanzierung durch Werbung ▶ Werbefinanzierte Streaming-Dienste wie Spotify oder YouTube, bei denen Inhalte zum Konsum (nicht jedoch zum Download) zur Verfügung gestellt werden, könnten für NutzerInnen attraktiver als Tauschbörsen werden. Viele NutzerInnen sind auch bereit, für solche Angebote zu bezahlen.

Micropayment ▶ Wenn für jeden Abruf eines Inhalts eine winzige Geldsumme (*micropayment*) entrichtet würde, käme in der Summe ausreichend Geld zusammen.

Keine Verwertungsrechte mehr ▶ Die Verwertungsrechte werden ersatzlos abgeschafft, Kunstschaffende finanzieren sich ausschließlich über Zusatzprodukte (Konzerte, Serviceleistungen, Onlinechats, edle Sammler-Editionen etc.) und Spenden von Fans, die Inhalte werden freigegeben.

Legale Angebote attraktiver ▶ Die generelle Senkung der Preise, ein breiteres Angebot und der Verzicht auf einschränkende Kopierschutzmaßnahmen in Online-Stores könnten legale Angebote attraktiver machen

Besserer Kopierschutz ▶ Neue Techniken im Bereich der Kopierschutzmaßnahmen könnten eine unerlaubte Nutzung besser verhindern – die Computerspielbranche hat auf diesem Gebiet bereits erhebliche Fortschritte erzielt.

Härtere Strafen ▶ Härtere Strafen für Urheberrechtsverletzungen (Abmahnungen, Internetentzug) könnten NutzerInnen vom Konsum illegaler Angebote stärker abschrecken.

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ Fragebogen zur persönlichen Mediennutzung

Welche über das Internet verfügbaren digitalen Inhalte nutzt du?

- ☐ Musik online hören
- ☐ Musikdateien herunterladen / tauschen
- ☐ Spielfilme und Serien herunterladen / tauschen
- ☐ Spielfilme und Serien online ansehen / streamen
- ☐ Bücher (Hörbücher, E-Books) herunterladen / tauschen
- ☐ Andere:

Hast du schon einmal fremde Inhalte im Internet (z.B. Fotos auf Facebook, Lieder oder Filmausschnitte auf YouTube ...) veröffentlicht, an denen du keine Rechte hattest?

- ☐ Nein
- ☐ Ja

Welche Rolle spielt für dich, ob das Konsumieren/Verwenden der Inhalte jeweils erlaubt ist?

- ☐ Darüber mache ich mir eigentlich keine Gedanken.
- ☐ Ich habe zwar häufig ein schlechtes Gewissen, aber mache es trotzdem.
- ☐ Eine große Rolle, ich achte daher darauf, nicht gegen Rechte zu verstoßen.

Wie gut weißt du Bescheid darüber, welche Form des Umgangs mit digitalen Inhalten (z.B. konsumieren, remixen, weitergeben ...) legal ist und welche nicht?

- ☐ Ich fühle mich da ganz gut informiert.
- ☐ Geht so, zumindest über das Wesentliche weiß ich Bescheid.
- ☐ Eigentlich kenne ich mich da nicht wirklich aus.

- 1 Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung, Lehrplan 1999/Novellierung 2008, Bundesgesetzblatt II N2. 290/2008
- 2 Vgl. Ergebnisse der GfK-Untersuchung „Digitale Content-Nutzung“, zitiert in: Verbände fordern Warnhinweise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt 30.8.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/illegale-downloads-verbaende-fordern-warnhinweise-11128118.html> (alle Internetadressen wurden vom Autor zuletzt aufgerufen am 15.6.2012)
- 3 „Vergessen wir das Urheberrecht“, Interview mit Felix Oberholzer-Gee, in: 20Minuten online, 1.7.2010, <http://www.20min.ch/digital/webpage/story/-Vergessen-wir-das-Urheberrecht--27567383>
- 4 Erweitert ist die Konfliktanalyse hier insofern, als sie die gängige methodische Vorgehensweise, wie sie etwa Sibylle Reinhardt und Hermann Giesecke vorschlagen. Reinhardt, Sybille: Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin 2005, S. 86–92 und Giesecke, Hermann: Didaktik der politischen Bildung. München 1972, S. 181f.
- 5 Vgl. Tiroler Tageszeitung, Onlineausgabe vom Di, 02.08.2011, <http://www.tt.com/Nachrichten/3148702-2/illegale-downloads-k%C3%A4rntner-sch%C3%BCler-muss-50.000-euro-zahlen.csp>
- 6 Kanada: Gebühren für kommerzielle Musik auf Hochzeiten, in: derstandard.at, 4.6.2012, <http://derstandard.at/1338558612753/Copyrights-Kanada-Gebuehren-fuer-kommerzielle-Musik-auf-Hochzeiten>
- 7 Die Antwortmöglichkeiten orientieren sich an einer Befragung von SpiegelOnline vom Mai/Juni 2012. Dort wurde die Antwort „Das Urheberrecht muss reformiert, Filesharing legalisiert werden“ von 47 % der UserInnen und damit – mit weitem Abstand – am häufigsten gegeben. <http://www1.spiegel.de/active/vote/fcgi/vote.fcgi?voteid=8449&x=61&y=6>, 15.5.2012; Stand: 09.06.2012, 14:20 Uhr, Beteiligung: 3.350
- 8 Vgl. zur Methode Wenzel, Birgit: Kreative und innovative Methoden. Geschichtsunterricht einmal anders. Schwalbach/Taunus 2011, S. 168–175
- 9 Vgl. dazu: Fischermann, Thomas/Kunze, Anne/Meier, Christian: Piraten zur Kasse!, in: Die Zeit, Hamburg 6.6.2012, S. 2; Herbold, Astrid: Billiger als kaufen, besser als klauen, Zeit online 26.04.2012, <http://www.zeit.de/kultur/2012-04/streaming>



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende Materialien zum Unterrichtsbeispiel:

- ▶ M3 Manifest der Kampagne „Wir sind die Urheber“ (Mai 2012)
- ▶ M4 Manifest der Kampagne „Wir sind die Bürgerinnen und Bürger“ (Mai 2012)

M₂ Filesharing aus der Sicht dreier Musiker

Wolfgang Wendland, 49, ist Punk-Musiker: „Als ich im Dezember 2010 merkte, dass nicht mehr so viel Geld da ist, hab ich aus einer gewissen Frustration heraus Poster hergestellt, wo ich nackt drauf bin. Die laufen eigentlich sehr gut, die sind auch vorne in unserem Webshop. Bis heute habe ich 800 davon verkauft, fünf Euro das Stück. Die kann man nicht downloaden. /.../ 2011 habe ich vor Steuer und Krankenkasse etwa 12.000 Euro verdient. Wären die Einnahmen aus dem CD-Verkauf stabil geblieben, wären es vielleicht 15.000 gewesen. Es war nie signifikant mehr, aber man merkt schon, dass es stagniert und dass sich da etwas verlagert. /.../ Ich habe den Eindruck, dass das Online-Geschäft auf keinen Fall so viel bringt, dass es den Verlust bei Tonträgern ausgleichen kann. /.../ Bei unserem Webshop merke ich: Früher machten CDs und T-Shirts so Hälfte-Hälfte der Umsätze, heute müsste ich die CDs gar nicht mehr einkaufen. Wir sind eigentlich ein Klamottenladen mit angeschlossenen musikalischen Dingen.“¹

Olli Schulz, 36, ist Musiker und Moderator: „Die erste Platte wird sich so 18.000-mal verkauft haben, die zweite und die dritte bei der EMI-Tochter Labels weniger und die vierte bei der Sony Columbia Berlin bis jetzt 10.000-mal. Und das, obwohl von Jahr zu Jahr mehr Leute zu meinen Konzerten kommen. Es ist halt immer einfacher, eine Tauschbörse anzuwerfen, das ist eine absolute Selbstverständlichkeit. Gagen für Live-Auftritte sind die wichtigste Einnahmequelle, davon bestreite ich im Moment meinen täglichen Unterhalt. Ich spiele so 50, 60 Konzerte jedes Jahr. Dann gibt es alle drei Monate eine Gema-Abrechnung [Anm.: die „Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“ ist ein deutscher Rechteverwerter]. Wenn ich Glück habe, sind meine Songs im Radio gespielt worden, dann gibt es dafür Geld.“²

Lars Lewerenz betreibt ein Musik-Label: „Ich kann dieses ganze Krisengerede nicht hören. Jetzt mal ehrlich, die großen Labels [Anm.: Musiklabels sind Firmen, die Musik unter einem eigenen Markennamen vertreiben] haben durch den Formatwechsel von Vinyl [= Schallplatten] auf CD so viel Asche gemacht ... Klar, jetzt bricht das alles weg. Aber wenn es einfacher ist, einen Rapidshare-Link [Anm.: ein bekannter Filehoster, über den Dateien getauscht werden können] anzuklicken, als einen Song zu kaufen, dann ist das so. Da mache ich den Leuten keinen Vorwurf. Andererseits, wenn mir einer erzählt, dass er unser Zeug gut findet und alles gesaugt hat, dann muss man das den Leuten sagen: Wenn ihr denkt, alles ist für alle da, und zwar umsonst, dann habt ihr euch geschnitten. Das ist ein Unternehmen, wir müssen Geld verdienen, um euch ein gutes Produkt zu liefern.“³

- 1 Wendland, Wolfgang: „Die Nackt-Poster laufen gut“, aufgezeichnet von Konrad Lischka, in: Spiegel online, 20.4.20102, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/wolfgang-wendland-uebers-musikgeschaef-a-828380.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)
- 2 Lischka, Konrad: „Ich will nicht hauptberuflich Geschäftsmann sein“, in: Spiegel online 17.8.2010, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/musiker-olli-schulz-ich-will-nicht-hauptberuflich-geschaefsmann-sein-a-709953.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)
- 3 Lischka, Konrad: „T-Shirts kannst du nicht einfach runterladen“, in: Spiegel online 17.8.2010, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/einmann-label-audiolith-t-shirts-kannst-du-nicht-einfach-runterladen-a-709939.html> (letzter Zugriff 5.7.2012)

Arbeitsaufgabe:

- ▶ Erkläre, ob und wie die Situation der drei Kunstschaaffenden durch Filesharing beeinflusst wurde.
- ▶ Erläutere, ob aus den Berichten hervorgeht, wie die drei Kunstschaaffenden jeweils zum Thema Filesharing stehen.
- ▶ RechteverwerterInnen haben für das illegale Filesharing den Begriff „Raubkopieren“, für Fileshare-rInnen den Begriff „PiratInnen“ geprägt. KritikerInnen halten diese Begriffe für sachlich unzutreffend und schlagen stattdessen die Begriffe „Schwarzkopieren“ bzw. „SchwarzkopiererInnen“ vor. Erläutere, welche Bewertung des Filesharings aus den jeweiligen Begriffen hervorgeht und welche Absichten hinter ihrer Verwendung stehen könnten.

Irene Ecker

Social Media – ein Lernfeld für die Schule?

Bezug zum Informationsteil	„Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke“
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I
Lehrplan-anbindung	Medienkompetenz findet im <i>Lehrplan der AHS-Unterstufe</i> seinen Niederschlag: „Schülerinnen und Schüler sind in zunehmendem Ausmaß zu befähigen, adäquate Recherchestrategien anzuwenden und Schulbibliotheken, öffentliche Bibliotheken sowie andere Informationssysteme real und virtuell zur selbstständigen Erarbeitung von Themen in allen Gegenständen zu nutzen. /.../ Bei der Informationserstellung ist der Einsatz des Computers, insbesondere die Anwendung des Internets zu fördern.“¹ <i>Lehrstoff Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung 4. Jahrgang:</i> „Medien und deren Auswirkung auf das Politische; Manifestationen des Politischen (mediale Berichterstattung, politische Inszenierungen, Wahlwerbung). Demokratie und Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung (Formen der Mitbestimmung, e-democracy); Zukunftschancen im Spannungsfeld zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Anliegen.“²
Kompetenzen	Sachkompetenz, Urteilskompetenz, Handlungskompetenz
Zentrale Fragestellungen	► Medienkompetenz als Voraussetzung für E-Demokratie: Was kann die Schule leisten? ► Wie könnten die Neuen Medien Politik und politische Partizipation in Zukunft verändern?
Traditionelle Medien und repräsentative Demokratie	Annäherung an das Thema Die → repräsentative Demokratie ist stark von den traditionellen Medien geprägt. Politik und auch das Verständnis von Demokratie werden sich durch die Möglichkeiten der Kommunikation <i>many-to-many</i> stark verändern. Die Möglichkeiten der direkten Demokratie werden mit den Social Media steigen, gleichzeitig schaffen die Neuen Medien auch mehr Möglichkeiten für populistische Manipulation. Die tatsächlichen Auswirkungen sind heute noch nicht absehbar, doch kommt der Schule und der Ausbildung von Medienkompetenz in Bezug auf Social Media hier eine entscheidende Bedeutung zu. Kritikfähigkeit und das nötige Wissen, um Manipulation zu durchschauen, werden als wesentliche Ziele in der Medienerziehung wichtig bleiben. Die Kompetenz, selbst Beiträge zu schaffen, um in der eigenen Community Werte zu vermitteln und Politik zu machen, kommt als neues Ziel dazu.
Internet selbstverständlich für Junge	Aus Statistiken³ ist zu erkennen, dass die Nutzung des Internets und des Social Web für immer Jüngere zur Selbstverständlichkeit wird. Bei den unter 30-Jährigen ist das Internet heute das wichtigste Informationsmedium, Zeitungen und Fernsehkonsum sind rückläufig, vor allem wird die Konvergenz (das Zusammenwachsen verschiedener Dienste und Inhalte) der Neuen Medien genutzt. <i>Social communities</i> beherrschen die Mediennutzung von Jugendlichen. Sie bewegen sich darin um ein Vielfaches häufiger als Erwachsene. Jugendliche nutzen Foren für drei zentrale Handlungskomponenten: Identitätsmanagement, Beziehungsmanagement und Informationsmanagement.⁴

Wenig Web-2.0-Nutzung	Was Informationen und Informationsweitergabe betrifft, wird Web 2.0 von Jugendlichen noch weniger genutzt. Tatsächlich sind es meist nur einige wenige, die die Möglichkeiten zur Mobilisierung im Netz nutzen und damit auch die Richtung bestimmen.
Community der Gleichgesinnten	In erster Linie geht es bei der Mediennutzung um die Selbstdarstellung, das Erstellen eines Profils, das möglichst vorteilhafte Eigenschaften des Users/der Userin vermittelt. In Bezug auf Beziehungen ist das Aufbauen eines Netzwerks, einer Community, ein klares Ziel. Möglichst viele Freunde bzw. eine Community der Gleichgesinnten zu haben, ist wichtig. Der Aufbau von Netzwerken ist aber auch sonst in der heutigen Gesellschaft eine ganz wichtige Handlungsfähigkeit.
Social-Web-Angebote	Bei den jüngeren NutzerInnen wird vor allem Netlog gewählt, während die Älteren auf Facebook umsteigen. Andere Social-Web-Angebote wie YouTube als Video-Plattform und MySpace werden ebenfalls sehr stark genutzt. Wikipedia und Google als Nachschlagewerk sind die Favoriten für Recherchen – obwohl das eine als von den UserInnen zu ergänzendes Nachschlagewerk und das andere als Suchmaschine definiert wird.
Wenig Risikobewusstsein	Die → <i>digital natives</i> sind zwar technisch zum Großteil sehr versiert, bestimmte mit dem Internet verbundene Gefahren sind den → <i>digital immigrants</i> , also den älteren, viel stärker bewusst. Hier sollte ein viel besserer Austausch stattfinden. Eine Gefahr, die bei der Beteiligung über soziale Netzwerke auftreten kann, ist die Verletzung des Datenschutzes. Natürlich muss Jugendlichen klargemacht werden, dass es in ihrer persönlichen Verantwortung liegt, der Öffentlichkeit Daten zur Verfügung zu stellen. Sollten aber der Datenschutz verletzt und ohne Erlaubnis Daten und auch Fotos veröffentlicht werden, so ist das eine Verletzung der Grund- und Menschenrechte und kann geahndet werden.
Grundrechte und Neue Medien	Die Europäische Grundrechte-Charta, die seit 2009 für die gesamte EU verbindlich ist, erklärt in Artikel acht das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten. In Österreich wurde mit § 1 Datenschutzgesetz 2000 der grundlegende menschenrechtliche Anspruch auf Datenschutz im Verfassungsrang verankert. ⁵ Die bestehenden Menschen- und Grundrechte müssen sicherlich in Zukunft noch um weitere gesetzliche Bestimmungen die digitalen Medien betreffend erweitert werden.

RISIKOBEWUSSTSEIN ALS WESENTLICHER BESTANDTEIL VON MEDIENKOMPETENZ

Medienkompetenz ist Grundvoraussetzung für die Verwendung des Internets als Partizipationsinstrument. Neben den im Kasten „Internetkompetenzen“ (siehe S. 22 idB) dargestellten Kompetenzen, über die jede/r beim Umgang mit dem Internet verfügen sollte, ist es wichtig, im schulischen Alltag vor allem auch Risikobewusstsein zu vermitteln:

- ▶ Kinder und Jugendliche müssen über mögliche Gefahren, die sie im Internet vorfinden können, informiert sein (Pornographie, Cyber-Mobbing, sexuelle Belästigung, Missbrauch der eigenen Daten, Verhetzung etc.).
- ▶ Kindern und Jugendlichen sollte klar werden, dass soziale Netzwerke wie Facebook oder Netlog zu sorglosem Umgang mit den eigenen Daten verführen. Es müsste also den Schülerinnen und Schülern mehr Wissen über Sicherheitsmaßnahmen im Internet vermittelt werden. Hilfreich ist hier die Website von „safer internet“, diese Organisation bietet auch zahlreiche Seminare und Workshops zum Thema Datenschutz an (www.saferinternet.at).
- ▶ Bewusstmachen der Suchtgefahr, vor allem im Social Web und bei Online-Spielen. Üben von Zeitmanagement und Aufzeigen der Gefahr, Schule, Freunde und Familie zu vernachlässigen.

Irene Ecker

MEDIENKOMPETENZ VON LEHRER/INNEN BZW. SCHÜLER/INNEN

Zum Thema Medienkompetenz von LehrerInnen gibt es sehr wenige Untersuchungen. In den Beiträgen zur Medienpädagogik 2/2009 wurde ein mit der *grounded theory*-Methode¹ erstelltes Forschungsprojekt dargestellt, das die Internetnutzung von SchülerInnen und LehrerInnen in Österreich untersucht.

Recherche/Informationssuche

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die beliebten Informationsquellen der SchülerInnen Wikipedia und Google von LehrerInnen abgelehnt werden – und dies, obwohl beide Gruppen wissen, dass auch LehrerInnen diese Seiten vorrangig zu ihrer Information verwenden. Daher wirkt die vehemente Abwehr von z.B. Wikipedia nicht authentisch auf SchülerInnen.

Wunsch nach Feedback

Die Jugendlichen würden sich mehr Feedback auf mit Internetrecherche bewältigte Aufgaben wünschen, um die Qualität der Information rückgemeldet zu bekommen. Da dies nicht geschieht, werden sie auch oberflächlich, was das Zitieren betrifft. Außerdem sind Aufgaben mit Rechercheaufträgen für die Benotung nicht sehr relevant. In erster Linie zählt immer noch die Schularbeit.

Internet im schulischen Alltag

Die Integration des Internets in den schulischen Alltag findet nur sehr zaghaft statt.² Das Internet wird – wenn überhaupt – hauptsächlich als Begleitmedium zu einem Frontalvortrag verwendet. Erschwerend für die Verwendung digitaler Medien in der Schule ist die technische Ausstattung. EDV-Säle sind häufig besetzt, das Hochfahren der Computer und das Abschalten dauert bei einer Klasse sehr lange, 20 Minuten an Unterrichtszeit sind schnell verloren. Schlechte Erfahrungen von Lehrkräften mit dem Internet führen auch zu Internetangst, vor allem auf den drei Gebieten Technik, Aufmerksamkeit der SchülerInnen und Wissensvermittlung. *E-learning*-Plattformen werden an den Schulen zur Verfügung gestellt, doch ihre Anwendung beschränkt sich oft auf das Herunterladen von Textfluten, was von den befragten SchülerInnen nicht als hilfreich empfunden wird.

Internetkompetenz der SchülerInnen

Im Gegensatz zur vermuteten Internetkompetenz von SchülerInnen weist das Informations-Suchverhalten Jugendlicher erhebliche Defizite auf. Ein Großteil zieht nur wenige Suchmaschinen/Quellen heran und hat Probleme, konkrete Suchbegriffe zu formulieren. Vielen fällt es schwer, offizielle Informationen von informellen Inhalten zu unterscheiden. Damit einher gehen mangelnde Fähigkeiten, Neue Soziale Medien für partizipative Zwecke zu nutzen. Das Aufwachsen mit dem Internet zieht also nicht automatisch die Herausbildung umfassender Kompetenzen und Fähigkeiten nach sich.³

Internetkompetenz der LehrerInnen

Methodisch-didaktische Internetkompetenz fehlt vielen LehrerInnen und so dominiert die Angst vor Autoritätsverlust und davor, von den Jugendlichen belächelt zu werden, denen größere Kompetenzen zugeschrieben werden als den LehrerInnen.⁴ Da das Internet fixer Bestandteil der Lebenswelten von Jugendlichen ist, wird den → *digital natives* von Erwachsenen fälschlicherweise ein genereller Expertenstatus attestiert, dem ihre tatsächlich eher punktuellen Fähigkeiten gar nicht gerecht werden.⁵ Die Lehrenden sollten sensibilisiert werden für die Veränderung der LehrerInnenrolle zum Moderator/ zur Moderatorin, der/die „Schülerinnen und Schüler bei internetbasierten Lernprozessen begleitet und solche anleiten kann“⁶.

1 Maireder, Axel/Nagl, Manuel: Internet in der Schule, Schule im Internet. Schulische Kommunikationskultur in der Informationsgesellschaft, in: medienimpulse. Beiträge zur Medienpädagogik, (2/2009), abrufbar unter: <http://www.medienimpulse.at/articles/view/138> (letzter Zugriff 23.7.2012). Bei der *grounded theory* geht es nicht um das Verifizieren oder Falsifizieren von angenommenen Hypothesen, sondern es werden Thesen aufgrund der Rekonstruktion von Bedeutung durch Beobachten entwickelt. Aus diesen werden Schlüsselkategorien verdichtet, welche wieder zur Formulierung von Thesen und Konzepten führen.

2 Ebd.

3 Parycek, Peter/Maier-Rabler, Ursula/Diendorfer, Gertraud (Hrsg.): Internetkompetenz von SchülerInnen. Aktivitätstypen, Themeninteressen und Rechercheverhalten in der 8. Schulstufe in Österreich, Forschungsbericht. Wien-Salzburg-Krems 2010, S. 235ff

4 Ebd., siehe dazu die von Maireder/Nagl genannten Studien zur Medienkompetenz von *digital natives*

5 Parycek/Maier-Rabler/Diendorfer, Internetkompetenz S. 235.

6 Maireder/Nagl, Internet in der Schule

Irene Ecker

UNTERRICHTSBEISPIELE

UNTERRICHTSBEISPIEL 1 „Erst denken – dann klicken!“

Ziel

Urteilskompetenz Die SchülerInnen sollen problematischen Internetgebrauch erkennen.

Materialien

Arbeitsblätter mit Fallbeispielen (M₁ und M₂ idB sowie M₃–M₄ in der Onlineversion)

Ablauf

- Gruppenarbeit**
1. Die Klasse wird mittels Durchzählen nach dem Zufallsprinzip in vier Dreier- oder Vierergruppen eingeteilt.
 2. Jede Gruppe erhält ein Fallbeispiel. Die Gruppe soll einschätzen, ob der beschriebene Internetgebrauch problematisch ist, und ihre Meinung entsprechend begründen.
- Nachbereitung**
3. Danach erfolgt eine gemeinsame Reflexion entlang folgender Fragen:
 - ▶ Findet ihr die beschriebenen Beispiele realistisch?
 - ▶ Kennt ihr solche Beispiele aus dem eigenen Bekanntenkreis?
 - ▶ Wie kann man das Internetverhalten verbessern?

UNTERRICHTSBEISPIEL 2 „Zukunft Facebookratie?“

Ziel

**Handlungs-
kompetenz** SchülerInnen erkennen die Partizipationsmöglichkeiten im politischen Bereich durch Web 2.0 und reflektieren die Bedeutung dieser Netzwerke für die Demokratie. Sie entwickeln Szenarien für die Zukunft.

Methode

Zukunftswerkstatt⁶ („So sehr Zukunft auch beunruhigen mag, das Ziel politischer Bildung ist der verantwortbare Umgang mit den Ängsten durch aufgeklärtes Handeln.“⁷)

Ablauf

- Vorbereitung**
1. Brainstorming zum Thema → *e-democracy*. Die SchülerInnen erklären, was sie darunter verstehen, und diskutieren anschließend über unterschiedliche Vorstellungen.
- Kritikphase**
2. Die Gruppe sitzt in einem Sesselkreis. Jede/r schreibt auf einen großen Zettel den Hauptkritikpunkt, den er/sie in der Zukunft für → *e-democracy* sieht.
 - ▶ Fragestellung: Was bereitet dir Sorgen für die Zukunft der Demokratie?
(Eventuell sind als Impulstexte „Die schöne neue Info-Welt der Digital Natives“⁸ und „Auf den Punkt gebracht“⁹ möglich.)
 3. Die Zettel werden geclustert, die Hauptsorgen werden identifiziert und gemeinsam besprochen.
- Fantasiephase**
4. Die SchülerInnen werden jeweils zu dritt oder viert in Gruppen eingeteilt und sollen
 - ▶ *Zukunftsszenen, also kleine Rollenspiele, entwickeln*, die eine positive Utopie darstellen und das Rollenspiel einüben: „Die Demokratie der Zukunft schafft wirkliche Partizipation“.

Es ist keine Kritik an den Ideen der Zukunft erlaubt, allgemein soll eine positive Stimmung entstehen, in der aus den Zwängen der Gegenwart zu einer positiven Zukunft geführt wird.

(Eventuell als Impulstexte möglich:

„Die Zeit“-Artikel: „Soziale Netzwerke – Facebookkratie“¹⁰

„Die Zeit“-Artikel: „E-Demokratie – mitreden, nicht nur die Stimme abgeben“¹¹)

Verwirklichungsphase

► *Entwickeln von kleinen Schritten in die Zukunft*

Wie können die schönen Fantasien einer Miteinbeziehung aller in politische Entscheidungsprozesse konkret mit den Neuen Medien begonnen werden? Die ersten Schritte können auch auf die Schule bezogen werden (z.B. Mitbestimmung bei Exkursionen oder Projekten via Moodle¹²). Die Ideen werden aufgeschrieben.

Die Zukunftsszenen werden aufgeführt und anschließend die Vorschläge der einzelnen Gruppen vorgestellt.

Die Ideen aller Gruppen werden geclustert und auf ein Plakat geschrieben.

Reflexion

5. Danach erfolgt eine gemeinsame Reflexion entlang folgender Fragen:

- Was hat die Zukunftswerkstatt gebracht?
- Welche Gefahren wurden bewusst?
- Wo liegen die großen Möglichkeiten?
- Was muss die Schule an vorbereitender Unterstützung bieten, damit Jugendliche für die E-Demokratie gerüstet sind?



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende Materialien zum Unterrichtsbeispiel 1:

- M₃ Fallbeispiel „Andrea, 14 Jahre“
- M₄ Fallbeispiel „Matthias, 14 Jahre“

- 1 Lehrplan der AHS-Unterstufe, abrufbar unter <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11668/11668.pdf> (letzter Zugriff 19.7.2012)
- 2 Lehrplan „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ für die AHS-Unterstufe, abrufbar unter <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/786/ahs11.pdf> (letzter Zugriff 19.7.2012)
- 3 Zum Beispiel: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Risiken & Sicherheit im Internet. Befunde einer empirischen Untersuchung zur Onlinenutzung von Kindern und Jugendlichen. Januar 2011, Download der pdf-Datei unter <http://www.eukidsonline.de> möglich; Großegger, Beate: Dossier 2011: Jugend in der Mediengesellschaft. Wien 2011, Download unter http://www.jugendkultur.at/downloads_KURZ.html möglich.
- 4 Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web-2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hamburg–Salzburg 2009, S. 3
- 5 Leben und lernen in der digitalen Welt, in: Polis Nr. 8. 2011, S. 11
- 6 Entwickelt nach Reinhardt, Sibylle: Politikdidaktik, Praxishand-

- 7 buch für Sekundarstufe I und II. Berlin 2010, S. 140–141
- 8 Ebd., S. 135
- 9 Kucharz, Jannis in Huber, Melanie: Kommunikation im Web 2.0. Twitter, Facebook und Co (2. überarbeitete Auflage). Konstanz 2010, S. 187 f., zitiert nach Großegger, Mediengesellschaft, S. 17–18, abrufbar unter http://www.jugendkultur.at/Jugend_in_der_Mediengesellschaft.pdf (letzter Zugriff 23.7.2012)
- 10 Ebd., S. 18–19
- 11 <http://www.zeit.de/2011/11/Soziale-Netzwerke-Demokratie> (letzter Zugriff 19.7.2012)
- 12 <http://www.zeit.de/digital/internet/2011-05/internet-proteste-demokratie> (letzter Zugriff 19.7.2012)
- 13 Moodle ist eine Lernplattform, die von allen österreichischen Schulen und Bildungsinstitutionen eingesetzt werden kann, ohne selbst einen Moodle-Server betreiben zu müssen. Nähere Infos unter: <http://www.edumoodle.at/moodle/> (letzter Zugriff 23.7.2012)

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN**M₁ Iris, 13 Jahre**

Iris wird in ihrer Klasse wenig beachtet. Sie hat Schulkolleginnen, die sich viel mehr in Szene setzen können. Sie tragen Markenkleidung und sind sehr beliebt. Iris kann sich teure Kleidung nicht leisten, sie bekommt nur sehr wenig Taschengeld. Außerdem haben die anderen Schülerinnen auch viel bessere Noten und sind bei den Jungs in der Klasse beliebt. Iris steht in der Klasse eher am Rand. Speziell auf ein Mädchen, Nina, ist Iris sehr neidisch. Sie beginnt sie im Internet zu mobben, schreibt schlimme Mails an sie.

Man kommt ihr bald auf die Schliche und sie wird von ihrem Klassenvorstand verwarnt. Da fast alle SchülerInnen dieser Klasse auch ein Facebook-Account haben, legt sie sich auf Facebook eine gefakte Identität zu, einen Decknamen, unter dem sie nicht erkannt wird. In dieser virtuellen Rolle, die sie mit viel Fantasie ganz genau ausgestaltet, erfindet sie böse Vorwürfe gegenüber Nina und stellt wüste Beschuldigungen ins Netz. Sie fühlt sich tatsächlich als eine andere, hat eine fiktive Rolle übernommen. In der Schule verhält sie sich jetzt ganz anders, ist hilfsbereit und verständnisvoll. Es fällt ihr schwer, aus der virtuellen Rolle auszusteigen, auch als sie schließlich, auf Betreiben von Ninas Eltern, die das fortwährende Mobben ihrer Tochter im Web schließlich mitbekommen haben, enttarnt wird.

Beantworte folgende Fragen zum Text:

1. Wie wichtig ist Iris das Internet?

2. Wie reagieren die LehrerInnen?

3. Wie fühlt sich Iris, wenn sie vor dem Computer sitzt?

4. Ist der Computergebrauch von Iris bedenklich? Begründe deine Antwort.

M₂ Christian, 16 Jahre¹

In der virtuellen Welt fühlt Christian sich richtig groß. Dort heißt er auch nicht mehr Christian, sondern „Ace“. Ace ist ein mächtiger Krieger. Er ist mutig und stark. Die anderen Spieler haben Respekt vor ihm. Im wirklichen Leben ist Christian eher ein unauffälliger Typ. Ziemlich schüchtern sogar, um genau zu sein. In seiner Klasse fühlt er sich auch nicht richtig wohl. Ist aber auch egal, denn mit den anderen Jungen kann er sowieso nicht viel anfangen. Von Computern haben die nämlich keine Ahnung. Deshalb weiß er gar nicht, worüber er mit ihnen reden soll. Der Einzige, mit dem er sich immer ganz gut verstanden hat, ist Max. Aber der kommt auch nicht mehr vorbei, seitdem Christian ihn so oft abgewimmelt hat – immer dann, wenn er wieder einmal eine Aufgabe in der virtuellen Welt bestehen musste.

In der Schule war Christian auch schon einmal besser. Es fällt ihm ziemlich schwer, sich zu konzentrieren. Während des Unterrichts denkt er die meiste Zeit darüber nach, wie er seine Spielstrategien am PC verbessern könnte. Wenn er längere Zeit nicht online war, wird er richtig unruhig und gereizt.

Zu Hause angekommen, setzt er sich deshalb sofort an den PC. Sein Mittagessen nimmt er mit. Manchmal vergisst er es auch ganz. Seine Gilde erwartet ihn dann schon. Viel länger darf er die auch nicht hängen lassen, sonst machen sie ohne ihn weiter. Und ohne Gruppe ist man in der virtuellen Welt ziemlich aufgeschmissen. Es ist überhaupt ein tolles Gefühl, Teil einer Gemeinschaft zu sein. Im wirklichen Leben würde Christian sich nie trauen, so offen mit anderen umzugehen. Ist er erst einmal online, fallen alle Sorgen und Probleme von ihm ab. Jetzt ist er Ace, der Große. Insgeheim wünscht sich Christian, er könnte immer in der virtuellen Welt bleiben. Manchmal spielt er die ganze Nacht durch.

1 Übernommen von „Sign-Unterrichtsmaterial“: Klickst du noch ganz richtig?, siehe www.sign-projekt

Beantworte folgende Fragen zum Text:

1. Wie wichtig ist Christian der Computer?

2. Wie fühlt sich Christian, wenn er vor dem Computer sitzt?

3. Wie fühlt sich Christian, wenn er nicht vor dem Computer sitzt?

4. Ist der Computergebrauch von Christian bedenklich? Begründe deine Antwort.

Gerhard Tanzer

Politischer Online-Aktivismus

Bezug zum Informationsteil	„Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung“ und „Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke“
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe II
Lehrplanbezug: AHS 7. Klasse:	Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse; 8. Klasse: Rolle der Medien zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft (Medienpolitik, Medienstrukturen; Neue Medien; Cyberdemokratie); Bildungsstandards BHS: den Beitrag der Medien zur Politikgestaltung einschätzen sowie politikrelevante Medienerzeugnisse auf ihre Intentionen hin kritisch untersuchen.
Kompetenzen	Handlungskompetenz, Urteilskompetenz
Zentrale Fragestellungen	▶ Wie werden die digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für verschiedene Protestformen genutzt, um Öffentlichkeit herzustellen? ▶ Worauf muss man achten, wenn man eine Netzwerk-Kampagne erfolgreich durchführen will? ▶ Wie sind Netzwerk-Kampagnen zu beurteilen? Welchen Einfluss haben sie? Welches Demokratieverständnis steht jeweils dahinter?
Möglichkeiten der IKT	Methodisch-didaktische Hinweise Das Web 2.0 eröffnet eine Vielfalt politischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wenn es der politischen Bildung ein Anliegen ist, dass die SchülerInnen lernen, Interessen in Entscheidungsprozesse einzubringen und zu vertreten, dann muss sie sich auch mit den Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, partizipativ-demokratisch zu wirken, beschäftigen.
Web als politische Öffentlichkeit	Dank Internet können StaatsbürgerInnen mit Verwaltungsbehörden und PolitikerInnen leichter in Kontakt treten (<i>e-government</i>), die „Open-Data-Bewegung“ setzt sich dafür ein, dass Regierungen Daten im Internet zugänglich machen, Enthüllungs-Plattformen wie WikiLeaks veröffentlichen geheime Dokumente. Schließlich haben auch die Parteien schon längst die Vorteile von Web 2.0 erkannt und nutzen sie (der erste große Wahlkampf, in dem das Internet eine wichtige Rolle spielte, war der Präsidentschaftswahlkampf von Barack Obama 2007/2008 in den USA), neue Parteien entstehen, deren zentrale Anliegen eng mit dem Web 2.0 verknüpft sind (Stichwort „Piraten“).
Web 2.0 und zivilgesellschaftliche Proteste	Alle diese Möglichkeiten sind nicht Thema dieser Unterrichtseinheit. Hier geht es um die Frage, welchen Beitrag das Web 2.0 zu zivilgesellschaftlichen Protestformen leistet bzw. leisten kann. Politischer Protest organisiert sich heute schon vielfach über Social Media wie Facebook oder Twitter. Im „Arabischen Frühling“ 2011 sprach man dem Web 2.0 einen erheblichen Einfluss zu (siehe den Beitrag von Kneuer/Demmelhuber idB). Inwieweit trifft dies zu? Welche Macht kommt hier dem Internet zu? Thema dieser Unterrichtseinheit sind auch Initiativen österreichischer Netz-AktivistInnen, wobei hier auch Formen des „zivilen Ungehorsams“ eine Rolle spielen. Hier stellt sich zusätzlich die Frage, welche Legitimität diese beanspruchen können.

UNTERRICHTSBEISPIEL

Methodenpuzzle Als Methode zur Beantwortung all dieser Fragen wird das Methodenpuzzle vorgeschlagen, das nicht zu Unrecht mittlerweile weithin bekannt und beliebt ist, weil es die Stärken themengleicher wie auch themenverschiedener Gruppenarbeiten vereint und durch die Kombination der beiden deren Nachteile kompensiert. Voraussetzung ist, dass jede/r SchülerIn oder zumindest jede/r zweite einen Computerarbeitsplatz hat.

Da man nicht davon ausgehen kann, dass alle SchülerInnen mit den neuen IKT vertraut sind, sollte man zuvor das Begriffsverständnis abklären (siehe Kasten Arbeitswissen „Web 2.0“).

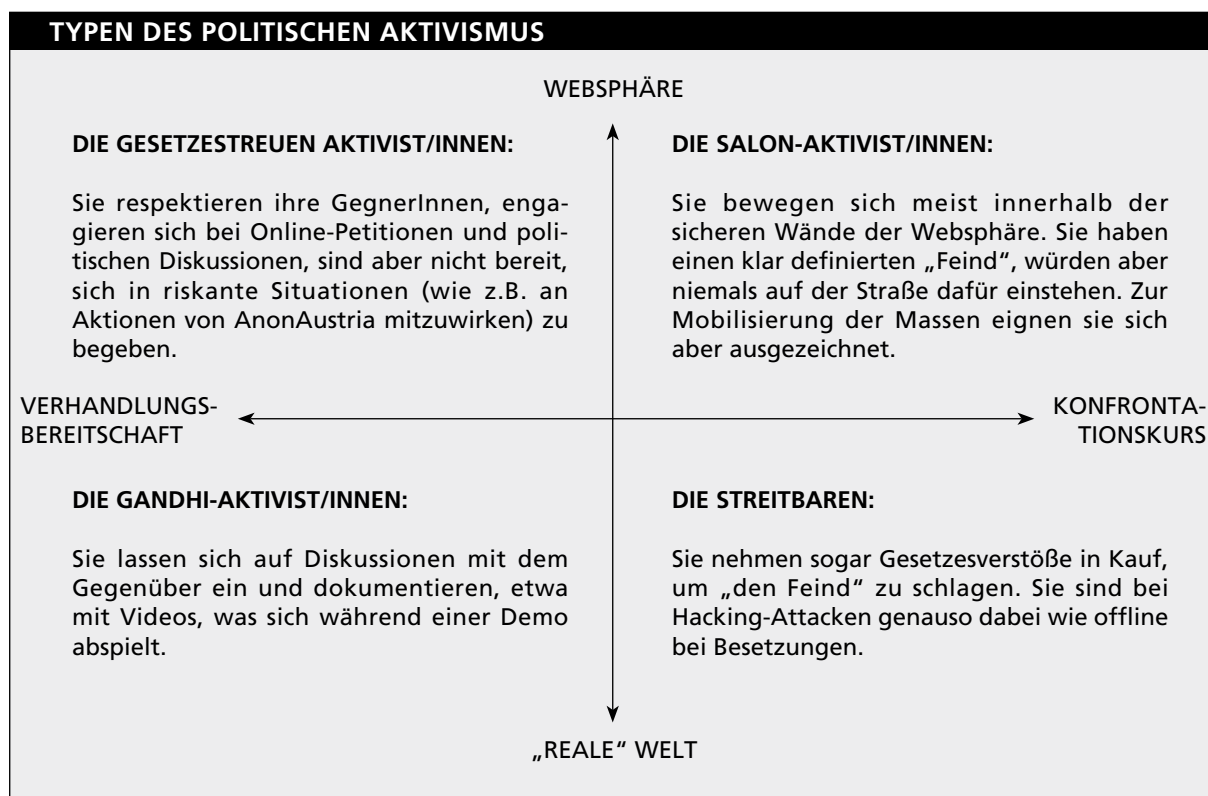
WEB 2.0	ARBEITSWISSEN
„Der Begriff ‚Web 2.0‘ wird häufig synonym mit dem Begriff ‚Social Web‘ verwendet und bezeichnet einfach gesagt die Entwicklung des Internets in den vergangenen Jahren in Richtung ‚Mitmach-Netz‘. Viele Inhalte werden mittlerweile von den BenutzerInnen erstellt (<i>user-generated content</i>), Blogs, soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, die zahlreichen Wikis sowie Plattformen zum Teilen von Fotos und Videos (YouTube) sind zentraler Bestandteil dieses ‚neuen Internets‘, das in Anlehnung an die Versionsnummern bei Computer-Software mit dem Zusatz ‚2.0‘ versehen wurde.“¹ Blog: Ab Mitte der 1990er-Jahre als „Web-Tagebücher“ entstanden. Facebook: größtes soziales Netzwerk im Internet; 2004 von Studenten an der Harvard University (USA) entwickelt, nach und nach auf andere Hochschulen und Schulen erweitert. Twitter: Plattform zum Kommunizieren von Kurznachrichten von maximal 140 Zeichen, 2006 noch ein Forschungsprojekt, 2007 schon ein Massenmedium. YouTube: Video-Portal, 2005 gegründet Flickr: Foto-Portal, 2004 gegründet Wiki: Offenes Autorensystem für Webseiten Flashmob: Scheinbar spontaner Menschaufmarsch im öffentlichen Raum, bei denen die TeilnehmerInnen ungewöhnliche Dinge machen. Werden über Online-Communities, Weblogs, SMS etc. organisiert 1 Aus: Heigl, Andreas/Hacker, Philipp: Politik 2.0. Demokratie im Netz. Wien 2010, S. 157	

Ablauf

Einstieg ▶ Als Einstieg in die Thematik sollen sich die SchülerInnen zu der Frage positionieren, welche Form des politischen Aktivismus sie bevorzugen. Dafür wird die Methode der „Raumkoordinaten“ verwendet (siehe Grafik „Typen des politischen Aktivismus“). Damit kann man schnell einen Überblick über die vorhandenen Einstellungen gewinnen. Die SchülerInnen beantworten für sich die Frage „Wo stehe ich zur Zeit?“ und erhalten Antworten auf die Frage, wo die anderen stehen.

Raumkoordinaten ▶ Durch Vorstellung eines Koordinatensystems wird der Klassenraum in vier Quadranten geteilt; dabei belegt je eine Aussage eine Koordinate. Die vertikale Achse beschreibt die Bereitschaft, auch jenseits des Netzes politischen Protest zu äußern, die horizontale Achse die Einstellung, das bekämpfte Gegenüber eher als „FeindIn“ oder als verhandlungsfähigen Kontrahenten bzw. verhandlungsfähige Kontrahentin zu sehen.

Die Einteilung in jene vier Typen, die dieses System abdeckt, wurde nach der Studie „What kind of activist are you?“ getroffen.¹



Entsprechend den Prinzipien kooperativen Lernens² erfolgt die Aneignung in drei Arbeitsschritten:

- | | |
|-------------------------|--|
| Arbeitsschritt 1 | <ul style="list-style-type: none"> Die Klasse wird in vier Gruppen aufgeteilt. In einer ersten Phase eignen sich die SchülerInnen individuell Wissen an, indem sie sich mit den angegebenen Materialien M₁– M₈ beschäftigen. |
| Arbeitsschritt 2 | <ul style="list-style-type: none"> Jede Gruppe bekommt unterschiedliches Material mit unterschiedlichen Fragestellungen (siehe A₁ bis A₄). Die Frage für Gruppe 1 und 2 nach dem Autor oder der Autorin soll die SchülerInnen dazu anleiten, auch nach den Interessen, die hinter diesen Artikeln stehen, zu fragen und die darin vorgefundenen Meinungen nicht einfach unkritisch zu übernehmen; die Informationen erhält man durch Klick auf den Avatar, der den Autor/ die Autorin symbolisiert. Anschließend sollen die Gruppenmitglieder ihre Ergebnisse vergleichen und pro Gruppe ein Plakat anfertigen, diese werden in der Klasse an unterschiedlichen Orten platziert. |
| Arbeitsschritt 3 | <ul style="list-style-type: none"> Danach werden neue Gruppen gebildet, in denen jeweils ein Mitglied („Experte/ Expertin“) der Stammgruppen vertreten ist, um den anderen das Plakat zu erklären. |
| Gruppenpuzzle | <p>Diese neue Gruppe geht wie bei einem Stationenbetrieb von Plakat zu Plakat. Da hier alle voneinander lernen sollen, wird die Motivation gefördert, sich in Gruppen einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.</p> |

A₁

Arbeitsaufgaben

Know-how – wie führe ich erfolgreich eine Online-Kampagne?

Lesen Sie sich den Artikel M₁ „Die Kraft der Vielen koordinieren lernen“ unter folgenden Gesichtspunkten durch und machen Sie sich dazu Notizen:

- a) Was sind notwendige Maßnahmen, um politische Kampagnen übers Netz erfolgreich durchzuführen?
- b) Fallbeispiele: Rassismus streichen (2006), Lichterkette rund um das Parlament (2009)
- c) Was hat der Autor oder die Autorin dieses Beitrags mit Online-Kampagnen zu tun?

A₂

Protestaktion „unibrennt“

Lesen Sie den Artikel M₂ „#unibrennt und die Pressearbeit 2.0“ unter folgenden Gesichtspunkten und machen Sie sich dazu Notizen:

- a) Mit welchen Schwierigkeiten hatten die AktivistInnen von unibrennt zu kämpfen?
- b) Welche Vorteile bot die Einbeziehung von Social Media?
- c) Was hat der Autor, die Autorin dieses Beitrags mit Online-Kampagnen zu tun?

A₃

Arabischer Frühling

Hören Sie sich das Interview M₃ mit der ägyptischen Bloggerin Noha Atef an, lesen Sie die Texte M₄ bis M₇ und machen Sie sich dazu unter folgenden Gesichtspunkten Notizen:

- a) Welche Rolle spielte das Web 2.0 für die politischen Umwälzungen im arabischen Raum? Welche unterschiedlichen Einschätzungen gibt es dazu?
- b) Mit welchen Schwierigkeiten hatten die AktivistInnen zu kämpfen?

A₄

„Krieg oder Cyberprotest?“

Lesen Sie den Artikel M₈ „Krieg oder Cyberprotest: Was die Hacker von Anonymous wirklich wollen“ unter folgenden Gesichtspunkten und machen Sie sich dazu Notizen:

- a) Welche Ziele verfolgen die HackerInnen von Anonymous?
- b) Welche Motive für ihre Aktionen werden in dem Artikel genannt?
- c) Mit welchen Methoden versuchen sie, ihre Anliegen umzusetzen?

Follow-up: Interview mit AnonAustria

Lesen Sie anschließend das Interview mit der österreichischen Gruppe von Anonymous (M₉). Diese kündigte in einem „Kurier“-Interview weitere Attacken an, nachdem sie im Juli 2011 die Webseiten von SPÖ und FPÖ attackiert und Nutzerdaten veröffentlicht hatte. Dass dies gegen österreichische Gesetze verstößt (Strafraumen laut „Kurier“: bis zu fünf Jahre Haft), nahmen die anonymen AngreiferInnen bewusst in Kauf. Die Interview-Fragen beantwortete die Gruppe über ihren Twitter-Account, ohne ihre Identität preiszugeben.

- a) Prüfen Sie die Legitimität der Gruppe, für das „österreichische Volk“ zu handeln.
- b) Charakterisieren Sie die politische Einstellung der Gruppe und nehmen Sie zum Demokratieverständnis Stellung.

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ „Die Kraft der Vielen koordinieren lernen“

Der Text stammt von der Website des Cross-Media-Projekts „Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0“.

Abrufbar unter: <http://visionen.sozialebewegungen.org/zivilgesellschaft/>

M₂ „#unibrennt und die Pressearbeit 2.0“

Die „unibrennt“-Proteste gegen die Studienbedingungen an österreichischen Hochschulen 2009 waren ein aufsehenerregendes Beispiel für die Nutzung des Web 2.0. Der Text stammt ebenso von der Website des Cross-Media-Projekts „Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0“.

Abrufbar unter: <http://fallbeispiele.sozialebewegungen.org/unibrennt/>

M₃ Audio-Beitrag zum Arabischen Frühling

Interview mit der ägyptischen Bloggerin Noha Atef von „fluter“, dem Jugendmagazin der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung.

Abrufbar unter: <http://www.fluter.de/de/protestieren/thema/9656/>

M₄ Der Arabische Frühling

„Arabischer Frühling bezeichnet eine im Dezember 2010 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, welche sich, ausgehend von der Revolution in Tunesien, in etlichen Staaten im Nahen Osten (Maschrek [= die Länder mit arabischsprachiger Mehrheit östlich von Libyen und nördlich von Saudi-Arabien] / Arabische Halbinsel) und in Nordafrika (Maghreb [= die drei nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko sowie Libyen und Mauretanien]) gegen die dort autoritär herrschenden Regime und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder richten. /.../“

Aus: Wikipedia-Artikel „Arabischer Frühling“: http://de.wikipedia.org/wiki/Arabischer_Fr%C3%BChling (letzter Zugriff 24.6.2012)

M₅ Timeline „Arabischer Frühling“

abgedruckt in diesem Heft, S. 32

M₆ Wael Ghonim: „revolution 2.0“

„Wir diskutieren ständig über die Rolle des Internets im Veränderungsprozess. Er [Mostafe, ein politischer Aktivist] war der Meinung, dass das Internet eine virtuelle Welt ohne großen Einfluss auf die Wirklichkeit darstellte, während ich fand, dass es das wichtigste Werkzeug war, um den ersten Funken des Wandels zu entzünden. Das Internet ist keine virtuelle, von Avataren bewohnte Welt. Es ist ein Kommunikationsmittel, das Menschen erlaubt, sich zu organisieren, zu handeln, Ideen zu verbreiten und Bewusstsein zu schaffen. Das Internet würde die ägyptische Politik verändern, schrieb ich auf Facebook und Twitter, und 2011 würden die Wahlen anders ablaufen als 2005.“

Aus: Ghonim, Wael: revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt verändern. Berlin 2012, S. 76 f.

M₇ Oliver Tanzer in „Die Furche“

„Generell haben die Solidarisierungsbemühungen der Bürger in den Industriestaaten eine ähnliche Schwäche wie jene der tunesischen und ägyptischen Blogger. Eine ihrer maßgeblichen Eigenschaften ist es, dezentral und anonym organisiert zu sein. Um einen Flash-Mob zu veranstalten, reicht im Wesentlichen ein Knopfdruck. Die Bildung einer Partei erfordert dagegen zentrale Strukturen und klar erkennbare Führungspersönlichkeiten – um nur das Wichtigste zu nennen. Dazu ist eine lose Datengemeinschaft von Bloggern und Facebook-Aktivisten nicht geeignet.“

Der deutsche Unternehmer und Web-Analyst Christoph Kappes bezweifelt lautstark, dass es jemals politische Revolutionen durch das Internet geben könne. Bei der ägyptischen Revolution sieht er die Rolle von Telefon, SMS und TV-Sendern – und hier vor allem von Al-Jazeera als wesentlich entscheidender für den erfolgreichen Verlauf des Aufstandes. Mehr noch, so Kappes: „Die Benutzung von Online-Diensten kann für Bürgerrechtler kontraproduktiv sein, vor allem in autoritären Regimen, die den Internetverkehr überwachen und sich geheimdienstlich in Online-Diensten bewegen.““

Aus: Oliver Tanzer: An der Grenze der Wut, in: Die Furche, 3.11.2011, S. 5

M₈ „Krieg oder Cyberprotest. Was die Hacker von Anonymos wirklich wollen“

Artikel über Ziele, Motive und Methoden von Anonymos aus „fluter“, dem Jugendmagazin der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung.

Abrufbar unter: <http://www.fluter.de/de/protestieren/thema/9654>

M₉ Interview AnonAustria

KURIER: *Wie muss man sich die Mitglieder von AnonAustria vorstellen?*

AnonAustria: Wir sind alles: Angefangen von Schülern, Studenten über Berufstätige oder Arbeitslose bis hin zu Beamten, Militärs und sonstigen „Staatsdienern“. Jeder bringt diverse Fähigkeiten mit. Diese reichen vom Hacken über technisches Know-how bis hin zur Informationsbeschaffung.

Warum führt die Gruppe gerade jetzt Aktionen durch? Aufgezeigte Probleme wie politische Misswirtschaft und fehlende Selbstbestimmung sind ja nichts Neues.

Weil wir nicht mehr länger einfach nur zusehen können, wie es mit Österreich bergab geht. Politiker sind wie Tauben, erst füttert man sie und dann scheißen sie einem auf den Kopf – so kann es nicht weitergehen.

Warum blieben ÖVP, BZÖ und die Grünen von den Attacken verschont?

Bezüglich der anderen Parteien wird man sehen, was die Zukunft bringt. Die Spannung wäre doch auch zu schnell raus, wenn alles an einem Tag geschehen würde. Generell gibt es in Österreich aber keine Politik, die unserer Auffassung entspricht. Die Politiker sind unfähig, dieses Land zu regieren und sich um die Probleme des Volkes zu kümmern.

AnonAustria hat sensible Daten von über 700 Nutzern der SPÖ-Seite veröffentlicht. Wie ist das zu rechtfertigen?

Es gibt keine wahre Definition für Schuld oder Unschuld. Ist man erst schuldig, wenn man ein System voll und ganz unterstützt, oder ist man unschuldig, wenn man wegsieht, weil man damit nichts zu tun haben will? Die Mitglieder dieser Parteien finanzieren diese. Somit müssen sie auch lernen, für Fehler geradestehen. In der österreichischen Politik war das zu lange nicht der Fall.

Selbst Personen, die den Idealismus von Anonymous teilen, sehen das Bloßstellen sensibler Daten als verantwortungslosen Vandalismus.

Wir sind auf der Seite der einfachen Bürger, die sich nicht mehr wehren können, da sie zum reinen Spielball der Politik wurden. Wir zeigen, dass es jemanden gibt, der auf ihrer Seite steht, und geben dem Volk wieder eine Stimme. Die Zustimmung in der Bevölkerung ist größer als die Ablehnung.

Was müsste passieren, dass AnonAustria die Angriffe einstellt?

Das wird in absehbarer Zeit nicht geschehen, da wir auch einige Leute dabei haben, die aus Lust und Laune fremde Webseiten übernehmen. Ein Signal der Regierung in Richtung „direkter Demokratie“ wäre aber sehr wünschenswert und würde manche von uns besänftigen.

Wie groß ist die Angst, erwischt oder von anderen Mitgliedern der Gruppe verraten zu werden?

Der Großteil von uns ist bereit, für die eigene Überzeugung bestraft zu werden, da dies nur ein weiteres Zeichen der Regierung und der Justiz gegen die Freiheit ist. Gruppenintern kann nichts verraten werden, da wir uns persönlich nicht kennen. Selbst sich mit dem Vornamen vorzustellen ist verpönt. Schnappen sie einen, haben sie auch nur einen. /.../

Sicherheitsexperten gehen von einer kleinen Kerngruppe aus. Wie viele Leute sind Teil von AnonAustria?

Unsere Anzahl ändert sich ständig. Wir haben keine zentrale Organisationsstruktur, somit ist alles und jeder nur ein Teil des Kollektivs. Jeder kann eigene Aktionen starten oder seine Fähigkeiten einer Gruppe zur Verfügung stellen.

Aus: Kurier, 22.7.2011

- 1 Neumayer, C./Svensson, J./Schoßböck, J./Banfield-Mumb, A.: What kind of activist are you? Positioning, power and identity in political online activism in Europe. CeDEM12. Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government: 165–177, Druckwerk Krems, Krems 2012. (Quelle: Bericht von Karin Krichmayr in Der Standard, 6./7. Juni 2012, S. 11)
- 2 „Gestützt durch die Lernpsychologie betont kooperatives Ler-

nen zunächst die individuelle Aneignung des Unterrichtsgegenstandes, dann den Austausch über die Inhalte mit einer Partnerin/einem Partner oder in Kleingruppen, und schließlich die Präsentation im Plenum: Think, Pair, Share.“ (Adamski, Peter: Gruppenarbeit und kooperatives Lernen, in: Geschichte lernen 123 (2008), 2-14, hier S. 4f.)

Glossarbegriffe

Q▼ Autokratie	S. 31	Q▼ liquid democracy	S. 26
Q▼ Deliberation	S. 26	Q▼ Massenmedien	S. 5
Q▼ digital divide – democratic divide	S. 21	Q▼ Mediendemokratie	S. 6
Q▼ digital natives – digital immigrants	S. 18	Q▼ Mediokratie	S. 6
Q▼ e-democracy	S. 20	Q▼ repräsentative Demokratie	S. 17
Q▼ kollaborative Demokratie	S. 22	Q▼ Zuschauerdemokratie	S. 7

Weiterführende Hinweise

Amtshilfeplattform HELP

Die Website „HELP.gv.at“ des Bundeskanzleramts bietet umfassende Informationen zu Behörden und Formularen und erklärt viele Amtswege, wobei entsprechende Formulare digital angeboten bzw. die elektronische Abwicklung mittels Bürgerkarte nahegelegt werden.

Web: www.help.gv.at

Digitales Österreich

Von der zentralen Website „Digitales Österreich“ verweist die Bundesregierung auf die diversen e-government-Projekte in Österreich und erklärt, wie BürgerInnen und Unternehmen diese nutzen können.

Web: www.digitales.oesterreich.gv.at

Meinparlament.at

Die Plattform „meinparlament.at“ der Austria Presse Agentur will die direkte Kommunikation zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen ermöglichen bzw. erleichtern. BesucherInnen können Fragen stellen, die von PolitikerInnen beantwortet werden. Darüber hinaus werden das politische System und seine Funktionsweise erläutert.

Web: www.meinparlament.at

Internet-Ombudsmann

Mit der Nutzung des Internets als sozialer Raum und als Handelsplattform hat sich auch ein neues Feld für rechtliche Fragen aufgetan. In Österreich fungiert der Internet-Ombudsmann als streitschlichtende Stelle.

Web: www.ombudsmann.at

Saferinternet.at

Diese Initiative des Österreichischen Instituts für angewandte Kommunikationsforschung bietet Unterstützung für die sichere Nutzung von Internet,

Handy und Computerspielen. Jugendliche, Eltern und LehrerInnen werden auf die Risiken und Chancen bei der Nutzung Neuer Medien hingewiesen.

Web: www.saferinternet.at

PoliPedia.at

PoliPedia.at ist ein Online-Partizipationsprojekt, bei dem Jugendliche eingeladen werden, in Form eines Wikis kollaborativ zu den Themen Demokratie und Politik zu arbeiten und mit- und voneinander zu lernen.

Web: www.polipedia.at

Jugendpresse Österreich

Die Jugendpresse Österreich setzt sich zur Vernetzung junger MedienmacherInnen ein und unterstützt NachwuchsjournalistInnen bei Ausbildung, Weiterbildung sowie Informations- und Erfahrungsaustausch.

Web: www.jugendpresse.org

Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-GmbH

Die Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-GmbH ist die Behörde bzw. Geschäftsstelle der zuständigen Behörde (Komm Austria) für Medien- und Telekommunikationsregulierung. Dazu zählen: Frequenzverwaltung für Rundfunk, Marktanalyse und -definition, Umsetzung der Digitalisierung und die Förderung von Fernsehproduktionen.

Web: www.rtr.at

Medienforschung ORF

Der ORF bietet auf seiner Seite zur Medienforschung unter anderem Studien zur Mediennutzung, Informationen zur Verbreitung und Reichweite diverser Medienformate und ein Glossar, das auch viele Begriffe aus den Untersuchungen umfasst.

Web: www.mediaresearch.orf.at

AutorInnenverzeichnis

Heinrich Ammerer, MMag. Dr.

Unterrichtet gegenwärtig Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung am Christian-Doppler-Gymnasium Salzburg. Seit 2009 ist er Mitarbeiter an der Zentralen Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg. Er ist Schulbuchautor und in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung tätig.

Thomas Demmelhuber, Prof. Dr.

Juniorprofessor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Internet an der Stiftung Universität Hildesheim. Er studierte Politikwissenschaft und Middle Eastern Studies in Erlangen und Berkeley, CA. Als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. promovierte er 2008 zum Thema „Die EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten“ (das Buch erschien 2009). Seine Forschungsschwerpunkte sind die arabischen Golfmonarchien, Ägypten und die europäische Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten.

Irene Ecker, Mag. M.Ed MSc

Lehramtsstudium Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. BHS-Lehrerin an der HTL Wien 10, Ettenreichgasse 54, Betreuungslehrerin für Deutsch und Geschichte für die fachdidaktische und schulpraktische Ausbildung, Universitätslektorin für Geschichte und Politische Bildung im Bereich Fachdidaktik Geschichte an der Universität Wien. Eingetragene Mediatorin; ARGE-Leiterin für Geschichte und Politische Bildung im HTL-Bereich österreichweit.

Alfred Germ, MMag.

Studium Geschichte/SK/PB (Lehramt), Geographie und WK (Lehramt), Politikwissenschaften. Lehrtätigkeit als AHS- und BHS-Lehrer, Betreuungslehrer im Unterrichtspraktikum und für die schulpraktische Ausbildung (fachbezogenes und auch pädagogisches Praktikum), Senior Lecturer für Geschichts- und Politikdidaktik am Institut für Geschichte der Universität Wien, Lektor am Institut für Bildungswissenschaften und Politikwissenschaften der Universität Wien, Lektor an der Johannes-Kepler-Universität Linz, Hochschuldozent an der HAUP, LehrerInnen- und Erwachsenenbildner.

Stefan Huber, Mag.

Studium Politikwissenschaft an der Universität Salzburg und am Institut d'Études Politiques (IEP) in Rennes, Frankreich. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dissertant in der Abteilung Innovation in Cultural and Creative Institutions am ICT&S-Center der Universität Salzburg. Seine Forschungsarbeit umfasst die Bereiche *e-democracy*, *e-participation*, Open Government und *online citizenship education*. Seit 2010 betreut er die kollaborativen Online-Projekte PoliPedia.at und PoliPedia.eu im Bereich der Politischen Bildung mit Online-Medien.

Marianne Kneuer, Prof. Dr.

Professorin für Vergleich politischer Systeme/Internationale Beziehungen an der Universität Hildesheim. Von 1994 bis 1998 Planungsstab von Bundespräsident Herzog, seit 2011 Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratieforschung, Demokratisierung und Demokratieförderung. Jüngere Publikationen dazu „Regression of democracy“ (2011) und „Externe Faktoren der Demokratisierung“ (2009 – beide mit Gero Erdmann).

Christoph Kühberger, VR Dr.

Studium an der Universität Salzburg und an der Università degli Studi di Perugia. 2002–2004 Forschungsassistent am Institut für Philosophie der Universität Salzburg, 2004–2006 Geschichtsdidaktiker am Historischen Institut der Universität Greifswald, 2006–2008 Mitarbeiter an der Zentralen Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg, 2008–2009 Professor für „Vergleichende Neuere und Neueste europäische Kulturgeschichte“ am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim. Seit 2009 Vizerektor für Sozial- und Gesellschaftswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Salzburg.

Ursula Maier-Rabler, Ass.-Prof. Dr.

Kommunikationswissenschaftlerin, Gründerin und langjährige Leiterin des interdisziplinären Forschungszentrums Center für Advances Studies and Research in Information and Communication

Technologies – ICT&S-Center an der Universität Salzburg, Assistenzprofessorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft. Mitentwicklerin und Co-Leiterin der kollaborativen Online-Projekte PoliPedia.at und PoliPedia.eu. Forschungsschwerpunkte: Internet und Gesellschaft; *e-policy*, *e-democracy*, *e-participation*; Open Government; *online citizenship*; *culture & ICTs*; vergleichende *e-policy*-Forschung; Bildung und Informationsgesellschaft; *digital divide*/inklusive Informationsgesellschaft; *Internet governance*. Seit 2012 Vorstandsvorsitzende des „Demokratiezentrums Wien“.

Peter Maurer, Dr.

Studium Politikwissenschaft, Französisch und Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 1998 bis 2005. Zwischen 2005 und 2011 promovierte er zum Thema Medieneinfluss auf die Politik an der Freien Universität Berlin. Er arbeitet seit Oktober 2011 als Universitätsassistent (Post-Doc) am Institut für Publizistik der Universität Wien, wo er sich mit politischer Kommunikation und Mediensystemen im internationalen Vergleich beschäftigt.

Helmut Opletal, Univ.-Lektor Dr.

Studium Publizistik, Politikwissenschaft und chinesische Sprache in Wien und Peking. Langjähriger ORF-Redakteur, 1980–1985 auch Radio- und Zeitungskorrespondent in China. Derzeit Lehrbeauftragter am Institut für Sinologie der Universität Wien.

Béla Rásky, Dr.

Historiker, Mitarbeiter und Kurator zahlreicher Wiener historischer Ausstellungen, Verfasser mehrerer Bücher und Artikel zu zeithistorischen und kulturwissenschaftlichen Themen. Ab 1997 Direktor des 2003 aufgelassenen Austrian Science and Research Liaison Office in Budapest. Nach langjähriger freiberuflicher Tätigkeit leitet er seit 2012 das Wiener Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien (VWI).

Astrid Schmid, Mag.^a

Studium Politikwissenschaft an der Universität Salzburg und dem Institut d'Etudes Politiques (IEP) in Paris. Projektmitarbeiterin am ICT&S-Center der Universität Salzburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politische Partizipation, Neue Medien und politische Bildung. Seit Juli 2011 Mitarbeit bei PoliPedia.at, einem kollaborativen Online-Tool für politische Bildung.

Thomas Steinmaurer, Ass.-Prof. Mag. Dr.

Assistenzprofessor am Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Leiter der Abteilung Kommunikationstheorien und Mediensysteme sowie Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Kommunikationswissenschaft (ÖGK), Mitherausgeber der Zeitschrift „Medien Journal“. Forschungsschwerpunkte: Medienlandschaft und Medienstruktur Österreichs, Kommunikationsgeschichte und medialer Wandel, Mediatisierung, gesellschaftlicher Wandel und neue Informations- und Kommunikationstechnologien.

Gerhard Tanzer, Mag. Dr.

Studium der Geschichte und Deutschen Philologie. Lehrer am Schulzentrum Ungargasse. Publikationen: „Spectacle müssen seyn. Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert“, Zeitschriftenbeiträge zu historischen und pädagogischen Themen.



Ergänzend zu den Beiträgen der Hefte sind in der Onlineversion weitere informative Materialien für eine vertiefende thematische Auseinandersetzung kostenlos zugänglich:

- ▶ Ergänzung der Beiträge durch Arbeitsmaterialien und themenverwandte Informationen
- ▶ Zusätzliche Arbeitsaufgaben und Unterrichtssequenzen
- ▶ Kopierfähige Vorlagen von Arbeitsaufgaben und Materialien als Download
- ▶ Vollständige Printausgaben als Download

www.politischebildung.com → Informationen zur Politischen Bildung → Onlineversion

forum**politischebildung**

Hefte der *Informationen zur Politischen Bildung*

Forum Politische Bildung (Hrsg.)

Die Schriftenreihe **Informationen zur Politischen Bildung** bietet LehrerInnen thematische Basisartikel, vertiefende Informationen, Unterrichtsbeispiele und Materialien rund um aktuelle Themen der Politischen Bildung. Die Unterrichtsvorschläge sind auf die aktuellen Lehrpläne für Geschichte, Sozialkunde/Politische Bildung bzw. das Unterrichtsprinzip Politische Bildung abgestimmt. Die Hefte werden von WissenschaftlerInnen und LehrerInnen gemeinsam erarbeitet.



Bestellmöglichkeit:

LehrerInnen und Schulbibliotheken können die Hefte der Reihe auf der Website www.politischebildung.com unter der Rubrik „Bestellungen“ anfordern sowie unter service@politik-lernen.at.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie unter www.politischebildung.com, Tel.: 01/5123737-11, Fax: 01/5123737-20, E-Mail: office@politischebildung.com

Lernmodule für die Politische Bildung

Das Demokratiezentrum Wien bietet für LehrerInnen auf seiner Website www.demokratiezentrum.org neben den Wissensstationen, dem Wissenslexikon, den Timelines und den Themendossiers insbesondere die Lernmodule für die Politische Bildung an.

THEMEN der Lernmodule

- ▶ Demokratiemodelle und Politische Partizipation – repräsentative, direkte und partizipative Demokratie
- ▶ Soziale Bewegungen – das Auftreten neuer Themen und neuer politischer AkteurInnen
- ▶ Migration – Migrationsgeschichte und Einwanderungspolitik in Österreich
- ▶ Schule und Demokratie – Schuldemokratie
- ▶ Das politische System Österreichs
- ▶ Demokratieentwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert
- ▶ Europäische Integration (Europakonzeptionen etc.)

Gedenktage online

Mit „Gedenktage online“ stellt das Demokratiezentrum Wien einen virtuellen Materialkoffer zur Beschäftigung mit Gedenktagen im Unterricht zur Verfügung. Dieser bietet Hintergrundinformationen zum jeweiligen Gedenktag mit Bezug auf Nationalsozialismus und Holocaust, zahlreiche Originalquellen (Gesetzestexte, Reden, Bilddokumente), didaktische Hinweise sowie empfohlene Aufgabenstellungen für den Unterricht an.

Informationen zur Politischen Bildung

forumpolitischebildung (Hg.)

- | | |
|---|--|
| Nr. 1 Osteuropa im Wandel 1991 | Nr. 17 Zum politischen System Österreich
Zwischen Modernisierung und Konservatismus, 2000 |
| Nr. 2 Flucht und Migration 1991 | Nr. 18 Regionalismus – Föderalismus – Supranationalismus 2001 |
| Nr. 3 Wir und die anderen 1992 | Nr. 19 EU 25 – Die Erweiterung der Europäischen Union 2003 |
| Nr. 4 EG-Europa
Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge, 1993 | Nr. 20 Gedächtnis und Gegenwart
HistorikerInnenkommissionen, Politik und Gesellschaft, 2004 |
| Nr. 5 Mehr Europa?
Zwischen Integration und Renationalisierung, 1993 | Nr. 21 Von Wahl zu Wahl 2004 |
| Nr. 6 Veränderung im Osten
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 1993 | Nr. 22 Frei-Souverän-Neutral-Europäisch
1945 1955 1995 2005, 2004 |
| Nr. 7 Demokratie in der Krise?
Zum politischen System Österreichs, 1994 | Nr. 23 Globales Lernen – Politische Bildung
Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung, 2005 |
| Nr. 8 ARBEITS-LOS
Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, 1994 | Nr. 24 Wie viel Europa?
Österreich, Europäische Union, Europa, 2005 |
| Nr. 9 Jugend heute
Politikverständnis, Werthaltungen, Lebensrealitäten, 1995 | Nr. 25 Sicherheitspolitik
Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz, 2006 |
| Nr. 10 Politische Macht und Kontrolle 1995/96 | Nr. 26 Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming 2006 |
| Nr. 11 Politik und Ökonomie
Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume Österreichs, 1996 | Nr. 27 Der WählerInnenwille 2007 |
| Nr. 12 Bildung – ein Wert?
Österreich im internationalen Vergleich, 1997 | Nr. 28 Jugend – Demokratie – Politik 2008 |
| Nr. 13 Institutionen im Wandel 1997 | Nr. 29 Kompetenzorientierte Politische Bildung 2008 |
| Nr. 14 Sozialpolitik
im internationalen Vergleich, 1998 | Nr. 30 Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen 2009 |
| Nr. 15 EU wird Europa?
Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, 1999 | Nr. 31 Herrschaft und Macht 2009 |
| Nr. 16 Neue Medien und Politik 1999 | Nr. 32 Erinnerungskulturen 2010 |
| | Nr. 33 Wirtschaft und Politik 2010 |
| | Nr. 34 Politische Handlungsspielräume 2011 |

978-3-7065-5242-4



STUDIENVerlag
Innsbruck-Wien-Bozen